Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

16. März 1981 Nr. 12 Preis 1 DM D 21060 C



Die CDU/CSU will eine reaktionäre Wende

bep. Während die bürgerlichen Politiker aller Parteien über das ,,Gespräch mit der Jugend'' salbadern, ist die Hälfte der in Nürnberg festgenommenen 141 Jugendlichen noch in Haft. Die Massenverhaftung, wahrscheinlich die größte seit dem Faschismus, ist eine eindeutige Repressalie. Diese Repressalie ist aber, ebenso wie das Polizeiregiment über Freiburg, auch eine politische Demonstration. ,,Ohne Zweifel sind in der Bundesrepublik Deutschland im Lauf der letzten Jahre und gerade der letzten Monate erhebliche Fortschritte auf dem fatalen Weg zur Entstaatlichung der Politik erzielt worden'', schrieb Strauß eine Woche vor Nürnberg gegen die wachsenden politischen Massenbewegungen. Polizei und Justiz werden gegen diese Bewegungen in Marsch gesetzt, um neben dem staatlichen Gewaltmonopol nun auch ein staatliches Politikmonopol durchzusetzten – zur Verteidigung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Bayerns Innenminister Tandler fordert die Ausrüstung der Polizei mit Gummigeschossen (die schwere Verstümmelungen hervorrufen können), und läßt durchblicken, daß im andern Fall eher einmal scharf geschossen werden könnte. Zum xten Mal wird eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts verlangt. Die CDU/CSU-Länder lehnen im Bundesrat die Abschaffung der Paragraphen 88a und 130a (verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten und Anleitung zu Straftaten) mit der Begründung ab, diese wäre ,,gegenwärtig ein Signal in die falsche Richtung''. Die Christdemokraten wollen andere Signale setzen. Sie wollen eine rasche, direkte Nieder-

die größte seit dem Faschismus, ist eine eindeutige Repressalie. Diese Repressalie ist aber, ebenso wie das Polizeiregiment über Freiburg, auch eine politische Demonstration. ,,Ohne Zweifel sind in der Bundesrepublik Deutschland im Lauf der letzten Jahre und gerade der letzten Monate erhebliche Fortschritte auf dem fatalen Weg zur Entstaatlichung der Politik erzielt worden'', schrieb Strauß eine Woche vor Nürnberg gegen die wachsenden politischen Massenbewegungen. Polizei und Justiz werden gegen diese Bewegungen in Marsch gesetzt, um neben dem staatlichen Gewaltmonopol nun auch ein staatliches Politikmonopol durchzusetzten – zur Verteidigung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Bayerns Innenminister Tandler fordert die Ausrüstung der Polizei mit Gummigeschossen (die schwere Verstümmelungen hervorrufen können), und läßt durchblicken, daß im andern Fall eher einmal scharf geschossen werden könnte. Zum xten Mal wird eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts verlangt. Die CDU/CSU-Länder lehnen im Bundesrat die Abschaffung der Paragraphen 88a und 130a (verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten und Anleitung zu Straftaten) mit der Begründung ab, diese wäre ,,gegenwärtig ein Signal in die falsche Richtung''. Die Christdemokraten wollen andere Signale setzen. Sie wollen eine rasche, direkte Nieder-
schlagung vor allem der Massenbewegungen der Hausbesetzer und der Kernkraftgegner.

Politiker von SPD und FDP sind gegen die Gesetzesvorstellungen der CDU und drängen auf ,,Mäßigung''. Die SPD-Führung muß gewisse Rücksichten auf ihre Parteibasis nehmen. Die FDP will sich, solange es geht, den Anschein von Liberalität erhalten, der ihr bei den letzten Wahlen genutzt hat. Die Regierung kann Gesetzesänderungen unso leichter ablehnen, als es, nicht zuletzt dank ihrer eigenen Tätigkeit in den letzten Jahren, an Polizei und reaktionären Gesetzen wirklich nicht mangelt. Das Demonstrationsrecht ist zur Farce gemacht. Jede Ordnungsbehörde kann Demonstrationen verbieten oder mit den schikanösesten Auflagen versehen, von der Reglementierung der Transparentstangen bis zum Verbot der ,,passiven Bewaffnung'', sprich von Helmen und Halstüchern, während jeder Polizeipräsident schwerbewaffnete Polizisten mit schwerem Gerät vor, hinter und neben jeder Demonstration marschieren lassen kann. Veranstalter werden im Fall von Auseinandersetzungen mit Schadensersatz bedroht. Der Landfriedensbruch-Paragraph (§ 125) ist auch in seiner derzeitigen Fassung so auslegbar, daß ,,Täter *oder Teilnehmer*'' einer Demonstration, von der ,,Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen'' ausgehen, verfolgt werden können. Hausbesetzer können, nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs, als Mitglieder einer ,,kriminellen Vereinigung'' verfolgt und also mit langjährigen Haftstrafen belegt werden, wenn sie ,,fest entschlossen sind, sich im un-
rechtmäßigen Besitz des Hauses zu erhalten, und zwar gegebenenfalls durch tätlichen Widerstand gegen die Staatsorgane''. Propagandistisch wird einer solchen Verfolgung der Weg bereitet durch die Meldungen über Mitglieder der ,,Terrorszene'' in der Bewegung der Hausbesetzer. Als Beweis für diese ,,Mitgliedschaft'' (und für die Strafverfolgung) reicht es, wenn jemand Protest gegen die Haftbedingungen für RAF-Mitglieder unterstützt.

In Westberlin, wo die SPD wegen ihrer offensichtlichen politischen Verantwortung für Wohnungsspekulationen und bürokratische Verwaltung des Wohnungselends in Schwierigkeiten ist, muß sie Zugeständnisse machen und taktieren. Aber auch hier gibt es Strafverfahren und Verhaftete. Bürgermeister Vogel hat eine Amnestie abgelehnt. In bezug auf die Wohnungspolitik (wie auch in anderen Fragen, vor allem der Wirtschaftspolitik) sind sich die SPD/FDP-Regierung und die CDU/CSU sachlich ohnehin sehr nahe, näher wahrscheinlich noch als vor einigen Monaten, getrieben durch die ,,Sachzwänge'' der Wirtschaftskrise. In der Wohnungspolitik gehen beide davon aus, daß die Wohnungsnot für eine rapide Anhebung des Mietpreisniveaus genutzt werden soll (s. Seite 8). Aber die inneren Schwierigkeiten vor allem der SPD bei der Durchsetzung solcher Maßnahmen wachsen.

Die CDU/CSU sieht ihre Stunde nahen. Sie will nicht nur eine Verschärfung der direkten Unterdrückungsmaßnahmen. Sie will auch eine reaktionäre Massenmobilisierung für die Verteidigung von Recht, Ordnung und Eigentum. Und sie will in die Regie-

der ,,Terrorszene'' in der Bewegung der Hausbesetzer. Als Beweis für diese ,,Mitgliedschaft'' (und für die Strafverfolgung) reicht es, wenn jemand Protest gegen die Haftbedingungen für RAF-Mitglieder unterstützt.

In Westberlin, wo die SPD wegen ihrer offensichtlichen politischen Verantwortung für Wohnungsspekulationen und bürokratische Verwaltung des Wohnungselends in Schwierigkeiten ist, muß sie Zugeständnisse machen und taktieren. Aber auch hier gibt es Strafverfahren und Verhaftete. Bürgermeister Vogel hat eine Amnestie abgelehnt. In bezug auf die Wohnungspolitik (wie auch in anderen Fragen, vor allem der Wirtschaftspolitik) sind sich die SPD/FDP-Regierung und die CDU/CSU sachlich ohnehin sehr nahe, näher wahrscheinlich noch als vor einigen Monaten, getrieben durch die ,,Sachzwänge'' der Wirtschaftskrise. In der Wohnungspolitik gehen beide davon aus, daß die Wohnungsnot für eine rapide Anhebung des Mietpreisniveaus genutzt werden soll (s. Seite 8). Aber die inneren Schwierigkeiten vor allem der SPD bei der Durchsetzung solcher Maßnahmen wachsen.

Die CDU/CSU sieht ihre Stunde nahen. Sie will nicht nur eine Verschärfung der direkten Unterdrückungsmaßnahmen. Sie will auch eine reaktionäre Massenmobilisierung für die Verteidigung von Recht, Ordnung und Eigentum. Und sie will in die Regie-
rung, und zwar noch vor den nächsten Bundestagswahlen. Diese Vorstellung beherrschte eindeutig den außerordentlichen Bundeskongreß der CDU Anfang letzter Woche. Eine Ablösung der SPD/FDP-Regierung durch eine Koalition zwischen CDU/CSU und FDP war die einheitliche Hoffnung und das einheitliche Ziel von Kohl, Geissler, Strauß. Über das Tempo, die Mittel, vielleicht auch die Person des Bundeskanzlers gibt es Differenzen. Strauß ruft gegenwärtig permanent zum Frontalangriff auf, während Kohl für Vorsicht plädiert, sei es, um die FDP nicht vorschnell zu verprellen, sei es, um den Verschleiß der SPD und die Entwicklung der Wirtschaftskrise noch etwas abzuwarten. Geissler prahlte vor dem CDU-Kongreß, in allen westlichen Ländern, abgesehen von Österreich, Norwegen und Malta, seien inzwischen christdemokratische oder konservative Regierungen an der Macht. Richtig ist, daß mit der wachsenden Erschütterung des kapitalistischen Weltsystems auch die sozialdemokratischen Parteien in die Krise geraten sind. Wahr ist auch, daß die Fesselung der Arbeiterbewegung durch eine Politik der Klassenversöhnung dazu beigetragen hat, daß diese Entwicklung auf der Ebene der Parlamentswahlen in einigen Fällen zu einer Stärkung der reaktionären Kräfte geführt hat. Die CDU/CSU sieht die Gelegenheit für eine reaktionäre ,,Wende'', die sie im Wahlkampf voreilig erhofft und proklamiert hatte, jetzt näherrücken. Die positive Entwicklung von Gewerkschaftsbewegung und politischer Massenbewegung enthält Möglichkeiten, diese Hoffnung zu vereiteln.



Mit einem Bibelspruch verabschiedeten sich die IG Metall-Mitglieder, die am 10.3. im Verhandlungslokal in Ludwigsburg demonstrierten: ,,Ihr habt nichts in diese Welt gebracht, also werdet Ihr auch nichts herausbringen.''



Mit einem Bibelspruch verabschiedeten sich die IG Metall-Mitglieder, die am 10.3. im Verhandlungslokal in Ludwigsburg demonstrierten: ,,Ihr habt nichts in diese Welt gebracht, also werdet Ihr auch nichts herausbringen.''

Massenproteste gegen Wohnungsnot und Verhaftungen

z. Mehrere zehntausend Teilnehmer hatten die Demonstrationen, die am Freitag in zahlreichen Städten der Bundesrepublik zur Unterstützung der Bewegung der Hausbesetzer, gegen die Verhaftungen in Freiburg, Nürnberg und Westberlin durchgeführt wurden. Allein in Freiburg zogen 18000 bis 20000 vier Stunden lang durch die Straßen, Tausende auch in fast allen anderen größeren Städten Baden-Württembergs (Karlsruhe, Tübingen, Ravensburg, Heidelberg, Mannheim,

semonopol ,,Badische Zeitung'' mit Schreibverbot für Teile der Redaktion tagelang die Brandmelodie ,,Schutz dem Privateigentum – zerschlagt die Gewalttäter'' orgelt, demonstrieren täglich 4000 bis 10000 in der Innenstadt und verbreiten schriftlich wie mündlich in Stadtteilen und an Arbeitsplätzen ihre Forderungen.

Am Montag läßt die Landesregierung über Ruder eine Zwischenbilanz ziehen: Die Polizeitruppen bleiben, bis der Gemeinderat den Abrißbeschluß

Massenproteste gegen Wohnungsnot und Verhaftungen

z. Mehrere zehntausend Teilnehmer hatten die Demonstrationen, die am Freitag in zahlreichen Städten der Bundesrepublik zur Unterstützung der Bewegung der Hausbesetzer, gegen die Verhaftungen in Freiburg, Nürnberg und Westberlin durchgeführt wurden. Allein in Freiburg zogen 18000 bis 20000 vier Stunden lang durch die Straßen, Tausende auch in fast allen anderen größeren Städten Baden-Württembergs (Karlsruhe, Tübingen, Ravensburg, Heidelberg, Mannheim,
Lörrach). Vereinzelt wurden leerstehende Häuser besetzt. In München kamen 2500, in Hamburg ca. 2000. In Bremen kam es nach einer Demonstration gegen Kernkraftwerke (über 1000 Teilnehmer) zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. In Westberlin demonstrierten 3000, vor allem zur Unterstützung des Hungerstreiks gegen die Haftbedingungen. Redaktion und Druckerei der ,,Tageszeitung'' wurden aufgrund einer richterlichen Beschlagnahmeanordnung gegen eine Seite der Berliner Ausgabe durchsucht, die Zeitungsseite auch an Kiosken beschlagnahmt. Die beanstandete ,,Aufforderung zum Aufruhr'' lautete: ,,Dezentrale Aktionen der Spaßguerillja in allen Stadtteilen ...''. Eine unverzügliche Amnestie aller Personen, die im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen und Demonstrationen gegen die Wohnungsnot in Westberlin strafrechtlich verfolgt werden, verlangte am Donnerstag ein ,,Aktionskomitee für Amnestie'', dem Gewerkschafter, Vertreter von Hochschulen, der Kirchen, von Jugendverbänden u.a. angehören. Nach Angaben von Rechtsanwälten des Komitees laufen etwa 600 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen um die Wohnsituation. Im folgenden ein Bericht über die letzte Woche in Freiburg.

men.Freiburg. ,,Obwohl Späth mehrere tausend Polizisten zusammenzieht und diese unter dem Kommando des Staatssekretärs Ruder unter jedem erdenklichen Vorwand zum Einsatz bringt: Abriegelung ganzer Stadtviertel, Razzien in Gaststätten und Häusern über 200 Festnahmen und 150 Verletzte, – obwohl das örtliche Pres-
semonopol ,,Badische Zeitung'' mit Schreibverbot für Teile der Redaktion tagelang die Brandmelodie ,,Schutz dem Privateigentum – zerschlagt die Gewalttäter'' orgelt, demonstrieren täglich 4000 bis 10000 in der Innenstadt und verbreiten schriftlich wie mündlich in Stadtteilen und an Arbeitsplätzen ihre Forderungen.

Am Montag läßt die Landesregierung über Ruder eine Zwischenbilanz ziehen: Die Polizeitruppen bleiben, bis der Gemeinderat den Abrißbeschluß
der Landesregierung für den Schwarzwaldhof legitimiert hat. Sie sollen aber mehr versteckt werden. Wichtigster Faktor für einen zunehmenden Wandel des politischen Kräfteverhältnisses wird die Herausbildung und Festigung einer breiten politischen Aktionseinheit unter Einschluß der JUSOs und JUDOs und Grünen parallel zu den Demonstrationen. Am Dienstag demonstrierten 8 – 10000, die Forderung nach öffentlicher Bürgerversammlung und Stadtratssitzung wird allgemein. Eine Unterschriftensammlung dafür beginnt. Aufrufe zur Abbestellung der ,,Badischen Zeitung'' erscheinen.

Auf der Beratung der Fraktionsvorsitzenden bekräftigen CDU, FWV und FDP ihre Absicht, Polizeibesatzung und Abriß zu sanktionieren. Die SPD legt einen Fünfpunkteplan vor, der die Forderungen teilweise aufgreift. Nach der Demonstration am Freitag, die trotz Hetze und Kündigungsdrohungen in Betrieben, Schließung von Schulen wegen Bombendrohungen wie der Schließung von Universitätsgebäuden derart massenhaft wird, ventiliert die SPD-Landtagsfraktion einen Untersuchungsausschuß zur ,,Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Landesregierung'' und verlangt die Presse ,,Taten der Politiker'', die zeigen, daß die Bedürfnisse der Jugend ernstgenommen werden. Nur so sei das ,,Realitätsbewußtsein'' für den Abriß erzeugbar. Auch dies ist jedoch fraglich: Die Aktionseinheit ruft für Dienstag zur ,,öffentlichen Anhörung der Gemeinderatssitzung'' auf, die Grünen sind beauftragt, für Mittwoch eine Halle für eine Großveranstaltung zu besorgen.''

DGB beschließt neues Grundsatzprogramm

geh. Am Samstag haben 504 Delegierte aus den 17 Einzelgewerkschaften des DGB auf dem 4. a.o. Bundeskongreß in Düsseldorf ein neues Grundsatzprogramm beschlossen. Der von interessierter Seite vorhergesagte große Streit fand nicht statt. Verabschiedet wurde nahezu einstimmig, daß die Einzelgewerkschaft ,,die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Strömungen der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtung in eine gemeinsame Organisation zusammenführt''. Und ,,Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet auf der Grundlage von Toleranz zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.''

H.O. Vetter hat in seinem Schlußwort erklärt, ,,dieses Programm sei die Grundlage, auf der wir den Herausforderungen der kommenden Jahre begegnen''. Es ist es nicht, insoweit es keine Antwort auf das kapitalistische System als der Ursache der gegenwärtigen Krise gibt. Das war auch nicht zu erwarten. Das Programm fordert im wesentlichen eine Ausdehnung der Mitbestimmung, z.B. durch die Einführung von ,,Wirtschafts- und Sozialräten'' auf allen Ebenen. Allerdings wird zunehmend Unversöhnliches auch als solches gesehen und ausgesprochen. Forderungen werden schärfer gestellt und vertreten.

Andererseits kann das Programm in

gen Strömungen der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtung in eine gemeinsame Organisation zusammenführt''. Und ,,Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet auf der Grundlage von Toleranz zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.''

H.O. Vetter hat in seinem Schlußwort erklärt, ,,dieses Programm sei die Grundlage, auf der wir den Herausforderungen der kommenden Jahre begegnen''. Es ist es nicht, insoweit es keine Antwort auf das kapitalistische System als der Ursache der gegenwärtigen Krise gibt. Das war auch nicht zu erwarten. Das Programm fordert im wesentlichen eine Ausdehnung der Mitbestimmung, z.B. durch die Einführung von ,,Wirtschafts- und Sozialräten'' auf allen Ebenen. Allerdings wird zunehmend Unversöhnliches auch als solches gesehen und ausgesprochen. Forderungen werden schärfer gestellt und vertreten.

Andererseits kann das Programm in
vielen konkreten Festlegungen der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Folgen der Ausbeutung für die Arbeitskraft dienen. Neu wurden im Programm u.a. das Verbot der Aussperrung und der Leiharbeit aufgenommen. Gefordert wird die Abschaffung des Berufsbeamtentums zugunsten eines einheitlichen

Arbeitnehmerstatus. Die Arbeitszeitordnung soll an die veränderten tariflichen Arbeitszeiten angepaßt werden, die Nachtarbeit nur noch da zugelassen werden, wo dies technisch unumgänglich oder gesellschaftlich notwendig ist. Für die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung wird die alleinige und uneingeschränkte Selbstverwaltung gefordert.

Zur Außenpolitik wurde neu in das Programm die Unverletzlichkeit der Grenzen aufgenommen. Unterstrichen wurde dies durch die Anwesenheit einer Delegation der polnischen Solidarität.

700000 im Streik

ped. Während inzwischen über 700000 Beschäftigte der Metallindustrie Streikaktionen zur Verteidigung ihres Reallohnes durchgeführt haben, verstärken die Kapitalistenverbände, Wirtschaftsinstitute und die bürgerliche Presse ihren Druck auf die Gewerkschaften. Heute heißt es, daß der Reallohn erstmals in der Geschichte der BRD gesenkt werden müsse, weil anders die Volkswirtschaft nicht wieder auf die Beine komme. 3,8% auf 13 Monate (= 3,5% auf 12 Monate) und Gesprächsbereitschaft über eine zusätzliche überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen, so formuliert Gesamtmetall sein „allerletztes" Angebot. Die IG Metall hat abgelehnt, in der kommenden Woche wird in fast allen Tarifbezirken weiter verhandelt. Die Streikbewegung der „neuen Beweglichkeit" wird fortgeführt werden. Gewiß solange, bis sich über diesen Druck kein höheres Angebot in den Verhandlungen mehr ergibt.

Um die Anteile der gesellschaftlichen Gruppen am Sozialprodukt *zu wahren*, sei die Senkung des Reallohnes notwendig, schrieb der Spiegel in der vergangenen Woche. In den 60er und 70er Jahren „hat die menschliche Arbeitskraft sich höher bewertet, verglichen mit den anderen Produktionsfaktoren", eine Gegenbewegung sei jetzt unvermeidlich, so einer der Lohnstopp-Professoren vom Kieler Wirtschaftsinstitut. Erstens sinkt der Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen bereits seit 1975, während der Anteil des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen steigt. Zweitens würde nicht einmal die Sicherung der Reallöhne verhindern, daß diese Tendenz sich 1981 aufgrund wachsender Arbeitslosigkeit fortsetzt. Drittens mag der bilanzierende Kapitalist die lebendige Arbeitskraft als eine unter anderen Produktionsfaktoren rechnen, so bleibt die Arbeitskraft doch die entscheidende Produktivkraft und hat menschliche Bedürfnisse entwickelt, von denen sie weiß, daß sie auf dem gegebenen hohen Stand der Produktion auch verwirklicht werden könnten. Wenn die Kapitalisten das anders sehen, dann zeigt sich nur, daß weitere Fortschritte der Gesellschaft unvereinbar mit ihrer Herrschaft sind.

Breite Aktionseinheit gegen Massenverhaftungen in Nürnberg

stt.Nürnberg. Die Vorgeschichte der Massenverhaftung von 141 Besuchern des KOMM (Kommunikationszentrum) ist folgende: Ende letzten Jahres wurden in Nürnberg zwei Häuser besetzt, von denen eines sofort wieder von der Polizei geräumt wurde unter dem Vorwand, die Besetzer stünden mit einem „Anschlag" auf den Spekulanten und Besitzer des Hauses, Crimmann, in Verbindung. Das andere Haus in der Johannisstraße wurde zunächst nicht geräumt, da sich die Besitzer nicht fanden und niemand Strafantrag stellte. Schließlich wurde doch geräumt, auch ohne Strafantrag, auf Veranlassung des Oberbürgermeisters Urschlechter (SPD), nachdem Ministerpräsident Strauß den markigen Satz losgelassen hatte, „in Bayern dürfe nicht der Pöbel die Straße regieren", und Innenminister Tandler eine „harte Linie gegen die Eskalation des Straßenterrors" angekündigt hatte. Auf einer Pressekonferenz im KOMM sicherte die SPD zu, sie wolle sich im Stadtrat dafür einsetzen, daß den Instandbesetzern leerstehende, zum Abbruch bestimmte städtische Häuser zur Verfügung gestellt werden sollen. Nach einer Filmveranstaltung im KOMM über die Hausbesetzungen in Holland am 5.3. demonstrierten etwa 200 Jugendliche spontan durch die Innenstadt, wobei einige Fensterscheiben von Banken und Kaufhäusern zu Bruch gingen. Darauf verhaftete die Polizei alle 168 Besucher des KOMM mit der Begründung, sie seien an der Demonstration beteiligt gewesen und erließ 141 gleichlautende Haftbefehle.

Der bayerische Justizminister Hillermaier behauptete zwar, die Zustimmung aus der Bevölkerung für das staatliche Handeln in dieser Frage sei „überwältigend", in Nürnberg ist allerdings das Gegenteil der Fall. Die Aktionseinheit, die sich gegen die größten Massenverhaftungen seit Ende des Dritten Reiches entwickelte, reichte von den Hausbesetzern über verschiedene linke Organisationen, Betriebsräte und Vertrauensleute aus Nürnberger Großbetrieben wie z.B. AEG-Kanis, die IG Metall, Teile der GEW, Humanistische Union, Deutscher Kinderschutzbund, Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt, SJD (Die Falken), einer Elterninitiative der betroffenen Eltern über die Grünen bis hin zur SPD und FDP. Diese Aktionseinheit besteht nicht direkt organisatorisch durch einen gemeinsamen Aufruf, sondern durch die einhellige Ablehnung der Massenverhaftungen.

Am Samstag fand in der Innenstadt eine Demonstration von 1500 bis 2000 Menschen statt. Am Dienstag letzter Woche organisierte die SPD eine Kundgebung gegen die Verhaftungen unter dem Motto „Gegen Gewalt – für den Rechtsstaat". Die SPD und die von ihr beeinflußten Kräfte versuchen, in der Verurteilung der Verhaftungen einen Unterschied zu machen zwischen „Steinewerfern", die verurteilt werden sollen, friedlichen Demonstranten und gänzlich Unbeteiligten. Ihr ging es hauptsächlich um die „Unverhältnismäßigkeit der Mittel". Das Bild der Kundgebung mit über 5000 Teilnehmern war bestimmt von Transparenten wie „Freilassung aller Inhaftierten", „Rücktritt von Polizeipräsident Kraus", „Stoppt Strauß", „Für Reformen – gegen Gewalt". Reden wurden gehalten zur Verteidigung des „Rechtsstaates" gegen die Maßnahmen von Tandler und Strauß, Berichte der Rechtsanwälte, von freigelassenen Jugendlichen und von Eltern, sowie von Vertretern des KOMM, das im Zuge der Hetzkampagne der CSU als „Herd der gewaltsamen Ausschreitungen" „liquidiert" werden soll.

Trotz eines ausdrücklichen Appells der SPD-Führung, im Anschluß an die Kundgebung nicht zu demonstrieren, und trotz der Öffnung der Lorenzkirche für einen Extragottesdienst formierte sich ein machtvoller Demonstrationszug. Die Polizei sprach von 3000 bis 4000, die Veranstalter von 8000 bis 10000 Teilnehmern.

Inzwischen sind etwa 60 der 141 Verhafteten wieder freigelassen, was aber nicht heißt, daß sie keinen Prozeß zu erwarten hätten. Rund 80 sind weiter in Haft mit der Anklage des „schweren Landfriedensbruchs". Auch eine weitere Unterdrückungsmaßnahme der bayerischen Behörden ist inzwischen aufgedeckt, nämlich das Verbot an einigen Schulen, über die Verhaftungen zu diskutieren. Trotzdem fanden an mehreren Schulen Solidaritätsaktionen statt.

Für den kommenden Samstag sind Aktionen in der Stadt geplant zur Information der Bevölkerung über das Vorgehen des Staatsapparates und die Angriffe auf das KOMM.

Umkehr Polens?

hku. Die sowjetische Führung habe die Gewißheit, „daß die polnischen Kommunisten die Potenzen und Kraft besitzen, den Gang der Ereignisse umzukehren", hieß es in der Übersetzung des „Neuen Deutschland". Im polnischen Rundfunk: „... den Lauf der Ereignisse in eine andere Richtung zu lenken". Kania und Jaruzelski legten Wert darauf, die sowjetische Drohung und ihr Eingehen darauf zu Hause abzuschwächen. Die Supermacht hat den Druck auf das Land wieder verstärkt; den Polen wird die „Umkehr" noch lange in den Ohren sein. DDR-Außenminister Fischer hat in Warschau frech erklärt, hätte es nicht die „Hilfsversicherung" des Moskauer Dezember-Gipfels gegeben, sähe die Lage in Polen noch schlimmer aus. Stabsmanöver des Warschauer Pakts auf dem Boden der VR Polen und ihrer Nachbarn sind angekündigt.

Die PVAP soll endlich gegen die politische Opposition vorgehen. Kuron und Michnik vom KOR haben Strafanzeige erhalten, Überfälle auf Gewerkschafter und KOR-Leute häufen sich. Vor allem die lokalen Machthaber der PVAP, die gegenwärtig tatsächlich viel bis alles zu verlieren haben, hat der sowjetische Ruf nach „Umkehr" ermuntert. Er hat die 90-Tage-Streikpause von Ministerpräsident Jaruzelski zunichte gemacht. Grundlegende Bestandteile des Danziger Abkommens: keine Maßregelungen wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit, freier Zugang der Gewerkschaften zu den Betrieben, auch im öffentlichen Dienst, müssen wieder, wie vergangene Woche in Lódź, mit Streik erzwungen werden. Dabei kann „Solidarität" begrenzt Widersprüche in der PVAP selbst nutzen; die Regierung meidet gegenwärtig große Auseinandersetzungen.

Insgesamt aber stehen die Chancen für eine Umkehr in Richtung Sowjetunion nicht sehr gut. Der Aufbau der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung geht mit den betrieblichen und regionalen Wahlen in der „Solidarität" weiter. Unter dem Zeichen der Solidarität festigen sich die unabhängige Studenten- und Bauernbewegung. Die Gedenkfeiern zum Jahrestag der Warschauer Studentenbewegung von 1968 standen unter dem Schutz der Arbeiter; im überfüllten Saal der Universität sprach Kuron. Studenten und Lehrer haben Verhandlungen über die Darstellung der polnischen-sowjetischen Geschichte aufgenommen. In Poznań schlossen sich die drei Vorläuferorganisationen in der „Unabhängigen selbstverwaltenden Gewerkschaft der Individualbauern Solidarität" zusammen; zum Vorsitzenden des Gründungskomitees wurde der Streikführer von Rzeszów Jan Kulaj gewählt.

Die PVAP ist die „führende Kraft" in Polen. Sie war bislang allerdings nicht in der Lage, die krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung des Landes umzukehren. Sogar die Verteilung der schon rationierten Lebensmittel wie Zucker wird durch Unfähigkeit und Korruption der Partei- und Staatsbürokratie paralysiert. Die Arbeiter- und Volksbewegung muß die Abkommen von Gdansk, Lódź und Rzeszów verteidigen; sie wird gleichzeitig vor die Frage gestellt, in der Kontrolle der gesellschaftlichen Organisation *weiter* zu gehen. Unter dem andauernden Druck der Sowjetunion wird die Krise der staatskapitalistischen Produktion die Arbeiterbewegung vor schwierige Probleme stellen.

Schwerpunkt Berlin- und Friedenspolitik in der Programmdebatte der AL

sit.Westberlin. Vom 4. bis 8.März diskutierten die Mitglieder der Alternativen Liste (AL) in einer öffentlichen Mitgliedervollversammlung das Wahlprogramm der AL und die Aufstellung der Wahlkandidaten für die Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus. Den eindeutigen Schwerpunkt in der Programmdiskussion bildete die Auseinandersetzung um die Programmteile zur Berlin- und Friedenspolitik, der, neben dem Programmteil zu den Frauen, die ersten drei der fünf Tage vorbehalten war. Am vierten Tag stellte die Mitgliederversammlung die Spitzenkandidaten auf und am fünften Tag wurden die anderen Programmteile zur Wirtschaftspolitik, Umweltschutz, Verkehr, Ausländer, demokratische Rechte, Behinderte, Wohnungsfrage, Gesundheit, Schule und Hochschule, Alte, Kultur und Sport, Schwule und Psychiatrie, teilweise mit Anmerkungen, größtenteils undiskutiert an die antragstellenden Bereiche zurückverwiesen.

Im Vergleich zu dem AL-Programm von 1979 stellt sowohl die Tatsache, daß die Berlin- und Friedenspolitik einen so breiten Raum einnahm, als auch der dann verabschiedete Programmtext einen großen Fortschritt dar. Fand im Programm von 1979 die Rivalität der beiden Supermächte nicht einmal Erwähnung, so heißt es jetzt: „Die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition ist als Entspannung zwischen den Blöcken konzipiert und stellt deren Weiterexistenz nicht in Frage. ... Wir stützen uns auf den vor unseren Augen vor sich gehenden Prozeß des Zerbröckelns der Machtblöcke. Diese Entwicklung wollen wir fördern und vorantreiben. Die Blöcke in Europa haben jeden unabhängigen und selbständigen Schritt zur Demokratisierung und sozialem Fortschritt erstickt. Ein Aufbrechen der Blocksituation erscheint uns als wesentliche Bedingung, um Fortschritte zu erreichen. ... Es genügt nicht mehr zu erklären, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf, – aber gleichzeitig die größte Militärkonzentration auf der ganzen Welt zu rechtfertigen. Es ist notwendig, daß sich die beiden deutschen Staaten der militärischen Konfrontation entziehen. Sie müssen militärische Paktfreiheit anbieten." In diesem Zusammenhang fordert die AL die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt.

Für Westberlin wird die Reduzierung der alliierten Truppen auf symbolische Anwesenheit gefordert, solange die Berlinfrage ungelöst ist.

Schon in Vorbereitung der Programmdiskussion hatte es heftige Auseinandersetzungen um diesen Programmteil gegeben. Zahlreiche Änderungs- und Streichungsanträge lagen vor, durch die der Widerspruch zu den USA *und* der Sowjetunion abgeschwächt werden sollte bis dahin, daß die sowjetischen SS 20-Raketen als sicherheitspolitisch verständliche Nachrüstung der Sowjetunion gerechtfertigt wurden. Diese Antragssteller bezogen sich dabei unausgesprochen auf den Krefelder Aufruf. Keiner der Anträge, die das Berlin- und Friedensprogramm der AL ausdrücklich einseitig gegen die USA richten sollten, fand auf der Mitgliedervollversammlung eine Mehrheit. Dennoch hat der verabschiedete Text in allen wesentlichen Aussagen Kompromißcharakter.

Der KBW hatte seinerseits einen Vorschlag für ein Forderungsprogramm zu den Wahlen gemacht, der auch im Antragsmaterial der AL vorlag. Der Vorschlag eines knappen konzentrierten Forderungsprogramms wurde von der AL abgelehnt, zahlreiche einzelne Forderungen haben in das AL-Gesamtprogramm Eingang gefunden.

Der westberliner Regionalverband des KBW unterstützt die Kandidatur der Alternativen Liste als demokratischer Frontorganisation, die sich gegen den bürgerlichen Staat und die Rivalität der beiden Supermächte ausspricht. Auf den offenen Listen der AL kandidieren auch Mitglieder des KBW.

Genscher-Reise: „Nahtlose Übereinstimmung" mit den USA

lup. Sowohl Genscher als auch US-Außenminister Haig haben in der vergangenen Woche die „nahtlose Übereinstimmung" ihrer Auffassungen über außenpolitische Fragen erklärt. Er habe keine Differenzen gegenüber den Positionen der USA in den Gesprächen mit Genscher gefunden, erklärte Haig gegenüber Reagan. Genscher und Haig bekräftigten, daß sie an dem NATO-Beschluß über die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa festhielten. Auch die Mittelamerikapolitik der USA wurde ausdrücklich von Genscher unterstützt. Genscher und Haig verurteilten gemeinsam „die Waffenlieferungen kommunistischer Staaten" an die Befreiungsbewegung in El Salvador. Genscher begrüßte die „Bemühungen der USA um politische und soziale Reformen" in El Salvador. Vor seiner US-Reise hatte Genscher in einem ZDF-Interview erklärt: „Das Bündnis, die Europäische Gemeinschaft, ist die Basis aller politischen Bestrebungen, die wir haben ... Ich halte es deshalb auch für unangemessen, wenn fast wertgleich von den Supermächten gesprochen wird. Wir sind mit der einen davon, mit den Vereinigten Staaten, nicht nur durch das Bündnis verbunden, sondern auch dadurch, daß wir beide Mitglieder einer Gemeinschaft demokratischer Staaten sind."

Demonstration gegen Krieg und Militarismus

bef.Saarbrücken. Am 8.3.81 beteiligten sich etwa 2000 Teilnehmer, überwiegend Frauen an einem „Friedensmarsch in Ramstein". Diese Initiative ist ausgegangen von einer internationalen Frauenkonferenz der *War Resisters International* im Sommer 1980 mit Teilnehmerinnen aus 13 Ländern, wo für den März 1981 eine internationale Aktionswoche „Frauen gegen Krieg und Militarismus" beschlossen wurde. Ramstein ist der größte Luftwaffenstützpunkt der USA und der Nato in Europa und das Gebiet um Ramstein ist das größte atomare Militärzentrum der US-Imperialisten und der Nato in Europa. Forderungen der aufrufenden Fraueninitiativen: BRD raus aus der Nato! Auflösung von Nato und Warschauer Pakt! Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa!

Doch Landeszuschüsse

acm. Nach größeren Protesten der sozialdemokratischen Frauen, Jungsozialisten, Jungdemokraten, Arbeiterwohlfahrt und anderer Verbände, mußte die SPD-Landtagsfraktion in NRW doch einen Zuschuß von 900000 DM für das Schwangerschaftskonfliktzentrum in Essen bewilligen. Die katholische Kirche hatte mit Demonstrationen und Kanzelworten gegen das Zentrum protestiert.

Brokdorf-Konferenz vom 8. März in Kollmar

reh.Kiel. Die BUU Hamburg hatte zum 8.3. zu einem bundesweiten Treffen zwecks Auswertung der Brokdorfdemonstration vom 28.2. aufgerufen. Ca. 200 Leute waren erschienen. Anstelle einer Einschätzung der Demonstration und der nächsten Aufgaben bemühte sich die Mehrheit, per Resolution den BBU und seinen Sprecher Leinen zu verurteilen: In Interviews den Eindruck erweckt zu haben, sie seien *die* Sprecher der Bewegung und den Hauptdemonstrationszug über Dammfleth-Rothenmeer statt über die Wiesen zum Bauplatz geführt zu haben. Letzteres war auf der Vorbereitungskonferenz am 21.2. beschlossen worden und die Räumung der Sperre bei Dammfleth war Voraussetzung für die Heranführung des Lautsprecherwagens. Eine Kundgebung am Bauplatz war allerdings das erklärte Ziel *sämtlicher* Demonstrationsaufrufe. In Kollmar ging es einigen Kräften darum, davon abzulenken, daß sie dieses Ziel bereits vor der Aktion fallen gelassen hatten.

Bundestagsdelegation für Fortsetzung der Türkeihilfe

dog. Nach der Rückkehr von ihrer Reise in die Türkei hat die Delegation des Bundestages eine Fortsetzung der Türkeihilfe befürwortet. Die SPD-Abgeordneten Voigt, Corterier und Bardens, die CDU-Abgeordneten Mertes und Hoffmann und H. Schuchardt (FDP) hatten gegenüber der türkischen Regierung Folterungen kritisiert und die Rückkehr zur Demokratie gefordert. Daß gefoltert werde, hätten die Generale nicht bestritten. Bezüglich der Demokratisierung sei vage auf die Einsetzung einer Kommission im Herbst hingewiesen worden, die eine Verfassung und ein Parteiengesetz erarbeiten solle. Die türkische Regierung übergab Material über links- und rechtsextremistische Gruppen, das an den Innenausschuß des Bundestages weitergeleitet wurde. – Das Verbot gegen die von der „Alternativen Türkeihilfe" veranstaltete Demonstration am 14.3. in Frankfurt ist Freitagnacht aufgehoben worden mit der Auflage, daß in der Demonstration Polizisten und Wasserwerfer mitgeführt werden. Etwa 10000 demonstrierten.

Kongreß zur Wohnungsnot und Wohnraumpolitik in der BRD

Am 28. und 29. März findet in Münster ein bundesweites Treffen von Instandbesetzern, Mieterinitiativen und Initiativen für Jugend- und Kommunikationszentren statt. Zur Vorbereitung wurde ein Hausbesetzer-Info erstellt, das beim AStA der Universität zu bestellen ist. Anmeldung 27.3. „Kronenburg", Hammerstr. 35 oder 28.3. ab 8 Uhr im Pädagogischen Hochschulgebäude, Flietner Str. Kontaktadresse: Willi Welker, Hammerstr. 37, 4400 Münster, F: 0251/518143.

Majdanek-Prozeß: Plädoyers nach 5½ Jahren

Schon vier Angeklagte freigesprochen, der fünfte Freispruch beantragt
Bourgeosie tut alles, um Verfolgung von NS-Verbrechen zu behindern

gkr. Vor wenigen Tagen haben im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß die Verteidiger der noch verbliebenen 9 Angeklagten mit ihren Plädoyers begonnen. Für etwa Sommer wird mit den Urteilen gerechnet. Der Verteidiger Hackmanns (Hackmann war von Juli 1941 bis Oktober 1942 stellvertretender Lagerkommandant des Konzentrations- und Vernichtungslagers Majdanek) setzte in seinem Plädoyer die Linie der Verteidigung fort: Die meisten Häftlinge seien seiner Auffassung nach an Krankheiten, an Unterernährung oder Entkräftung durch zu harte Arbeit umgekommen, also nicht im strafrechtlichen Sinn ermordet. Es habe dabei unbestreitbar in Majdanek Gaskammern gegeben, und sie seien auch benutzt worden. „Ursprünglich war es vielleicht so, daß sie zur Desinfektion von Kleidern" errichtet worden waren. Und im übrigen seien die Zeugen, die seinen Mandanten beschuldigten, nicht glaubwürdig.

Der Majdanek-Prozeß begann am 26. November 1975 in Düsseldorf. Lublin/Majdanek ist, wie Auschwitz, Arbeits- und Vernichtungslager gewesen, es war das zweitgrößte nach Auschwitz. In dem Lager waren bis zu 35000 bis 40000 Gefangene eingepfercht. In den Jahren 1941 bis Juli 1944, bis zum Einmarsch der Roten Armee, sind dort mindestens (nach offiziellen Angaben in der BRD) 250000 Menschen, zumeist aus Polen stammende Juden, ermordet worden. Andere glaubhafte Schätzungen sprechen von bis zu 1,2 Mio. Ermordeten. Als das Verfahren über 30 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eröffnet wurde, saßen von etwa 1 300 SS-Schergen, die in Majdanek gewesen waren, 15 als Angeklagte auf der Anklagebank. Inzwischen ist das Verfahren zum längsten in der bundesrepublikanischen Geschichte überhaupt geworden. Nicht unerheblichen Anteil daran hatten die Verteidiger. Zumindest ein Teil von ihnen ließ im Verfahren seiner eigenen faschistischen Gesinnung freien Lauf und verschleppte durch Verfahrensfragen den Prozeß. So hatte Bock, einer der Verteidiger, gleich zu Beginn den historischen Sachverständigen Scheffler wegen „Besorgnis der Befangenheit" abgelehnt. H. Lichtenstein, einer der wenigen, die den Prozeß von Anfang an verfolgten, gibt die Begründung wider: „Dies u.a. mit der Begründung, Scheffler habe in seinem Buch ‚Judenverfolgung im Dritten Reich' eben im Zusammenhang mit der Verfolgung und Ermordung von Juden negative Formulierungen verwendet. So sei von Roheit und Brutalität die Rede, von Mordbefehlen, wenn Scheffler die Art der Verfolgung beschreibe. Außerdem unterhalte er enge Verbindungen zu Nazi-Verfolgten und arbeite mit jüdischen Wissenschaftlern zusammen. Schließlich: Sein Doktorvater sei auch Jude." (1)

Es seien noch zwei weitere Vorfälle erwähnt, die ein Licht auf diese Verteidiger werfen: Eine Polin, die als Zeuge aus Warschau angereist ist, wird vernommen. Sie war nach einigen Mona-

15 als Angeklagte auf der Anklagebank. Inzwischen ist das Verfahren zum längsten in der bundesrepublikanischen Geschichte überhaupt geworden. Nicht unerheblichen Anteil daran hatten die Verteidiger. Zumindest ein Teil von ihnen ließ im Verfahren seiner eigenen faschistischen Gesinnung freien Lauf und verschleppte durch Verfahrensfragen den Prozeß. So hatte Bock, einer der Verteidiger, gleich zu Beginn den historischen Sachverständigen Scheffler wegen „Besorgnis der Befangenheit" abgelehnt. H. Lichtenstein, einer der wenigen, die den Prozeß von Anfang an verfolgten, gibt die Begründung wider: „Dies u.a. mit der Begründung, Scheffler habe in seinem Buch ‚Judenverfolgung im Dritten Reich' eben im Zusammenhang mit der Verfolgung und Ermordung von Juden negative Formulierungen verwendet. So sei von Roheit und Brutalität die Rede, von Mordbefehlen, wenn Scheffler die Art der Verfolgung beschreibe. Außerdem unterhalte er enge Verbindungen zu Nazi-Verfolgten und arbeite mit jüdischen Wissenschaftlern zusammen. Schließlich: Sein Doktorvater sei auch Jude." (1)
Es seien noch zwei weitere Vorfälle erwähnt, die ein Licht auf diese Verteidiger werfen: Eine Polin, die als Zeuge aus Warschau angereist ist, wird vernommen. Sie war nach einigen Mona-

ten in Majdanek in die Gerätekammer geschickt worden, da sie deutsch konnte. Dort mußte sie auch das zur Vergasung verwandte Zyklon B ausliefern. Die Frau wird den Angeklagten gegenübergestellt, gefragt, ob sie einige wiedererkennen kann. Vor allem an Hermine Ryan, geb. Braunsteiner, die im Lager die „Stute" genannt wurde, und an Hildegard Lächert, die „blutige Brigitta", kann sie sich erinnern. Diese beiden Frauen gehörten zu den berüchtigsten Aufseherinnen im Lager. Die Zeugin kann nicht mehr und die Verhandlung soll unterbrochen werden. Da steht Rechtsanwalt Bock, der sich schon öfter hervorgetan hat, auf und fordert, die Zeugen am Verlassen des Sitzungssaals zu hindern und einen Haftbefehl gegen sie zu erwirken. Sie habe das Giftgas Zyklon B selbst zur Gaskammer gebracht. Es bestehe daher der dringende Verdacht der Beihilfe zum Mord. Ein anderes Beispiel ist jener Antrag eines Verteidigers von Hermine Ryan, das Gericht solle einen Humanmediziner und einen Tiermediziner als Sachverständige laden. Sie sollten über den unterschiedlichen Geruch von verbrannten Tierkadavern und verbrannten Menschen aussagen, nachdem einige Zeugen ausgesagt hatten, über dem Lager habe oft tagelang ein unerträglicher Gestank von verbranntem Menschenfleisch gelegen.

Vier Angeklagte werden freigesprochen

Nach Anhörung von mehr als 250 Zeugen, nach 3½jähriger Verhandlung wurden 4 Angeklagte freigesprochen (ein fünfter war in der Zwischenzeit gestorben und das Verfahren gegen einen weiteren wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt). Mangels Beweisen. Der Staatsanwalt hatte in seinem Antrag ausgeführt: „Bei relativ unauffälligen Aufseherinnen hat der Zeitablauf vieles in Vergessenheit geraten lassen. ... Sie selbst aber werden wissen, inwieweit sie in das Unrecht verstrickt gewesen sind. Und eben dies mit dem sanften Mantel des Vergessens zu bedecken, haben wir in nahezu dreihundert Verhandlungstagen verhindert. Fast dreihundert Zeugenaussagen haben ihnen noch einmal eindringlich vor Augen geführt, was sie an unermeßlichem Unrecht zumindest mit ermöglicht haben ... Hier muß sich die Stärke eines Rechtsstaates zeigen, daß man



Morgenappell auf Feld III, Zeichnung von Zacheus Pawlek, der in Majdanek gefangen war, in seinem Buch „Ich habe überlebt ..."

auch denen ungeschmälert alle Rechte einräumt, die im Verdacht stehen, einen Unrechtsstaat tatkräftig unterstützt zu haben."

Obwohl scheinbar schlüssig und „rechtsstaatlich" ist die Argumentation doch verlogen. Selbst der Staatsanwalt geht offensichtlich davon aus und muß nach den Kenntnissen über die Aufgaben der einzelnen SS-Angehörigen und den Zeugenaussagen davon ausgehen, daß die 4 Freigesprochenen an der massenhaften Ermordung beteiligt sind. Sie werden freigesprochen, weil kein Zeuge für einen *einzelnen, bestimmten* Mord existiert. Der größte Teil derer, die sie anklagen könnten, ist von ihnen ermordet, viele sind in der Zwischenzeit gestorben, manche werden sich nicht mehr so genau erinnern können oder sind nicht bereit auszusa-



Morgenappell auf Feld III, Zeichnung von Zacheus Pawlek, der in Majdanek gefangen war, in seinem Buch „Ich habe überlebt ..."

auch denen ungeschmälert alle Rechte einräumt, die im Verdacht stehen, einen Unrechtsstaat tatkräftig unterstützt zu haben."
Obwohl scheinbar schlüssig und „rechtsstaatlich" ist die Argumentation doch verlogen. Selbst der Staatsanwalt geht offensichtlich davon aus und muß nach den Kenntnissen über die Aufgaben der einzelnen SS-Angehörigen und den Zeugenaussagen davon ausgehen, daß die 4 Freigesprochenen an der massenhaften Ermordung beteiligt sind. Sie werden freigesprochen, weil kein Zeuge für einen einzelnen, bestimmten Mord existiert. Der größte Teil derer, die sie anklagen könnten, ist von ihnen ermordet, viele sind in der Zwischenzeit gestorben, manche werden sich nicht mehr so genau erinnern können oder sind nicht bereit auszusa-

gen, weil sie nicht von neuem an das unvorstellbare Elend erinnert werden wollen, in einem Fall tritt eine Anklagezeugin am Tag nach dem Freispruch auf. Demgegenüber sehe man sich nur die Anklage bei vermuteter Mitgliedschaft in einer „Terroristischen Vereinigung" an: „Aufgrund seiner Stellung und seiner Aktivität innerhalb der Bande und im Hinblick darauf, daß er in alle wesentlichen Aktionen eingeweiht wurde und diese mitgetragen hat, ist der Angeschuldigte Mittäter aller von der Bande verübten Straftaten, und zwar unabhängig davon, ob er sich im Einzelfall an einer unmittelbaren Tatausführung selbst beteiligt oder dies anderen Bandenmitgliedern bzw. willfährigen Helfershelfern überlassen hat." So der Bundesanwalt aus Karlsruhe. Beide Taten, hier die Beteiligung an der Vernichtung von etwa 1 Mio. Menschen, dort die Mitgliedschaft in einer „Terroristischen Vereinigung" sind nicht miteinander zu vergleichen. Und doch enthüllt diese Gegenüberstellung etwas: Im ersteren Fall handelt es sich um Verbrechen, die in einer bestimmten Herrschaftsform der Bourgeoisie, dem Faschismus, im Auftrage des faschistischen Staates begangen wurden. Im anderen um Aktionen, die sich gegen diesen Staat und die Herrschaft der Bourgeoisie richten. An der Verfolgung der unter der Nazi-Herrschaft begangenen Verbrechen hat die Bourgeoisie kein eigenständiges Interesse. Sie muß sie durchführen auf Druck aus den Volksmassen, teilweise auch durch internationalen Druck gezwungen.

Die Strafanträge der Staatsanwälte fordern für Hildegard Lächert die höchste Strafe, 8 mal lebenslänglich. Daneben für 4 weitere Angeklagte lebenslängliche Haft, in 3 Fällen Haftstrafen zwischen 5 und 10 Jahren und in einem Fall wurde erneut Freispruch beantragt. Wohlgemerkt, alle Verurteilungen können nur wegen Mordes, und zwar in aller Regel nicht nur wegen eines Mordes, erfolgen. Über Groffmann, SS-Unterscharführer, Chef eines Feldes, d.h. einer Reihe von Baracken, sagte ein Zeuge in Prozeß aus: „Er war einer der jüngsten SS-Leute. Nach dem Abendappell zog Groffmann sich gerne Lederhandschuhe an, nahm zwei SS-Männer als Assistenten mit und ging an der Front der angetretenen vierhundert bis fünfhundert Gefangenen entlang. Er riß willkürlich Häftlinge heraus, schlug sie so lange mit den Fäusten ins Gesicht, bis sie hinstürzten. Dann trampelten die Assistenten sie tot. Ich habe meinen Tod tausendmal so erlebt und andere Häftlinge auch. Daß Feld drei das Todesfeld hieß, lag an Groffmann. Er hat so um die hundertfünfzig bis zweihundert Menschen umgebracht – mindestens." Für Groffmann ist jetzt Freispruch beantragt. Die Taten könnten ihm nach über 30 Jahren nicht mehr nachgewiesen werden.

Die Bourgeoisie verhindert die zügige Bestrafung der NS-Verbrechen

Auch die zahllosen Verzögerungen in der Durchführung der Verfahren zeigen, daß die herrschende Bourgeoisie kein Interesse an der Aufklärung der unter der faschistischen Herrschaft

Häftlinge heraus, schlug sie so lange mit den Fäusten ins Gesicht, bis sie hinstürzten. Dann trampelten die Assistenten sie tot. Ich habe meinen Tod tausendmal so erlebt und andere Häftlinge auch. Daß Feld drei das Todesfeld hieß, lag an Groffmann. Er hat so um die hundertfünfzig bis zweihundert Menschen umgebracht – mindestens." Für Groffmann ist jetzt Freispruch beantragt. Die Taten könnten ihm nach über 30 Jahren nicht mehr nachgewiesen werden.
Die Bourgeoisie verhindert die zügige Bestrafung der NS-Verbrechen
Auch die zahllosen Verzögerungen in der Durchführung der Verfahren zeigen, daß die herrschende Bourgeoisie kein Interesse an der Aufklärung der unter der faschistischen Herrschaft

verübten Greueltaten hat. Die Auseinandersetzung um die Verjährung (s.a. Chronik) und die Urteile selbst (auf die hier nicht eingegangen wird), können dies erleuchten. Erst 1960, schon nachdem Verbrechen wegen Totschlag nach geltendem Recht verjährt waren, „erhielten der damalige Leiter der Zentralen Stelle („Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen" mit Sitz in Ludwigsburg, d. Verf.) und zwei seiner Mitarbeiter Gelegenheit, mehrere Wochen lang im amerikanischen Nationalarchiv ... deutsche Aktenbestände auszuwerten, die von amerikanischen Dienststellen nach Abschluß der in Deutschland geführten Militärgerichtsprozesse in die USA gebracht worden waren ... Eine Anregung, auch mit den östlichen Staaten, insbesondere mit Polen, Kontakt mit dem Ziel einer Auswertung der in den dortigen Archiven befindlichen Dokumentenbestände aufzunehmen, ist die Bundesregierung zu dieser Zeit nicht gefolgt. Im Jahre 1963 stellte Polen über seine Militärmission in Berlin weiteres Dokumentenmaterial zur Verfügung." (2) Das schrieb Adalbert Rückerl, der gewiß unverdächtige Leiter der Zentralen Stelle, 1979. Erst 1964, etwa ein halbes Jahr bevor nach dem damals noch geltenden Recht auch Mord verjährt wäre, erteilte die Bundesregierung Mitarbeitern der Zentralen Stelle die Genehmigung, auch in polnischen Archiven die dortigen Dokumente auszuwerten. Dabei gehörten diese zu den wichtigsten überhaupt, standen doch wichtige Vernichtungslager gerade auf dem Gebiet Polens.

Weitere Beispiele: SS-Sturmbannführer Ehlers, als SD-Chef in Brüssel verantwortlich für den Abtransport von ca. 20000 Juden zur Vernichtung in Auschwitz. Im Oktober 1962 leitete die Staatsanwaltschaft gegen ihn ein Ermittlungsvrfahren ein, in das auch Ehlers Stellvertreter Canaris sowie Ehlers Judenreferent Asche einbezogen wurden. Das Landgericht Flensburg lehnte die Eröffnung einer Hauptverhandlung mit der Begründung ab, die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung sei äußerst gering. Fünfzehn Jahre später ordnete das Oberlandesgericht Flensburg an, die Hauptverhandlung zu eröffnen. Die drei legten Verfassungsbeschwerde ein, sie fühlten sich in ihren Grundrechten verletzt. Erst im November 1979 entschied Karlsruhe negativ über die Beschwerde. Inzwischen steht nur noch Asche vor Gericht. Es gäbe viele ähnliche Verfahren oder sogar Fälle, in denen die Justizbehörden seit 20 Jahren ermitteln und noch keine Eröffnung eines Verfahrens vorgenommen haben. Kein Wunder, daß es immer schwieriger wird, Angeklagte tatsächlich vor Gericht zu stellen oder auch Zeugen für ein Verfahren zu finden, die sich noch ausreichend an das Geschehene erinnern können. Man darf auch nicht vergessen, daß westdeutsche Justizbehörden praktisch erst mit Errichtung der Ludwigsburger Zentralstelle zu einer systematischen Ermittlung in KZ-Verfahren übergegangen sind. Davor war eine konkrete Anzeige sowie Kenntnis des Wohnorts des Angeklagten Voraussetzung für die Eröffnung des Ermittlungsverfahrens.

Ehlers Stellvertreter Canaris sowie Ehlers Judenreferent Asche einbezogen wurden. Das Landgericht Flensburg lehnte die Eröffnung einer Hauptverhandlung mit der Begründung ab, die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung sei äußerst gering. Fünfzehn Jahre später ordnete das Oberlandesgericht Flensburg an, die Hauptverhandlung zu eröffnen. Die drei legten Verfassungsbeschwerde ein, sie fühlten sich in ihren Grundrechten verletzt. Erst im November 1979 entschied Karlsruhe negativ über die Beschwerde. Inzwischen steht nur noch Asche vor Gericht. Es gäbe viele ähnliche Verfahren oder sogar Fälle, in denen die Justizbehörden seit 20 Jahren ermitteln und noch keine Eröffnung eines Verfahrens vorgenommen haben. Kein Wunder, daß es immer schwieriger wird, Angeklagte tatsächlich vor Gericht zu stellen oder auch Zeugen für ein Verfahren zu finden, die sich noch ausreichend an das Geschehene erinnern können. Man darf auch nicht vergessen, daß westdeutsche Justizbehörden praktisch erst mit Errichtung der Ludwigsburger Zentralstelle zu einer systematischen Ermittlung in KZ-Verfahren übergegangen sind. Davor war eine konkrete Anzeige sowie Kenntnis des Wohnorts des Angeklagten Voraussetzung für die Eröffnung des Ermittlungsverfahrens.

Die UNO zum Völkermord

Es werden verschiedene Schwierigkeiten, die eine Bestrafung erschweren, angeführt. Die wichtigste ist schon genannt: Jedem Angeklagten muß ein *bestimmter* Mord nachgewiesen werden, damit auch niedrige Absichten bei der Tötung. Es gibt aber schon seit 1948 eine Konvention der UNO „Zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord-Verbrechen" (9. Dezember 1948). Darin heißt es: „In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören: a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe ... d) Versuch, Völkermord zu begehen, e) Teilnahme am Völkermord." Und weiter in Artikel VI: „Personen, denen Völkermord oder eine der sonstigen in Artikel III aufgeführten Handlungen zur Last gelegt wird, werden vor ein zuständiges Gericht des Staates, in dessen Gebiet die Handlung begangen worden ist, oder vor das internationale Strafgericht gestellt, das für die vertragschließenden Parteien, die seine Gerichtsbarkeit anerkannt haben, zuständig ist."

Die UNO hatte darüberhinaus nochmals am 26. November 1968 eine Konvention über die Nichtanwendbarkeit von gesetzlichen Verjährungsbestimmungen von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beschlossen. Diese Konvention trat am 1. November 1970 in Kraft. Beiden Konventionen, die gerade für die meistdiskutierten Fragen klare Regelungen enthalten, trat die Bundesregierung aus unterschiedlichen Gründen nicht bei.

Die Prozesse müssen fortgesetzt werden

Mit Rechtsstaatlichkeit begründet die Bourgeoisie die lange Dauer von Verfahren, mit Rechtsstaatlichkeit begründet sie die, leider notwendigen, Freisprüche. Und mit Rechtsstaatlichkeit begründet sie, soweit vertreten, die Forderung nach Verjährung. Aber diese Rechtsstaatlichkeit ist die einer Klasse. Sie wird immer wieder im Interesse der Bourgeoisie angewandt und von den Gerichten gegen die Volksmassen gewandt. Gerade deshalb kommen die Verfahren gegen die Nazi-Verbrechen immer nur auf Druck zustande. Und werden diejenigen, die schon verurteilt wurden, häufig genug frühzeitig wieder freigelassen. Majdanek war, wie Auschwitz, ein Arbeitslager. Die Häftlinge mußten, neben dem Aufbau des Lagers selber, vor allem in den deutschen Ausrüstungswerken (DAW), in den Bekleidungswerken der SS und in weiterer Ortsindustrie arbeiten. Diejenigen, die aus dieser Arbeit profitiert haben und schon früh, wenn überhaupt, verurteilt wurden, sind mittlerweile längst wieder frei. Auch das wird gegen weitere Prozesse eingewandt. In den Lagern waren aber Angehörige der SS, in der Regel freiwillig hinzugekommen, mit dem Morden beschäftigt, sie hatten zum großen Teil auch reichhaltige Lagererfahrung und wußten, was in den Lagern geschah. Nach wie vor müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Natürlich werden in den KZ-Prozessen nicht die Gründe geklärt, wie es zum Faschismus und zu diesen Verbrechen unter der Herrschaft des Faschismus kam. Aber sie können doch z.B. durch die Aufklärung von bestimmten Vorgängen eine politische Klärung erleichtern. Auch das ist ein Grund, die Prozesse nach wie vor zu führen. Im Majdanek-Prozeß wurde

der Bourgeoisie angewandt und von den Gerichten gegen die Volksmassen gewandt. Gerade deshalb kommen die Verfahren gegen die Nazi-Verbrechen immer nur auf Druck zustande. Und werden diejenigen, die schon verurteilt wurden, häufig genug frühzeitig wieder freigelassen. Majdanek war, wie Auschwitz, ein Arbeitslager. Die Häftlinge mußten, neben dem Aufbau des Lagers selber, vor allem in den deutschen Ausrüstungswerken (DAW), in den Bekleidungswerken der SS und in weiterer Ortsindustrie arbeiten. Diejenigen, die aus dieser Arbeit profitiert haben und schon früh, wenn überhaupt, verurteilt wurden, sind mittlerweile längst wieder frei. Auch das wird gegen weitere Prozesse eingewandt. In den Lagern waren aber Angehörige der SS, in der Regel freiwillig hinzugekommen, mit dem Morden beschäftigt, sie hatten zum großen Teil auch reichhaltige Lagererfahrung und wußten, was in den Lagern geschah. Nach wie vor müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Natürlich werden in den KZ-Prozessen nicht die Gründe geklärt, wie es zum Faschismus und zu diesen Verbrechen unter der Herrschaft des Faschismus kam. Aber sie können doch z.B. durch die Aufklärung von bestimmten Vorgängen eine politische Klärung erleichtern. Auch das ist ein Grund, die Prozesse nach wie vor zu führen. Im Majdanek-Prozeß wurde

auch dies, die Zeugenaussagen als Quellen für weitere Erkenntnis zu nutzen, eingeschränkt: die Verhandlungen durften nicht mehr auf Tonband aufgenommen werden.

(1) Heiner Lichtenstein: Majdanek, Frankfurt 1979. Eine recht anschauliche Darstellung des Prozesses, mit vielen Zeugenaussagen.
(2) Adalbert Rückerl: Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen 1945 – 1978, Heidelberg 1979. A. Rückerl ist Leiter der Zentralen Stelle in Ludwigsburg

Einige Daten zur Verfolgung von NS-Verbrechen

1945 (Dezember) bis 1. Oktober 1946. Verfahren vor dem internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg gegen die „Hauptkriegsverbrecher". 19 Verurteilungen, 3 Freisprüche

1945 bis Mitte 1949. 12 große Prozesse vor dem amerikanischen Militärgerichtshof in Nürnberg, weiter Verfahren gegen die in Dachau, Buchenwald, Mauthausen, Mittelbau-Dora und Flossenbürg eingesetzten SS-Angehörigen. Verfahren ebenfalls in den übrigen Besatzungszonen.

1945 20. Dezember. Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 wird festgelegt: Deutsche Gerichte sind zuständig für Verbrechen von deutschen Angehörigen an deutschen Staatsangehörigen oder Staatenlosen.

1950 Deutsche Gerichte werden auch für NS-Verbrechen gegen Angehörige der alliierten Nationen zuständig.

1958 Oktober: Die Zentralstelle zur Ermittlung von Nazi-Verbrechen in Ludwigsburg wird eingerichtet. Als erstes Vorermittlungen zu den Vernichtungslagern Auschwitz, Belzec, Sobibor, Treblinka und Chelmno.

1960 8. Mai. Verjährung von Totschlag während der Nazi-Herrschaft.

1963 20. Dezember bis 20. August 1965. Erster (großer) Auschwitz-Prozeß. Es folgen noch 4 weitere bis Anfang der Siebziger Jahre nach.

1964 9. Dezember. Der Bundestag macht einen Aufruf an alle Staaten, Material zur Verfolgung der NS-Verbrechen zur Verfügung zu stellen, 6 Monate vor der Verjährung von Mord. Zum ersten Mal dürfen auch (seitens der Bundesregierung) Mitarbeiter der Zentralstelle nach Polen, um die dortigen Archive auszuwerten.

1965 Urteile in den Prozessen zu Treblinka, Belzec und Sobibor werden ausgesprochen.

1965 8. Mai. Nach geltendem Recht würde Mord verjähren. Auf massiven Druck verschiebt der Bundestag den Eintritt der Verjährung durch einen Trick. Die Möglichkeit der Strafverfolgung sei erst seit dem 1.1.1950 gegeben, Verjährung daher erst ab dem 31.12. 1969.

1969 Kurz vor Eintritt der Verjährung verlängert der Bundestag die Verjährungsfrist für Mord von 20 auf 30 Jahre.

1975 26. November. Beginn des Majdanek-Prozesses in Düsseldorf.

1979 Wieder kurz vor Eintritt der jetzt auf 30 Jahre verlängerten Verjährungsfrist hebt der Bundestag die Verjährung für Mord allgemein auf.

1979 Oktober bis Februar 1980. Lischka-Prozeß in Köln. Lischka war als stellvertretender Chef der Sicherheitspolizei für die Deportation von etwa 70000 Juden aus dem besetzten Frankreich verantwortlich.

Bis Ende des Jahres 1977 wurden in der Bundesrepublik Deutschland gegen 84403 namentlich bekannte Personen Ermittlungsverfahren eingeleitet. 6432 wurden rechtskräftig verurteilt (1956 bis 1977 davon nur 566), davon 154 zu lebenslanger Freiheitsstrafe, 114 zu Geldstrafen.

„Ihr seid die Kinder eurer Eltern“

Zu einem Artikel Henryk Broders in der „Zeit“ / Ein „linker“ Versuch, Zionismus zu rechtfertigen

lup. Vor kurzem hat Henryk M. Broder in der „Zeit“ einen mehrseitigen Artikel veröffentlicht, in dem er seine Einwanderung nach Israel zu Anfang dieses Jahres begründet. „Ihr seid die Kinder eurer Eltern“, die Überschrift des Artikels, enthält die Hauptaussage: Die Jugend der BRD, gerade auch die „neue Linke“, habe den Antisemitismus ihrer Eltern, der zur Ermordung von 6 Millionen Juden in Hitlers KZs geführt habe, geerbt. Als „Abrechnung mit einem Antizionismus, der alte antisemitische Instinkte (!) mit progressiven Parolen maskiert, ein Dokument des Zorns und der Resignation“ bezeichnet die Redaktion der „Zeit“ in einem Vorspann Broders Artikel, der als offener Brief an „meine mehr oder weniger lieben linken Freunde“ verfaßt ist.

In ihren Konsequenzen ist Broders Position zionistisch. Das heißt: sie endet bei der Leugnung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, der Verteidigung des zionistischen Staates auf dem Territorium des palästinensischen Volkes. „Die Beteuerung, der Antizionismus sei etwas anderes als Antisemitismus, ist Augenwischerei“, schreibt Broder. In der „Zeit“ taucht dieser Satz ein zweites Mal auf, als Unterschrift eines Bildes über eine Demonstration, die die Losung „Für den vollen Sieg des palästinensischen Volkes“ trägt. Unterstützung des palästinensischen Volkes in seinem Kampf um das Recht auf Selbstbestimmung wird von Broder ausdrücklich als Antisemitismus diffamiert. „Ich kann nicht an der Seite von Linken gegen Reaktion und Repression streiten, die mich nur so lange akzeptieren, wie ihnen mein Judentum – ein sehr rudimentäres – nicht störend aufstößt. Zu diesem Judentum gehört auch die Einsicht, daß ein jüdischer Staat eine historische und politische Notwendigkeit ist, an der nicht gerüttelt werden darf.“ schreibt Broder an anderer Stelle.

Soweit kann man das auch in der „Welt“ oder bei Axel Cäsar Springer selber lesen. Gleichwohl propagiert Broder nicht diese Sorte Pro-Zionismus. „Die rechten ‚Philosemiten‘ nach der Art von Strauß und Springer kamen für mich als Verbündete nie in Frage, weil ich mich nicht mit Reaktionären liieren kann, nur weil sie zufällig gerade mal die Juden lieben.“ Mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland hat sich Broder angelegt, als dieser eine „Ehrenerklärung“ zugunsten des ehemaligen Marinerichters und baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger abgegeben hatte. Die „Welt“ schrieb damals: „Sprecher der Juden würdigt Filbingers politische Arbeit.“ In einer anderen Veröffentlichung (Fremd im eigenen Land, Juden in der Bundesrepublik, hrsg. von H. Broder und M. Lang, Fischer 1979) schreibt Broder dazu: „Die Deutschen *haben* die Juden bekommen, die sie brauchen und verdienen“ (Hervorh. im Original). *Die* Deutschen?

Broder hat früher für „Konkret“ geschrieben, später auch als freier Mitarbeiter für andere Zeitungen, Funk und Fernsehen. Meist Veröffentlichungen und Enthüllungen über verschiedene Formen der Reaktion in der BRD, über Neonazismus, über Filmzensur durch den Volkswartbund, über Praktiken der bürgerlichen Presse und deren Verinnerlichung durch Journalisten („Schere im Kopf – über Zensur und Selbstzensur“). Die Kritik war liberal, oder, wie die „Zeit“ schreibt, radikalliberal. Die Kritik an der Reaktion war getrennt von der Kritik an der Herrschaft der Klasse, die Reaktion betreibt und hervorbringt. Eher erscheint die Reaktion als deutsche Eigenschaft.

In seinem jüngsten Pamphlet in der „Zeit“ erscheint der Antisemitismus als deutsche Eigenschaft. Wenngleich nicht als ausschließlich deutsche Eigenschaft. Auch als russische. Die „Zeit“ veröffentlicht eine Karrikatur der sowjetischen Zeitung „Gudok“ vom 4. August 1973 über den Zionismus und seine Verbindungen mit Südafrika, die unbestreitbar rassistischen Charakter hat. Letztenendes ist für Broder der Antisemitismus eine allgemein menschliche Eigenschaft, soweit es sich um Nichtjuden handelt: „Das antijüdische Ressentiment scheint fast, wie der Freß- und Sexualtrieb, eine anthropologische Grundkonstante zu sein. In jedem Fall ist es der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich so gut wie alle verständigen können, vom Vatikan bis zum Kreml, da schwingt ihr im selben Rhythmus wie der Herr Karol Wojtyla.“ Letzteres bezieht sich darauf, daß sowohl die Sowjetunion als auch der Papst die israelische Annexion Jerusalems verurteilt bzw. die Öffnung Jerusalems für alle Religionen gefordert haben.

Ausgangspunkt von Broders Abrechnung mit dem angeblichen Antisemitismus der „Neuen Linken“ ist die Beschreibung verschiedener Erfahrungen, die er gemacht hat. Ein „paar Punks der fortschrittlichen Art“ erklären gegenüber der „taz“ auf die Frage, was sie für einen Begriff vom Faschismus haben: „Ich hab keinen Juden ins KZ gesteckt, ich hab auch keinen Polen erschossen. Ich hab da echt nichts mit zu tun, das war mein Vater oder mein Großvater.“ Ein anderer erklärt: „Früher haben sie Juden vergast, heute werden die Leute in Stammheim abgeknallt.“ Er zitiert eine Westberliner Lehrerin, die im Rahmen einer Diskussion über Neonazismus erklärt haben soll (das Zitat ist nicht überprüfbar): „Die Jugendlichen wehren sich auch dagegen, daß sie falsch informiert werden. Es ist doch so, daß die KZs in erster Linie Arbeitslager waren, wo Rüstungsgüter billig hergestellt wurden, und erst gegen Ende des Krieges, als die Niederlage absehbar war, fingen die Nazis mit der Vernichtung der Juden an. Heute wird Holocaust als zionistische Propaganda benutzt, um die Existenz des Staates Israel zu rechtfertigen.“ Beides seien hervorstechende Beispiele des Antisemitismus der Linken, die vergessen hätten, daß sie „nicht nur mit Milchbrei gefüttert worden (seien), sondern auch mit den Vorurteilen und Vorlieben Eurer Mütter und Väter“.

Bestimmt ist es so, daß die Äußerungen, so wie Broder sie zitiert, nicht den Verbrechen gerecht werden, die die Vernichtung der Juden durch die Faschisten bedeutete, bestimmt sind sie einseitig und wohl auch unüberlegt. Trotzdem haben die Punker recht, wenn die erklären, daß nicht sie für diese Verbrechen verantwortlich sind. Ob ihre Väter, weiß man nicht. Jedenfalls ist die Ermordung der Juden ein Verbrechen nicht *der Deutschen, sondern des deutschen Faschismus*, der eine Herrschaftsform der deutschen Finanzbourgeoisie darstellt, und auch nicht das einzige Verbrechen. Eine Herrschaftsform über die Arbeiterklasse, die den Faschismus nicht hatte verhindern und auch nicht stürzen können, obwohl sie heroische, und auch mit vielen Opfern verbundene Kämpfe dagegen geführt hatte. Die Erforschung der Ursachen für diese Niederlage ist etwas anderes als die Sorte Vergangenheitsbewältigung, die die Bourgeoisie gerade zu dem Zweck betreibt, um den Klassencharakter des Faschismus zu verhüllen. Und demgegenüber haben die Punker recht, wenn sie darauf hinweisen, daß „sie“ früher die Juden vergast haben und heute die Leute in Stammheim abgeknallt werden – auch wenn der Vergleich unangemessen ist.

Es ist historisch nicht richtig, daß die massenhafte Vernichtung der Juden erst gegen Ende des Krieges durchgeführt worden sei. Man wird sie wohl auch nicht *linear* aus den Interessen des deutschen Finanzkapitals ableiten können. Trotzdem: es ist keine Verharmlosung des Faschismus, wenn man zeigt, daß die KZs nicht einfach irrational waren, sondern faßbaren *Interessen* entsprachen, der Finanzbourgeoisie nämlich, die die Leute zu Tode schuften ließ, und dann abschlachtete, wenn sie nicht mehr ausgebeutet werden konnten. Die Versuche, den Faschismus zu etwas Irrationellem, Nichtbegreifbarem zu machen, dienen der Verharmlosung der Finanzbourgeoisie. Interessiert ist auch der Versuch der Zionisten, den Antisemitismus unhistorisch, unmaterialistisch als allgemein menschliche, anthropologische Eigenschaft zu erklären. Insofern vertritt H. Broder exakt das gleiche wie T. Herzl, der Gründer der zionistischen Bewegung, der in seinem Buch „Der Judenstaat“ die Progrome des Zaren auf „tief im Volksgemüt sitzende Vorurteile“ zurückführt. Der Antisemitismus des westeuropäischen Mittelalters wie die Progrome des russischen Zaren sind nicht zu erklären, ohne die ökonomische Struktur der Gesellschaften zu untersuchen, die sie hervorgebracht haben, und die ökonomische Rolle, die die Juden in diesen Gesellschaften spielten. Auch wenn sie sich in religiöse oder rassistische Formen kleideten, so lagen ihnen doch stets ökonomisch begründete Interessengegensätze zugrunde. Das gilt für die Judenverfolgungen des Mittelalters, die die Juden zunächst aus der Funktion des Händlers vertrieben, und später aus der des Wucherers, indem sich die niedergehenden Feudalklassen mit der Vertreibung oder Vernichtung des jüdischen Gläubigers ihrer Schulden zu entledigen versuchten. Das gilt auch für die Judenprognome des Zaren, zu einem Zeitpunkt, als sich der Kapitalismus in Rußland mehr und mehr durchzusetzen begann, die Klassenkämpfe an Heftigkeit zunahmen, und der Zar den Haß des ruinierten Kleinbürgertums, aber auch der unaufgeklärten Arbeiter und Bauern auf die Juden abzulenken versuchte. Marx hat bereits in einer seiner frühesten Schriften (Zur Judenfrage, MEW Bd. 1, S. 347ff) darauf hingewiesen, daß die Emanzipation der Juden untrennbar verbunden ist mit der Emanzipation der Gesellschaft, die auch die besondere ökonomische und soziale Funktion der Juden aufhebe. Die zionistischen Ideologien, die den Antisemitismus zu einer nicht weiter erklärbaren menschlichen Eigenschaft machen, die den Juden überall entgegenschlage, wo sie sich aufhalten, dient gerade dazu, die Kolonisierung Palästinas, die Vertreibung der Palästinenser aus ihrem Land zu rechtfertigen: die Emanzipation der Juden könne nur erfolgen in und durch die Errichtung eines eigenen Staates in Palästina. Diese Ideologie war den Juden in den entwickelteren kapitalistischen Ländern zu Beginn dieses Jahrhunderts, zumal den jüdischen Arbeitern, weitgehend fremd. Die Assimilation, das Aufgehen der Juden in der Arbeiterbewegung ihrer jeweiligen Länder, haben die Führer der Zionisten entschieden bekämpft. Erst seit Verfolgung der Juden durch den Faschismus hat die Auswanderung nach Palästina Massenumfang angenommen. Gerade damals aber haben es die Führer der zionistischen Bewegung nicht nur abgelehnt, den Kampf der Juden in den Ghettos gegen ihre Vernichtung zu organisieren oder auch nur zu unterstützen. Wiederholt haben Vertreter der zionistischen Bewegung mit dem Hitler-Regime verhandelt und auch direkt kollaboriert, um aus den verfolgten und internierten Juden Kolonisten für die Eroberung Palästinas zu rekrutieren (siehe dazu auch: Faris Yahya, Die Zionisten und Nazi-Deutschland, Beirut 1978).

„Euer Jude von heute ist der Staat Israel“, schreibt Broder, und wer die Auflösung des Staates Israel fordere, setze in Wirklichkeit das Werk Eichmanns fort. Es ist ein alter zionistischer Trick, die Zerschlagung des zionistischen Kolonialstaates mit der Vernichtung der Juden gleichzusetzen. Gerade deshalb muß man darauf hinweisen, daß der tiefe Abscheu vor dem Antisemitismus für die meisten Revolutionäre, überhaupt für die meisten Jugendlichen der BRD zu den ersten politischen Erkenntnissen gehört hat. Gerade das hat es eine Zeitlang erschwert, den Kolonialcharakter des Staates Israel zu erkennen. Die fortgesetzte israelische Aggressionspolitik hat da vielen die Augen geöffnet. Trotzdem: Nach wie vor hat der Staat Israel einen besseren Ruf als die Republik Südafrika. Der Zionismus gilt auch heute noch vielen als etwas besseres als die Apartheid-Ideologie. Zu Unrecht. Broders Artikel ist eine der zahlreichen Versuche, den Zionismus zu verteidigen und zu propagieren. Daß er von einem „Linken“ unternommen wurde, hat ihn für die „Zeit“ wohl interessant gemacht.

WIRTSCHAFT UND POLITIK

programm der Demokratisch-Revolutionären Front – Wirtschaft. Jahreswirtschaftsbericht 1980 der Bundesregierung. Grundlinien der

„Spiel um Zeit“

sung „Für den vollen Sieg des palästinensischen Volkes“ trägt. Unterstützung des palästinensischen Volkes in seinem Kampf um das Recht auf Selbstbestimmung wird von Broder ausdrücklich als Antisemitismus diffamiert. „Ich kann nicht an der Seite von Linken gegen Reaktion und Repression streiten, die mich nur so lange akzeptieren, wie ihnen mein Judentum – ein sehr rudimentäres – nicht störend aufstößt. Zu diesem Judentum gehört auch die Einsicht, daß ein jüdischer Staat eine historische und politische Notwendigkeit ist, an der nicht gerüttelt werden darf.“ schreibt Broder an anderer Stelle.

Soweit kann man das auch in der „Welt“ oder bei Axel Cäsar Springer selber lesen. Gleichwohl propagiert Broder nicht diese Sorte Pro-Zionismus. „Die rechten ‚Philosemiten‘ nach der Art von Strauß und Springer kamen für mich als Verbündete nie in Frage, weil ich mich nicht mit Reaktionären liieren kann, nur weil sie zufällig gerade mal die Juden lieben.“ Mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland hat sich Broder angelegt, als dieser eine „Ehrenerklärung“ zugunsten des ehe-

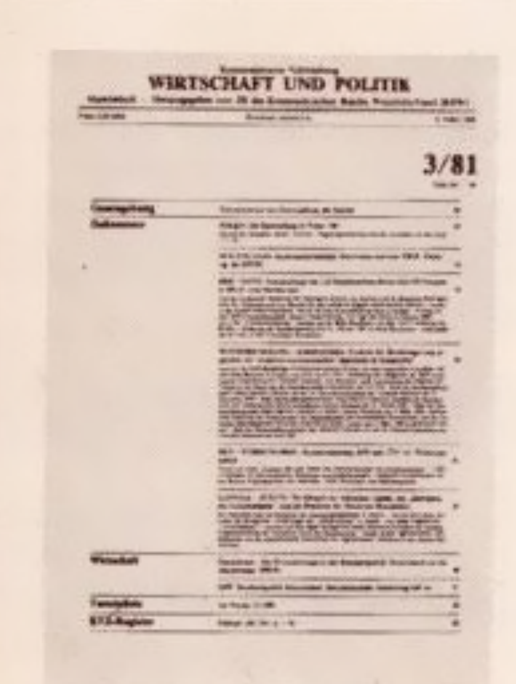
„Zeit“ erscheint der Antisemitismus als deutsche Eigenschaft. Wenngleich nicht als ausschließlich deutsche Eigenschaft. Auch als russische. Die „Zeit“ veröffentlicht eine Karrikatur der sowjetischen Zeitung „Gudok“ vom 4. August 1973 über den Zionismus und seine Verbindungen mit Südafrika, die unbestreitbar rassistischen Charakter hat. Letztenendes ist für Broder der Antisemitismus eine allgemein menschliche Eigenschaft, soweit es sich um Nichtjuden handelt: „Das antijüdische Ressentiment scheint fast, wie der Freß- und Sexualtrieb, eine anthropologische Grundkonstante zu sein. In jedem Fall ist es der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich so gut wie alle verständigen können, vom Vatikan bis zum Kreml, da schwingt ihr im selben Rhythmus wie der Herr Karol Wojtyla.“ Letzteres bezieht sich darauf, daß sowohl die Sowjetunion als auch der Papst die israelische Annexion Jerusalems verurteilt bzw. die Öffnung Jerusalems für alle Religionen gefordert haben.

Ausgangspunkt von Broders Abrechnung mit dem angeblichen Antisemitismus der „Neuen Linken“ ist die

Bestimmt ist es so, daß die Äußerungen, so wie Broder sie zitiert, nicht den Verbrechen gerecht werden, die die Vernichtung der Juden durch die Faschisten bedeutete, bestimmt sind sie einseitig und wohl auch unüberlegt. Trotzdem haben die Punker recht, wenn die erklären, daß nicht sie für diese Verbrechen verantwortlich sind. Ob ihre Väter, weiß man nicht. Jedenfalls ist die Ermordung der Juden ein Verbrechen nicht *der Deutschen, sondern des deutschen Faschismus*, der eine Herrschaftsform der deutschen Finanzbourgeoisie darstellt, und auch nicht das einzige Verbrechen. Eine Herrschaftsform über die Arbeiterklasse, die den Faschismus nicht hatte verhindern und auch nicht stürzen können, obwohl sie heroische, und auch mit vielen Opfern verbundene Kämpfe dagegen geführt hatte. Die Erforschung der Ursachen für diese Niederlage ist etwas anderes als die Sorte Vergangenheitsbewältigung, die die Bourgeoisie gerade zu dem Zweck betreibt, um den Klassencharakter des Faschismus zu verhüllen. Und demgegenüber haben die Punker recht, wenn sie darauf hinweisen, daß „sie“ früher

wie die Progrome des russischen Zaren sind nicht zu erklären, ohne die ökonomische Struktur der Gesellschaften zu untersuchen, die sie hervorgebracht haben, und die ökonomische Rolle, die die Juden in diesen Gesellschaften spielten. Auch wenn sie sich in religiöse oder rassistische Formen kleideten, so lagen ihnen doch stets ökonomisch begründete Interessengegensätze zugrunde. Das gilt für die Judenverfolgungen des Mittelalters, die die Juden zunächst aus der Funktion des Händlers vertrieben, und später aus der des Wucherers, indem sich die niedergehenden Feudalklassen mit der Vertreibung oder Vernichtung des jüdischen Gläubigers ihrer Schulden zu entledigen versuchten. Das gilt auch für die Judenprognome des Zaren, zu einem Zeitpunkt, als sich der Kapitalismus in Rußland mehr und mehr durchzusetzen begann, die Klassenkämpfe an Heftigkeit zunahmen, und der Zar den Haß des ruinierten Kleinbürgertums, aber auch der unaufgeklärten Arbeiter und Bauern auf die Juden abzulenken versuchte. Marx hat bereits in einer seiner frühesten Schriften (Zur Judenfrage, MEW Bd. 1, S. 347ff) darauf hingewiesen, daß die

„Euer Jude von heute ist der Staat Israel“, schreibt Broder, und wer die Auflösung des Staates Israel fordere, setze in Wirklichkeit das Werk Eichmanns fort. Es ist ein alter zionistischer Trick, die Zerschlagung des zionistischen Kolonialstaates mit der Vernichtung der Juden gleichzusetzen. Gerade deshalb muß man darauf hinweisen, daß der tiefe Abscheu vor dem Antisemitismus für die meisten Revolutionäre, überhaupt für die meisten Jugendlichen der BRD zu den ersten politischen Erkenntnissen gehört hat. Gerade das hat es eine Zeitlang erschwert, den Kolonialcharakter des Staates Israel zu erkennen. Die fortgesetzte israelische Aggressionspolitik hat da vielen die Augen geöffnet. Trotzdem: Nach wie vor hat der Staat Israel einen besseren Ruf als die Republik Südafrika. Der Zionismus gilt auch heute noch vielen als etwas besseres als die Apartheid-Ideologie. Zu Unrecht. Broders Artikel ist eine der zahlreichen Versuche, den Zionismus zu verteidigen und zu propagieren. Daß er von einem „Linken“ unternommen wurde, hat ihn für die „Zeit“ wohl interessant gemacht.



WIRTSCHAFT UND POLITIK

3/81

„Spiel um Zeit“

lup. Der Film, basierend auf dem Roman Fania Fénelons, „Das Mädchenorchester in Auschwitz“ (Röderberg-Verlag, 19,80 DM), wurde vom ZDF am 9. und 10. März gezeigt. Das Drehbuch von Arthur Miller wurde vom Fischer Verlag veröffentlicht (9,80 DM).

Fania Fénelon war Chansonsängerin in Paris. Sie schließt sich dem Widerstand an, wird verhaftet und als Halbjüdin nach Birkenau, dem Frauenlager von Auschwitz, deportiert. Dort wird sie dem von der SS eingerichteten Mädchenorchester eingegliedert, als Sängerin. Sie singt vor allem Arien aus „Madam Butterfly“, zum Ergötzen der SS, die sich dabei von ihrer „anstrengenden Arbeit“, der Selektion der Häftlinge für die Gaskammer, erholt. Ansonsten muß das Orchester aufspielen, um neu ankommende Häftlinge an der Rampe zu „empfangen“, wenn die Häftlinge zur Arbeit abmarschieren, während die SS Häftlinge von Hunden zerfleischen läßt. Das Überleben des Mädchenorchesters hängt hauptsächlich davon ab, daß es die SS zufriedenstellt. In großer Eindringlichkeit beschreibt der Film die Lagerverhältnisse: Das Verhalten der SS-Schergen. Dr. Mengele etwa, der vor allem wegen seiner Menschenversuche gefürchtete KZ-Arzt, ein sentimentaler Musikliebhaber. Die Mandel, Leiterin des Frauenlagers, deren ganzer Stolz das Mädchenorchester ist, ein großer Kinderfreund. Nachdem sie die Mutter ins Gas geschickt hat, nimmt sie für ein paar Tage deren Kind an, herzt mit ihm – und schickt es dann ebenfalls ins Gas. Die Häftlinge: Unter dem Druck des Lagers, tagtäglich der Willkür der SS ausgeliefert, entwickeln sie ganz unterschiedliche Verhaltensweisen. Alma Rose, die Nichte des Komponisten Gustav Mahler, setzt alles daran, daß das Orchester Niveau hält – um der SS zu gefallen. Tschaikowska, eine ebenso dumme wie brutale Blockleiterin. Marianne, die sich für ein Stück Brot mit jedem Kapo einläßt. Und Fania, die sich mit aller Macht dagegen stemmt, ihre Menschenwürde aufzugeben. Sie wendet sich auch gegen die nationalen, religiösen, ja rassistischen Vorurteile, die unter den Häftlingen herrschen, etwa zwischen Jüdinnen und Polinnen, die sich gegenseitig hassen und verachten. „Ich bin eine Frau, kein Volksstamm. Man hat mich schwer gedemütigt. Das ist alles, was ich sagen kann.“



Das Mädchenorchester von Auschwitz muß zur „Begrüßung“ von neu eintreffenden Häftlingen aufspielen. Vorne links: die Dirigentin Alma Rosé.

Der Film ist eine erschütternde Darstellung der KZ-Verhältnisse, eine Anklage gegen Faschismus und Rassismus. Anders als seinerzeit Holocaust, endet er nicht mit einer zionistischen Konsequenz. Eher wendet er sich – wenn auch indirekt – dagegen, daß Israel die Konsequenz aus Auschwitz sei. Der „Quick“ zufolge, und auch anderen Zeitungen, soll sich die Autorin Fania Fénelon gegen die Besetzung der Hauptrolle durch Vanessa Redgrave gewandt haben, weil diese die PLO unterstützt. In einem Fernsehinterview hat Fania Fénelon dies nicht wiederholt. Mangelnder Humor war ihr Haupteinwand. Und sie wandte sich in der Darstellung ihrer Erfahrungen nach der Befreiung gegen den Rassismus weißer Offiziere der US-Armee gegenüber schwarzen Soldaten.

Verhandlungen Khieu Samphan – Norodom Sihanouk bislang ohne Ergebnis

lup. Die Verhandlungen in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang zwischen Khieu Samphan, dem Ministerpräsidenten des Demokratischen Kampuchea, und Norodom Sihanouk sind am Mittwoch ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Sie sollen zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden. Agenturberichten zufolge scheiterten sie an der Forderung Sihanouks, daß nach einem Rückzug der Vietnamesen alle kampucheanischen Streitkräfte entwaffnet werden müßten. Die Verwirklichung von Sihanouks Forderung würde darauf hinauslaufen, daß Kampuchea künftigen Bedrohungen, Erpressungen oder Aggressionen durch Vietnam nichts entgegenzusetzen hätte. Unter diesen Bedingungen müßte jede kampucheanische Regierung auch nach Abzug der Vietnamesen doch nach der Pfeife des Hanoier Regimes tanzen – oder aber anderer Mächte, die gegebenenfalls Kampucheas Neutralität gegenüber Vietnam garantieren würden.

Die Positionen der Regierung des Demokratischen Kampuchea zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit sind klar: Die Hauptsache ist der Zusammenschluß gegen die vietnamesischen Aggressoren. Nach Abzug der vietnamesischen Truppen sollen freie Wahlen unter Aufsicht der UNO durchgeführt werden. In diesen Wahlen soll über das zukünftige politische und soziale System Kampucheas entschieden werden. Noch lange nach der Befreiung des Landes von den vietnamesischen Besatzern wird die Sicherung und Verteidigung der nationalen Souveränität die Hauptaufgabe sein, ein rascher Übergang zum Sozialismus wird nicht möglich sein.

Bereits im Januar dieses Jahres hatten Verhandlungen zwischen Khieu Samphan und Son Sann, 1968 Premierminister unter Sihanouk, Vorsitzender der KPNLF („Nationale Befreiungsfront des Khmer-Volkes") stattgefunden. Sie waren an der Forderung Son Sanns gescheitert, daß *alle* Führer des Demokratischen Kampuchea nach Bildung einer Regierung der nationalen Einheit zurücktreten und nach Beijing ins Exil gehen sollten. „Was für eine Einheitsfront würde das sein?", hat Khieu Samphan einem Bericht der Bangok Post zufolge daraufhin erklärt. „Unsere Truppen kämpfen ohne Sold. Was macht ihre Kraft aus? Ihr Nationalismus, ihre Entschlossenheit, daß Kampuchea erneut unabhängig werden muß, und nicht zuletzt ihr Vertrauen in ihre Führung."

In einem Interview mit Nayan Chanda von der Far Eastern Economic Review hatte Sihanouk vergangene Woche erklärt, mit der Aufnahme von Verhandlungen mit dem Demokratischen Kampuchea verfolge er taktische Absichten. Nach wie vor sei sein Ziel, die Roten Khmer zu schwächen, und den UNO-Sitz Kampucheas vakant werden zu lassen. Er glaube nicht an einen Sieg über die vietnamesischen Truppen. Seine Gesprächsbereitschaft gehe zurück auf den Druck, den seine Anhänger vor allem in Frankreich auf ihn ausgeübt hätten.

Irland: USA greifen zu, EG-Imperialisten halten mit

doj. Irland, seit seiner Teilung 1921 im Norden England völlig einverleibt und mit der südirischen Republik seit Jahren in die EG integriert, hat mit den Krisenfolgen besonders schwer zu kämpfen. Die einheimische Industrie ist weitgehend zerstört, die Arbeitslosigkeit liegt weit über dem EG-Durchschnitt. Mit der Teilung behielt England die im Norden konzentrierte Industrie, v.a. Textilindustrie sowie Schiffs- und Maschinenbau, und bestimmte – nach jahrzehntelangem Ringen der südlichen noch vorwiegend agrarisch produzierenden Republik um Selbständigkeit – dann auch weitgehend den südlichen Markt. Nordirland ist zwangsweise in EG wie NATO integriert, die Republik konnte bisher der Einverleibung in die NATO widerstehen. Doch der Druck ist groß: Die USA sind auf dem Weg, England in der ökonomischen Vorherrschaft abzulösen. Seit 1960 investierten sie in beiden Teilen Irlands das meiste Kapital mit den größten Projekten, den kleineren Rest teilten sich die EG-Imperialisten.

10% seines Staatshaushalts muß England auf die Ausbeutung und Unterdrückung der nordirischen Kolonie verwenden. Der Thatcher-Regierung sitzt nicht nur der immer hartnäckiger geführte Befreiungskampf in Nordirland im Nacken. Auch in der Republik, die lange ruhig schien, gewinnt die nationale Befreiungsbewegung wieder an Boden. Ein Ausdruck davon ist die überwältigende Unterstützung der nordirischen politischen Gefangenen im Süden.

Die Krise in Nordirland

Die massive Arbeitslosigkeit, v.a. in der Bau- und Textilindustrie, liegt bei fast 18%, in den katholisch/nationalistischen Gebieten doppelt so hoch und bis zu 50%. Viele Kapitalisten stellen nur Protestanten ein. Tausende von Katholiken, die früher in England ihre Ausbildung machen mußten, können das heute nicht mehr. Lange Zeit wurden die dem ICTU (Irish Congress of Trade Unions, die national zusammengeschlossenen Gewerkschaften) angehörigen Gewerkschaften illegalisiert, und die Arbeiter in englischen Gewerkschaften zwangsorganisiert.

80% der britischen Löhne betragen die nordirischen Löhne durchschnittlich und sind inzwischen nominal niedriger als in der Republik. Fast jeden Tag werden Arbeiter zu Hunderten entlassen. Die deutsche Grundig und Olympia planen, in kurzer Zeit alleine 1400 Arbeiter zu entlassen.

13% der Arbeiter schuften direkt für US-Firmen. Die USA investieren in letzter Zeit verstärkt in der Automobil-, Elektro- und Flugbranche.

Die Republik ist verschuldet und hofft auf eine Lösung unter Thatchers Obhut

Irlands Schuldenberg bei den Imperialisten wächst: 1979 vergrößerte er sich innerhalb von 6 Monaten von 319 Mio. Pfund auf 322 Mio. irische Pfund. 11% des Staatshaushalts geht in finanzielle Anreize für ausländische Kapitalinvestitionen: Steuerfreiheit auf Exportgewinne, ab 1981 10% Gewinnsteuer auf alle Neugründungen; 100%ige Übernahme von Schulungen; 50%iger Zuschuß zu Forschung und Entwicklung; großzügige Abschreibungen und zinsgünstige Kredite. Die Arbeitslosigkeit beträgt jetzt um 11%, 1980 allein verloren 34000 die Arbeit, während die Regierung „hofft", in den nächsten 5 Jahren 35000 Arbeitsplätze beschaffen zu können. Die Gewerkschaften fordern dagegen 45%-ige Besteuerung der Gewinne und organisierten im März 1980 Demonstrationen gegen die steigende Lohnsteuer, an denen 300000 teilnahmen. die Regierung beschloß daraufhin eine Steuerreform, die den unteren Einkommen gerade 50 irische Pfund Erleichtung im Jahr verschafft, den oberen wesentlich mehr. Die Sozialhilfe soll um 20 – 25% angehoben werden, dafür gleich die Benzinpreise um 15p steigen, die Zigaretten um 10p, das Glas Schnaps um 12p, Bier um 6p und Wein um 15p.

Irland bietet dem Hauptinvestor USA nicht nur günstige Möglichkeiten für Kapitalanlagen. Seine geographische Lage ist günstig für die Kontrolle der See- und Luftwege von und nach Europa. Bisher fahren die USA unter Ausnutzung der Sympathie von Millionen irischer Auswanderer im Land zweigleisig: als großzügiger Kapitalinvestor, der auch den Katholiken Arbeitsplätze beschafft, wie als Gönner der republikanischen Bewegung, um sie zu beeinflussen. Die Befreiungsbewegung wird sich künftig auch gegen die US-Supermacht richten müssen, so wie diese zunehmend versucht, die Republik Irland in ihre Kriegsvorbereitungen einzubeziehen.

Die IRP errichtet eine Willkürherrschaft im Iran

bep. Für letzten Freitag, den 13. März, hatte die Vermittlungsdelegation der Islamischen Weltkonferenz (ICO) den Beginn des von ihr vorgeschlagenen Waffenstillstands zwischen Iran und Irak angesetzt. Der Vermittlungsversuch ist gescheitert; der Iran beharrte offenbar auf einem sofortigen und bedingungslosen Rückzug der irakischen Truppen, während der Irak die Anerkennung seiner durch den Iran angeblich verletzten Souveränitätsrechte zur Vorbedingung machte. Der iranische Ministerpräsident Rajai sah sich allerdings gezwungen, öffentlich Besorgnis über den Zustand der Armee zu äußern und auf die wachsende Wirtschaftsmisere einzugehen, die durch den Krieg verursacht sei. Den Vorwurf, die Unfähigkeit der Regierung sei an den Versorgungsschwierigkeiten schuld, wies er zurück. Die Unzufriedenheit werde unberechtigt geschürt und von Konterrevolutionären ausgenutzt, erklärte er letzte Woche. Rajai rückte gleichzeitig den Staatspräsidenten Bani Sadr in die Nähe dieser Konterrevolutionäre, de-

massiven Provokationen gegen Gegendemonstranten vor. Während seiner Rede verlas Bani Sadr Ausweise von festgenommenen Provokateuren, darunter die von Mitgliedern der Revolutionsgarden, islamischer Komitees, der islamisch-republikanischen Partei und einer sog. „Sondertruppe des Ministerpräsidenten" (Rajai). Die IRP, die die Regierung kontrolliert, schlug zurück: Der oberste Richter, Ayatollah Beheshti, erklärte, die Festgenommenen würden nicht vor Gericht gestellt, sie hätten ihrerseits Anzeige gegen Bani Sadr und seine Anhänger gestellt. Der frühere Revolutionsrichter Khalkali forderte im Parlament die Amtsenthebung des Präsidenten. Die Teheraner Basarhändler unterstützen dagegen Bani Sadr mit einem Proteststreik. Inzwischen hat die IRP-Mehrheit im Parlament einen weiteren Schritt zur Entmachtung Bani Sadrs getan: Sie billigte ein Gesetz, das es dem Premier (Rajai) erlaubt, Minister zu benennen, wenn keine Einigung mit dem Präsidenten zustande kommt, der nach der Verfassung ein Veto-Recht hat. Bani Sadr hat



schieden werden. Noch lange nach der Befreiung des Landes von den vietnamesischen Besatzern wird die Siche-
gehe zurück auf den Druck, den seine Anhänger vor allem in Frankreich auf ihn ausgeübt hätten.
geführte Befreiungskampf in Nordirland im Nacken. Auch in der Republik, die lange ruhig schien, gewinnt die nationale Befreiungsbewegung wieder an Boden. Ein Ausdruck davon ist die überwältigende Unterstützung der nordirischen politischen Gefangenen im Süden.
listen wächst: 1979 vergrößerte er sich innerhalb von 6 Monaten von 319 Mio. Pfund auf 322 Mio. irische Pfund. 11% des Staatshaushalts geht in finanzielle Anreize für ausländische Kapitalinvestitionen: Steuerfreiheit auf Exportgewinne, ab 1981 10% Gewinnsteuer auf alle Neugründungen; 100%-
beitsplätze beschafft, wie als Gönner der republikanischen Bewegung, um sie zu beeinflussen. Die Befreiungsbewegung wird sich künftig auch gegen die US-Supermacht richten müssen, so wie diese zunehmend versucht, die Republik Irland in ihre Kriegsvorbereitungen einzubeziehen.

Die IRP errichtet eine Willkürherrschaft im Iran

bep. Für letzten Freitag, den 13. März, hatte die Vermittlungsdelegation der Islamischen Weltkonferenz (ICO) den Beginn des von ihr vorgeschlagenen Waffenstillstands zwischen Iran und Irak angesetzt. Der Vermittlungsversuch ist gescheitert; der Iran beharrte offenbar auf einem sofortigen und bedingungslosen Rückzug der irakischen Truppen, während der Irak die Anerkennung seiner durch den Iran angeblich verletzten Souveränitätsrechte zur Vorbedingung machte. Der iranische Ministerpräsident Rajai sah sich allerdings gezwungen, öffentlich Besorgnis über den Zustand der Armee zu äußern und auf die wachsende Wirtschaftsmisere einzugehen, die durch den Krieg verursacht sei. Den Vorwurf, die Unfähigkeit der Regierung sei an den Versorgungsschwierigkeiten schuld, wies er zurück. Die Unzufriedenheit werde unberechtigt geschürt und von Konterrevolutionären ausgenutzt, erklärte er letzte Woche. Rajai rückte gleichzeitig den Staatspräsidenten Bani Sadr in die Nähe dieser Konterrevolutionäre, de-
nen es eine Lektion zu erteilen gelte. Unmittelbarer Anlaß waren Auseinandersetzungen auf einer Kundgebung Ende vorletzter Woche auf dem Gelände der Teheraner Universität. Bani Sadr sprach vor 150000 Teilnehmern aus Anlaß des 14. Todestages des 1953 auf Betreiben des amerikanischen Geheimdienstes CIA gestürzten iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh. Kundgebungsteilnehmer gingen nach

massiven Provokationen gegen Gegendemonstranten vor. Während seiner Rede verlas Bani Sadr Ausweise von festgenommenen Provokateuren, darunter die von Mitgliedern der Revolutionsgarden, islamischer Komitees, der islamisch-republikanischen Partei und einer sog. „Sondertruppe des Ministerpräsidenten" (Rajai). Die IRP, die die Regierung kontrolliert, schlug zurück: Der oberste Richter, Ayatollah Beheshti, erklärte, die Festgenommenen würden nicht vor Gericht gestellt, sie hätten ihrerseits Anzeige gegen Bani Sadr und seine Anhänger gestellt. Der frühere Revolutionsrichter Khalkali forderte im Parlament die Amtsenthebung des Präsidenten. Die Teheraner Basarhändler unterstützen dagegen Bani Sadr mit einem Proteststreik. Inzwischen hat die IRP-Mehrheit im Parlament einen weiteren Schritt zur Entmachtung Bani Sadrs getan: Sie billigte ein Gesetz, das es dem Premier (Rajai) erlaubt, Minister zu benennen, wenn keine Einigung mit dem Präsidenten zustande kommt, der nach der Verfassung ein Veto-Recht hat. Bani Sadr hat
sich ein Leibwache der Armee zugelegt und mit seinem Rücktritt gedroht, falls die Angreifer auf seine Kundgebung nicht zur Rechenschaft gezogen würden. In einem Artikel schrieb er, die Schläger seien das Rückgrat einer die Macht anstrebenden Gruppe, die mit Hilfe von Knüppeln, Lügen und finanziellen Übeltaten Herr des Landes werden wollten.



Demonstration für die Befreiungskämpfer in den H-Blocks und Armagh. Seit 1. März ist der Hungerstreik wieder aufgenommen und wird stufenweise durchgeführt solange, bis die englische Regierung die politischen Gefangenen anerkennt, die sie letzten Dezember mit Versprechungen zum Abbruch des Hungerstreiks brachte. So hoffte England auf Erlahmung der internationalen Unterstützung und wollte verhindern, daß die portugiesische Regierung, die die Forderungen der irischen Gefangenen offiziell unterstützt, diese vor die UNO bringt.

Justiz in Spanien

bep. Von 288 an der Besetzung des Madrider Parlaments beteiligten Zivilgardisten sind 222 nach zehn Tagen Haft entlassen worden und zum Dienst zurückgekehrt. Sie seien nur den Befehlen ihrer Vorgesetzten gefolgt. Ihr Anführer Tejero hält in dem Militärgefängnis, in dem er inhaftiert ist, mit Besuchern, darunter höheren Militärs, eine Art Stammtisch ab. Ein Gericht in Madrid hat am Montag sieben Mitglieder der Organisation „Grapo" zu Haftstrafen zwischen 3 und 46 Jahren verurteilt. Nach Ansicht des Gerichts hatten die Angeklagten vor zwei Jahren die Ermordung eines Armeegenerals beabsichtigt; die Ausführung sei durch Eingreifen einer Polizeistreife vereitelt worden.

El Salvador: Landreform offiziell eingestellt

lup. Auch offiziell hat der Präsident des Militärregimes von El Salvador, Duarte, in der vergangenen Woche die Einstellung der Landreform bekanntgegeben. Das Wirtschaftsministerium hatte „den wirtschaftlichen und sozialen Nutzen als sehr viel geringer als ihre Kosten" bezeichnet. Die von dem salvadorianischen Regime unter Aufsicht von US-Beratern betriebene Landreform war bislang für die US-Regierung einer der Hauptvorwände für ihre Militär- und Wirtschaftshilfe. Auch Heiner Geißlers Behauptung, die Junta in El Salvador sei eine gemäßigte Kraft, die von rechten und linken Terroristen bedroht werde, hatte sich hauptsächlich auf die angebliche Landreform gestützt. – In Mittel- und Lateinamerika vergrößert sich die Zahl der Regierungen, die die Intervention der USA in El Salvador mehr oder weniger direkt kritisieren. Nach Nicaragua haben sich jetzt auch Mexiko, Brasilien und Venezuela gegen Interventionen in El Salvador ausgesprochen.

USA: CIA will mehr Rechte

lup. Amerikanische Zeitungen haben in der vergangenen Woche über den Entwurf einer Direktive berichtet, die von Beamten der Reagan-Administration innerhalb des CIA ausgearbeitet wurde und nach Unterzeichnung durch Reagan Gesetzeskraft erhalten soll. Sie soll zahlreiche Einschränkungen aufheben, die von Ford 1976 unter dem Druck von Enthüllungen über den CIA hatten angeordnet werden müssen. Sie läuft darauf hinaus, daß der CIA offiziell erneut alle Methoden bei der Überwachung und Verfolgung amerikanischer Staatsbürger anwenden kann – einschließlich Einbrüchen, Abhören usw. Lediglich Ermordungen und Menschenversuche durch den CIA sollen offiziell ausgeschlossen bleiben. Während ein CIA-Sprecher die Existenz solcher Vorlagen bestritt, wurde sie von Goldwater, dem Vorsitzenden des entsprechenden Senatsausschusses, bestätigt.

Reagan plant Unterstützung der UNITA

lup. Der Pressesprecher des amerikanischen Außenministeriums, Dyess, hat in der vergangenen Woche erklärt, daß amerikanische Regierungsstellen Verhandlungen mit UNITA-Führer Savimbi aufnehmen würden, der Ende dieses Monats in die USA kommen werde. Indirekt bestätigte er Pressemeldungen, denen zufolge die Reagan-Administration die Aufhebung eines Gesetzes anstrebt, durch das der Ford-Regierung 1976 die weitere Einmischung in Angola untersagt worden war. Mehrere südafrikanische Staaten, u.a. Zimbabwe, hatten in der letzten Woche die amerikanische Regierung vor einer neuerlichen Einmischung in Angola und Unterstützung der UNITA gewarnt.

Streik der Lehrer im besetzten Westjordanland

ark. Seit Mitte Januar führen über 12000 palästinensischen Lehrer auf der Westbank einen Generalstreik durch. Sie fordern eine hundertprozentige Erhöhung ihrer Löhne, die in der Regel zwischen ⅓ und ¼ des Lohnes betragen, den die israelischen Lehrer erhalten. Hunderte der palästinensischen Lehrer müssen aufgrund der niedrigen Löhne und der galoppierenden Inflation (1980 über 130%) von Wohlfahrtsbezügen leben bzw. zusätzlicher Lohnarbeit nachgehen. Um den Streik zu zerschlagen, wurde Anfang Februar das 52-köpfige Lehrerkomitee verhaftet. 40 von ihnen wird vorgeworfen, die Militär-Erlasse, die einen Streik verbieten, übertreten zu haben. Mittlerweile befinden sich alle wieder in Freiheit, sie müssen aber wegen Aufforderung zum illegalen Streik demnächst vor Gericht erscheinen.

5. Jahrestag der Demokratisch-Arabischen Republik Sahara

chm. An den Feierlichkeiten zum 5. Jahrestag der Gründung der Demokratisch-Arabischen Republik Sahara, die am 26.2. in der Hauptstadt El-Aiun stattfanden, nahmen Vertreter von etwa 20 Staaten teil, darunter auch Iran und Mauretanien. Die FPOLISARIO, die den Kampf gegen die marokkanischen Truppen führt, meldete, daß sie Operationen nordöstlich der Hauptstadt durchgeführt hätte. – König Hassan von Marokko erneuerte sein Angebot an Algerien, über die Westsahara zu verhandeln. Er schilderte die Lage so, als hätten die marokkanischen Truppen die Kontrolle über das Land. Er bot Algerien ein Gipfeltreffen an und erwähnte „Freunde und Brüder", die großes Interesse an einer Beendigung des Krieges hätten.

Saudiarabien: Innere Lage und Klassenkräfte

Antihegemonistische Außenpolitik / Rückständige Ordnung lähmt die ökonomische Entwicklung

chm. Am 27. April fährt Helmut Schmidt auf Staatsbesuch nach Saudiarabien. Er erwidert damit einen Besuch des Königs Khalid vom vergangenen Juni. Das Finanzkapital sieht diesem Besuch sicherlich mit Wohlgefallen entgegen.

Die Bundesrepublik hat sich zum drittgrößten Warenexporteur nach Saudiarabien, hinter den USA und Japan, entwickelt. Waren im Wert von 2,28 Mrd. $ haben die westdeutschen Kapitalisten 1978 nach Saudiarabien exportiert. Eines ihrer größten Geschäfte im Jahr 1980 war der Bau einer Wasserleitung von Riad in die neu erbaute Industriestadt am Persischen Golf, Jubail, für 910 Mio. $. Saudiarabien zahlt mit Öl – die Importe sind im ersten Halbjahr 1980 auf 24% des gesamten Ölimports gestiegen, im Vergleich zu 17% im Jahre 1979. Das Geschäft mit dem Leopard 2 und seinen Artverwandten werden sie sich nicht entgehen lassen wollen, zumal die Konkurrenz stark ist: Gerade hat Frankreich die teilweise Ausstattung der saudischen Marine für 3,4 Mrd. $ übernommen.

Der Reichtum Saudiarabiens sprudelt aus den Ölquellen

Die Öleinnahmen Saudiarabiens betrugen im Jahre 1980 über 100 Mrd. $. Das ist doppelt soviel wie im vergangenen Jahr. Die Rohölförderung ist seit dem Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges im vergangenen September von 9,5 Millionen bpd (barrel pro Tag) auf 10,4 Millionen gestiegen. ⅓ des auf dem Weltmarkt gehandelten Öls kommt aus Saudiarabien. Dort lagern ¼ der Welterdölreserven. Der Haushaltsplan für 1980/81 sieht Wachstumsraten im staatlichen Sektor, d.i. die Schwerindustrie, von 13,5% und im privaten Sektor von 12,4% vor. Bei der Annahme einer Inflationsrate von 10%, und auch wenn man die Verteidigungsausgaben von 20,7 Mrd. $ einbezieht, werden die Einnahmen die Ausgaben immer noch um 150 Mrd. $ übersteigen.

Die verschiedenen Klassenkräfte

Die wirtschaftliche und politische Macht in Saudiarabien hat die königliche Saud-Familie. Die Zahl der männlichen Prinzen wird zwischen 2000 und 7000 geschätzt. (Genaue Zahlen sind nicht vorhanden.) Durch das unter den Beduinenstämmen übliche System der Einheirat in andere Stämme, auch in feindliche Stämme, wenn man sie unterworfen hat, hat die saudische „Familie" eine sehr breite Basis unter den Stämmen der arabischen Halbinsel, auch unter denen, die nicht in den Grenzen Saudiarabiens leben. Abdel Aziz Ibn Saud, der Gründer der Dynastie, hat die Einheirat als politisches Mittel zur Bindung anderer Stämme an seinen Stamm benutzt. Er hinterließ 40 Söhne und eine unbekannte Zahl von Töchtern. Die drei größten Stämme, die Jliwis, die Sudairis und die al-Schaikhs, mit denen verwandtschaftliche Bande existieren, sind mit je einem Mitglied im Ministerrat vertreten: Sie besetzen die Ressorts Justiz, Erziehung und Wasser- und Landwirtschaft. Vorsitzender des Ministerrats ist der König. Die Brüder Fahd, Sultan und Nayef besetzen die Posten des Vizekönigs, des Verteidigungsministers und Innenministers. Sie sind Stiefbrüder des Königs, mütterlicherseits. Khaleds leiblicher Bruder, Prinz Abdallah, ist Kommandeur der Nationalgarde. Die zwei Gruppen von Brüdern stellen anscheinend zwei Fraktionen innerhalb der herrschenden Familie dar. Jede der beiden Gruppen kann sich auf bewaffnete Formationen stützen, die ihr loyal sind: Fahd auf die Armee, die aus 47000 Mann besteht, und Khaled auf die Nationalgarde (20000), die hauptsächlich aus Beduinen besteht und eine Antiguerillaausbildung in den USA absolviert hat.

Anteil an der Macht haben ebenfalls die Abkömmlinge der traditionellen Handelsbourgeoisie aus dem im Westen gelegenen Hidjaz mit dem Hafen Djidda, die jedoch alle enge Bindungen zum Königshaus haben müssen. Ein Beispiel: Adnan Kashoggi, der wegen einer Bestechungssumme der Waffenkonzerne Lockheed und Northrop von über 500 Mio. $ durch die Presse gehechelt wurde, ist Sohn des ehemaligen Leibarztes des Dynastiegründers Abdel Aziz. Die Handelsgeschäfte sind lukrativ, denn alles wird importiert. Diese Bourgeoisie hat starke kompradorenhafte Züge. Viel eher übernimmt sie Agenturen imperialistischer Konzerne, als daß sie eine einheimische Industrie entwickelt. Sie betätigt sich höchstens noch in der Bodenspekulation. Ein gewisses Problem stellen die in den vergangenen 10 Jahren aus dem Ausland, vor allem aus den USA, zurückgekehrten Kader dar, die zwar hochbezahlte Stellen erhalten, aber von den Zentren der wirtschaftlichen und politischen Macht ferngehalten werden und bestimmte Vorstellungen von persönlicher Freiheit und demokratischen Rechten mitbringen, die im Widerspruch zur politischen Wirklichkeit in Saudiarabien stehen.

Die Zahlenangaben über die Lohnarbeiter sind ungenau. Sie werden auf ca. 60000 geschätzt. Bei der Auftragsvergabe werden Firmen bevorzugt, die mit den Fabrikanlagen gleich auch die Arbeitskräfte mitbringen (Die angegebene Bevölkerungszahl schwankt zwischen 5 und 9 Mio.). ARAMCO, die Arab-American Oil Company, die 1975 verstaatlicht worden ist, beschäftigt allein 20000 Arbeiter, die unterschiedlicher Nationalität sind. Allerdings ist die Mehrheit der ARAMCO-Arbeiter inzwischen saudiarabisch. Aber im zweitgrößten Industriesektor, der Bauwirtschaft, arbeiten nur ausländische Wanderarbeiter, vor allem Pakistanis, Inder, Jemeniten und Südkoreaner als ungelernte Arbeiter, Ägypter, Syrer und Palästinenser als Facharbeiter. Sie sind vollkommen rechtlos. Im November wurde ein Gesetz erlassen, das ihnen verbietet, ihre Familien nach Saudiarabien zu holen. 4000 „Ausländer" wurden im Dezember abgeschoben, weil ihre Aufenthaltserlaubnis angeblich abgelaufen war.

Die Löhne schwanken sehr. Lohnvorschriften existieren nicht. Nach groben Schätzungen der Blätter für Außenhandelsinformationen bewegen sich die Löhne für ungelernte Arbeiter zwischen 800 und 1200 Saudische Rials (SRl), d.h. zwischen 472 und 708 DM, da 1 SRL = 0,59 DM ist. Europäische Facharbeiter bekommen zwischen 3500 und 6000 SRl, freie klimatisierte Unterkunft und freien Transport. (Dem ungelernten Arbeiter wird in der Regel ein Barackenplatz oder ein Zelt zugewiesen.) Die Lebenshaltungskosten sind um 20% höher als in der BRD. Auf Streiks stehen hohe Gefängnisstrafen, Gewerkschaften sind verboten.

Die Klassen, die in den letzten zehn Jahren zermalmt worden sind, sind die Nomaden und die kleinen Bauern. Machten die Nomaden im Jahre 1962 nach 50% der Bevölkerung aus, so ist ihr Anteil heute auf 10% zusammengeschrumpft. Vor allem die kleinen Viehzüchter unter ihnen mußten den kapitalistisch organisierten „Ranchen" weichen, die zugleich mit Fleischverarbeitungsbetrieben gekoppelt sind. Die Nomaden hatten die Wahl, entweder als „Cowboys" auf diese Ranchen zu gehen oder als Lohnarbeiter in die Städte. Die Eltern und die Frauen sind in der Regel in den Weidegebieten geblieben. Sie leben entweder von der Fürsorge oder von dem, was die Söhne aus der Stadt schicken.

Der Raubbau an dem Weideboden hat dazu geführt, daß sich weite Landstriche in Wüste zu verwandeln drohen, wenn nicht ab sofort der Viehanteil um die Hälfte verringert wird.

Ebenfalls kaum noch vorhanden sind die Kleinbauern. In einigen Oasen sind große Farmen errichtet worden mit staatlichen Subventionen, auf denen die Kleinbauern als Landarbeiter beschäftigt werden. Insgesamt ist jedoch die Entwicklung der Landwirtschaft vernachlässigt worden, so daß nur 13% von der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche zur Zeit bebaut sind. 75–90% des Nahrungsmittelbedarfs muß importiert werden.

Die politischen Institutionen

Saudiarabien hat keine Verfassung und kein Parlament. Es kennt keine Gewaltenteilung. Der König erläßt „Dekrete", die zu Gesetzen erklärt werden. 1953 schuf König Abdel Aziz einen Ministerrat, dessen Funktionen jedoch erst 1958 festgelegt wurden: „Der Ministerrat arbeitet die Angelegenheiten der Innen-, Außen-, Finanz-, Wirtschafts-, Bildungs- und Verteidigungspolitik aus. Er übt die gesetzgebende Gewalt, die ausführende Gewalt und die administrative Gewalt aus." Die Stellung des Königs ist allerdings noch stark, denn er ernennt und entläßt die Minister und hat immer noch das Recht, Gesetze zu erlassen.

Am 18.3.80 beauftragte König Khaled einen achtköpfigen Ausschuß unter Vorsitz seines Bruders, des Innenministers Nayef, mit der Ausarbeitung eines „Grundgesetzes". Allerdings hatten seine drei Vorgänger ähnliche Initiativen gestartet, die nicht weiter verfolgt wurden. (Jetzt ist natürlich der Druck größer durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten zehn Jahre.)

Die Außenpolitik

In den letzten Jahren hat Saudiarabien versucht, seine Abhängigkeit von den US-Imperialisten zu verringern. Ein wesentlicher Schritt dazu war die Verstaatlichung der Ölgesellschaft ARAMCO, die 1975 beschlossen worden ist. 60% des Aktienkapitals sind sofort von der saudischen Regierung übernommen worden. 1980 ist sie ganz in saudischen Besitz übergegangen. 1973, unmittelbar nach dem Oktoberkrieg, war es den USA noch möglich, Saudiarabien so unter Druck zu setzen, daß es aus dem beschlossenen Ölembargo ausgeschert ist. Auf der Konferenz der OPEC in Bali im vergangenen Dezember hat Saudiarabien erklärt, daß es den Preis für sein Öl von 30 auf 32 $ pro barrel erhöhen werde. Es werde, angesichts des irakisch-iranischen Krieges, die vorgesehene Senkung der Fördermenge auf 8,5 Millionen bpd nicht durchführen, um die internationale Ölversorgung nicht zu gefährden.

Mit dem Versuch, Saudiarabien für das Separatabkommen zwischen Ägypten und Israel zu gewinnen, sind die USA gescheitert. Im Zusammenschluß der arabischen Staaten gegen dieses Abkommen, das die arabische Einheitsfront im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus gefährdet, spielt es eine wichtige Rolle, auch deshalb weil es die Verbindung zu Ägypten nie hat abreißen lassen. Für Palästina befürwortet Saudiarabien die Bildung eines palästinensischen Staates unter Führung der PLO in den jetzt von Israel besetzten arabischen Territorien, fordert den vollständigen Abzug Israels aus allen besetzten Gebieten. Eine besondere Bedeutung mißt es dem Abzug der Zionisten aus Jerusalem bei. Es hat jedem Staat mit einem Ölembargo gedroht, sollte er die Annexion Jerusalems durch Israel anerkennen.

Saudiarabiens Bemühungen, Waffen aus westeuropäischen Ländern zu kaufen, sind ebenfalls ein Versuch, die Abhängigkeit von den US-Imperialisten zu verringern. Bis weit in die 70er Jahre hinein waren die USA beinahe der einzige Lieferant der saudiarabischen Armee. Nur Großbritanien war es noch gelungen, in dieses amerikanische Monopol vorzustoßen. Die USA hatten dadurch vielfältige Möglichkeiten, Saudiarabien zu erpressen; daß sich die Lage geändert hat, sieht man an dem kürzlich gefaßten Beschluß des amerikanischen Senats, die von Saudiarabien geforderten F-15-Bomber zu liefern, nachdem sie sich lange geziert haben, angeblich um Israel zu schützen.

Alle Andeutungen, alle offenen Drohungen sowohl der USA als auch westeuropäischer Imperialisten, Truppen in die Golfregion zu schicken, hat Saudiarabien abgelehnt. Allerdings besitzen die USA noch Benutzerrechte für den Luftwaffenstützpunkt Dhahran.

Nachdem die Sozialimperialisten jahrelang Saudiarabien als „Lakai des US-Imperialismus" und als „reaktionär-feudalistisch" beschmipft haben, hin und wieder auch zum Sturz der Regierung aufgerufen haben, spucken sie seit einigen Jahren etwas leisere Töne. Auch Saudiarabiens Ablehnung der sowjetischen Invasion Afghanistans, die es in allen internationalen Gremien bekundet hat, nehmen sie schweigend hin, sprechen zwar von den „Kräften der Reaktion", ohne jedoch Saudiarabien namentlich zu erwähnen. Der Grund ist einfach: Für ihre Hegemonialstrategie am Horn von Afrika und im Persischen Golf ist es unerläßlich, in Saudiarabien Einfluß zu gewinnen, oder es zumindest zu „neutralisieren".

Saudiarabien hat im Juni 1980 diplomatische Beziehungen zum wichtigsten Verbündeten der SU im arabischen Raum aufgenommen, zur DVR Jemen. Es festigt seine Beziehungen zu den anderen Golfstaaten, hat den Streit mit dem Irak vorerst begraben und die Beziehung zu Syrien, trotz dessen Freundschaftsvertrag mit der SU, nicht eingefroren. Bisher hat es weder diplomatische Beziehungen zur SU, noch zu anderen RGW-Staaten. Es verstärkt jedoch seine Beziehungen zu den afrikanischen und asiatischen Staaten: 6% des Bruttosozialprodukts Saudiarabiens wird als Entwicklungshilfe an Länder der Dritten Welt vergeben.

10,4 Millionen gestiegen. ⅓ des auf dem Weltmarkt gehandelten Öls kommt aus Saudiarabien. Dort lagern ¼ der Welterdölreserven. Der Haushaltsplan für 1980/81 sieht Wachstumsraten im staatlichen Sektor, d.i. die Schwerindustrie, von 13,5% und im privaten Sektor von 12,4% vor. Bei der Annahme einer Inflationsrate von 10%, und auch wenn man die Verteidigungsausgaben von 20,7 Mrd. $ einbezieht, werden die Einnahmen die Ausgaben immer noch um 150 Mrd. $ übersteigen.

Die verschiedenen Klassenkräfte

Die wirtschaftliche und politische Macht in Saudiarabien hat die königliche Saud-Familie. Die Zahl der männlichen Prinzen wird zwischen 2000 und 7000 geschätzt. (Genaue Zahlen sind nicht vorhanden.) Durch das unter den Beduinenstämmen übliche System der Einheirat in andere Stämme, auch in feindliche Stämme, wenn man sie unterworfen hat, hat die saudische „Familie" eine sehr breite Basis unter den Stämmen der arabischen Halbinsel, auch unter denen, die nicht in den Grenzen Saudiarabiens leben. Abdel Aziz Ibn Saud, der Gründer der Dynastie, hat die Einheirat als politisches Mittel zur Bindung anderer Stämme an seinen Stamm benutzt. Er hinterließ 40 Söhne und eine unbekannte Zahl von Töchtern. Die drei größten Stämme, die Jliwis, die Sudairis und die al-

gen zum Königshaus haben müssen. Ein Beispiel: Adnan Kashoggi, der wegen einer Bestechungssumme der Waffenkonzerne Lockheed und Northrop von über 500 Mio. $ durch die Presse gehechelt wurde, ist Sohn des ehemaligen Leibarztes des Dynastiegründers Abdel Aziz. Die Handelsgeschäfte sind lukrativ, denn alles wird importiert. Diese Bourgeoisie hat starke kompradorenhafte Züge. Viel eher übernimmt sie Agenturen imperialistischer Konzerne, als daß sie eine einheimische Industrie entwickelt. Sie betätigt sich höchstens noch in der Bodenspekulation. Ein gewisses Problem stellen die in den vergangenen 10 Jahren aus dem Ausland, vor allem aus den USA, zurückgekehrten Kader dar, die zwar hochbezahlte Stellen erhalten, aber von den Zentren der wirtschaftlichen und politischen Macht ferngehalten werden und bestimmte Vorstellungen von persönlicher Freiheit und demokratischen Rechten mitbringen, die im Widerspruch zur politischen Wirklichkeit in Saudiarabien stehen.

Die Zahlenangaben über die Lohnarbeiter sind ungenau. Sie werden auf ca. 60000 geschätzt. Bei der Auftragsvergabe werden Firmen bevorzugt, die mit den Fabrikanlagen gleich auch die Arbeitskräfte mitbringen (Die angegebene Bevölkerungszahl schwankt zwischen 5 und 9 Mio.). ARAMCO, die Arab-American Oil Company, die 1975 verstaatlicht worden ist, beschäftigt allein 20000 Arbeiter, die unter-

sten sind um 20% höher als in der BRD. Auf Streiks stehen hohe Gefängnisstrafen, Gewerkschaften sind verboten.

Die Klassen, die in den letzten zehn Jahren zermalmt worden sind, sind die Nomaden und die kleinen Bauern. Machten die Nomaden im Jahre 1962 nach 50% der Bevölkerung aus, so ist ihr Anteil heute auf 10% zusammengeschrumpft. Vor allem die kleinen Viehzüchter unter ihnen mußten den kapitalistisch organisierten „Ranchen" weichen, die zugleich mit Fleischverarbeitungsbetrieben gekoppelt sind. Die Nomaden hatten die Wahl, entweder als „Cowboys" auf diese Ranchen zu gehen oder als Lohnarbeiter in die Städte. Die Eltern und die Frauen sind in der Regel in den Weidegebieten geblieben. Sie leben entweder von der Fürsorge oder von dem, was die Söhne aus der Stadt schicken.

Der Raubbau an dem Weideboden hat dazu geführt, daß sich weite Landstriche in Wüste zu verwandeln drohen, wenn nicht ab sofort der Viehanteil um die Hälfte verringert wird.

Ebenfalls kaum noch vorhanden sind die Kleinbauern. In einigen Oasen sind große Farmen errichtet worden mit staatlichen Subventionen, auf denen die Kleinbauern als Landarbeiter beschäftigt werden. Insgesamt ist jedoch die Entwicklung der Landwirtschaft vernachlässigt worden, so daß nur 13% von der landwirtschaftlich

Druck größer durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten zehn Jahre.)

Die Außenpolitik

In den letzten Jahren hat Saudiarabien versucht, seine Abhängigkeit von den US-Imperialisten zu verringern. Ein wesentlicher Schritt dazu war die Verstaatlichung der Ölgesellschaft ARAMCO, die 1975 beschlossen worden ist. 60% des Aktienkapitals sind sofort von der saudischen Regierung übernommen worden. 1980 ist sie ganz in saudischen Besitz übergegangen. 1973, unmittelbar nach dem Oktoberkrieg, war es den USA noch möglich, Saudiarabien so unter Druck zu setzen, daß es aus dem beschlossenen Ölembargo ausgeschert ist. Auf der Konferenz der OPEC in Bali im vergangenen Dezember hat Saudiarabien erklärt, daß es den Preis für sein Öl von 30 auf 32 $ pro barrel erhöhen werde. Es werde, angesichts des irakisch-iranischen Krieges, die vorgesehene Senkung der Fördermenge auf 8,5 Millionen bpd nicht durchführen, um die internationale Ölversorgung nicht zu gefährden.

Mit dem Versuch, Saudiarabien für das Separatabkommen zwischen Ägypten und Israel zu gewinnen, sind die USA gescheitert. Im Zusammenschluß der arabischen Staaten gegen dieses Abkommen, das die arabische Einheitsfront im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus gefährdet, spielt es eine wichtige Rolle, auch des-

für den Luftwaffenstützpunkt Dhahran.

Nachdem die Sozialimperialisten jahrelang Saudiarabien als „Lakai des US-Imperialismus" und als „reaktionär-feudalistisch" beschmipft haben, hin und wieder auch zum Sturz der Regierung aufgerufen haben, spucken sie seit einigen Jahren etwas leisere Töne. Auch Saudiarabiens Ablehnung der sowjetischen Invasion Afghanistans, die es in allen internationalen Gremien bekundet hat, nehmen sie schweigend hin, sprechen zwar von den „Kräften der Reaktion", ohne jedoch Saudiarabien namentlich zu erwähnen. Der Grund ist einfach: Für ihre Hegemonialstrategie am Horn von Afrika und im Persischen Golf ist es unerläßlich, in Saudiarabien Einfluß zu gewinnen, oder es zumindest zu „neutralisieren".

Saudiarabien hat im Juni 1980 diplomatische Beziehungen zum wichtigsten Verbündeten der SU im arabischen Raum aufgenommen, zur DVR Jemen. Es festigt seine Beziehungen zu den anderen Golfstaaten, hat den Streit mit dem Irak vorerst begraben und die Beziehung zu Syrien, trotz dessen Freundschaftsvertrag mit der SU, nicht eingefroren. Bisher hat es weder diplomatische Beziehungen zur SU, noch zu anderen RGW-Staaten. Es verstärkt jedoch seine Beziehungen zu den afrikanischen und asiatischen Staaten: 6% des Bruttosozialprodukts Saudiarabiens wird als Entwicklungshilfe an Länder der Dritten Welt vergeben.

Phalangisten und Zionisten setzen auf politische Spaltung im Libanon

mam. Seit nunmehr 6 Jahren herrscht im Libanon der Bürgerkrieg, der aus den ständigen Aggressionen und Übergriffen des Staates Israel entstanden ist und ständig neu angefacht wird. Daß überhaupt von einem „Bürgerkrieg" gesprochen werden kann, ist einzig und allein auf die Tatsache zurückzuführen, daß große Teile des palästinensischen Volkes nach ihrer Vertreibung durch den Staat Israel gezwungen sind, den Kampf um ihre Rechte von libanesischem Boden aus zu führen. Die Zionisten, für die die Souveränität des Libanon einfach nicht existiert, stützen sich auf die phalangistischen Milizen der Kataib-Partei Gemayels, die den Libanon von den Palästinensern und den Syrern „befreien" wollen, die sie zur Hauptursache des Krieges erklären, wie auf den rechtsradikalen Milizenchef Saad Haddad, der im südlichen Libanon ein ganzes Gebiet besetzt hält, das er „Freie Republik Libanon" nennt, einen 15 km breiten Grenzstreifen, die Operationszone der Zionisten ist. Sowieso von den Zionisten und letztendlich von den US-Imperialisten finanziert, hat Haddad jetzt von der libanesischen Regierung die Zahlung von 5 Mio. Dollar gefordert und bei Nichtzahlung mit der Bombadierung Saidas, südlich von Beirut, gedroht. Die 5 Mio. Dollar fordert er dreist für „ausstehenden Sold" für seine überwiegend aus Desertierten der ehemaligen libanesischen Armee bestehenden Soldateska, obwohl er von der libanesischen Regierung nicht anerkannt wird und von einem Militärgericht ausgestoßen wurde wegen Desertion und Insubordination (Meuterei). Trotzdem sind die Drohungen durchaus ernstzunehmen und passen in den Gesamtplan der Phalangisten, die, gestützt auf den CIA, die Lage für günstig halten für ihre Art der „Lösung" des Libanonkonflikts.

Nach der Zeitschrift „The Middle East" vom Februar besteht der Plan darin, den Angriff auf die Stützpunkte und Flüchtlingslager der Palästinenser in West-Beirut zu eröffnen und sie aus ihren Hauptlagern rund um den Flughafen zu vertreiben. Das soll Aufgabe der Phalange sein, die nach Gemayel jederzeit in der Lage ist, 70000 Mann zu mobilisieren, während die israelische Armee im Süden die syrischen Truppen, ca. 20 bis 25000 Mann, in begrenzte Gefechte verwickeln soll. Gleichzeitig soll die israelische Armee einige ihrer Streitkräfte in Richtung Norden nach Beirut in Bewegung setzen, um die Palästinenser von zwei Seiten einzuklammern. Der gemeinsame Plan soll von zwei scheinbar getrennten Streitkräften geführt werden, vonseiten der Israelis, um „Terroranschläge der Palästinenser zu vergelten", vonseiten der Phalangisten, „um die Einheit des Libanon durch die Befreiung von Palästinensern und Syrern zu bewahren". Das State Department in Washington weist die Enthüllungen über diesen CIA-Plan weit von sich, aber aus Quellen der Libanesischen Front (der Phalangisten) ist in Beirut schon lange bekannt, daß dieser Plan das Lieblingsobjekt Gemayels ist, für dessen Durchführung er jetzt den richtigen Zeitpunkt gekommen sieht. Die Zunahme der militärischen Konfrontationen deutet auch darauf hin.

Gemayels Hoffnungen gründen sich auf verschiedene Fakten. Einmal versucht der libanesische Präsident Sarkis seit Monaten eine einheitliche libanesische Armee wieder aufzubauen und zwar ohne Berücksichtigung der Konfessionen, die bisher den christlichen Phanlangisten die Vorherrschaft in der Führung gesichert hatte. Kaum waren die ersten Einheiten der libanesischen Armee gebildet, suchten die Phalangisten militärische Auseinandersetzungen wie die im vergangenen November bei Ain Rummaneh (Beirut). Diese Auseinandersetzungen hatten weniger militärische Bedeutung als politische, weil die Hoffnungen vieler Libanesen, einschließlich des Präsidenten Sarkis, enttäuscht wurden, die meinten, der Aufbau einer einheitlichen Armee würde zur Beendigung der Spaltung des Landes und der kriegerischen Auseinandersetzungen führen. Desweiteren hofft Gemayel auf den neuen US-Präsidenten Reagan, der kürzlich Begin abblitzen ließ, der auf eine baldige Forderung der Camp-David-Gespräche drängte. Er wurde auf einen Termin nach den Wahlen in Israel im Juni verwiesen; vorerst versucht Reagan mit dem jordanischen König Hussein wegen der Einrichtung eines Palästinenser-Staats unter israelischer und jordanischer Aufsicht an den Westbanks ins Gespräch zu kommen; was Hussein bisher abgelehnt hat. Außerdem geht Gemayel davon aus, daß Begin in der Zeit des Wahlkampfes gerne militärische Erfolge vorweisen möchte, um von den inneren Schwierigkeiten abzulenken.

Nach Berichten aus Beirut warten die Phalangisten schon lange auf eine solche objektive Lage und haben neben der militärischen Aufrüstung ihrer Milizen – sie sollen jetzt über 40 schwere Panzer verfügen – versucht, die Widersprüche im Inneren zu schüren. Insbesondere hoffen sie, Teile der schiitischen Minderheit des Landes auf ihre Seite ziehen zu können. Die Schiiten treten seit Jahren für eine demokratische Reform der libanesischen konstitutionellen Verfassung ein und verfügten lange Zeit über keine eigenen militärischen Kräfte. Die meisten Schiiten leben im Süden des Landes und waren daher auch den Folgen der israelischen Angriffe ausgesetzt. Über 300000 wurden aus ihren Heimatorten vertrieben und leben jetzt in West-Beirut. Ihre Organisation Amal (Hoffnung) zählt zu den fortschrittlichsten Kräften des Landes, zur progressiven Front, zu der neben den Palästinensern auch die Baathisten zählen, die fortschrittliche Front des Walid Jumblatt und die Nasseristen. Die Phalangisten versuchen jetzt Teile der Amal abzuspalten, insbesondere Kleinbourgeois, die im Süden des Landes ihren Grund und Boden verloren haben, indem sie den Palästinensern die Schuld daran in die Schuhe schieben. Gemayel hat offen der Führung von Amal angeboten, die Kontrolle über West-Beirut zu übernehmen, wenn die Schiiten die Phalangisten bei der „Befreiung" von den Palästinensern unterstützen. Mittlerweile hat es einzelne Kämpfe zwischen palästinensischen und schiitischen Kräften gegeben, hinter denen nicht nur Provokationen des libanesischen Geheimdienstes vermutet werden. Die palästinensische und schiitische Führung versuchen zwar, diese „Zwischenfälle" abzuschwächen, aber die Phalangisten hoffen dennoch zumindest auf eine Spaltung der Amal. Gegenüber der Mehrheit, der sunnitischen Moslems, setzt Gemayel auf die Großgrundbesitzer, denen auch die Anwesenheit der Palästinenser im Lande ein Dorn im Auge ist.

Das Hauptproblem der linken Kräfte im Libanon, und daher rührt auch ihre Zersplitterung, ist ihre jeweilige Orientierung an verschiedenen arabische Regimes und Ideologien. Sie verfügen nicht über eine gemeinsame Strategie und Taktik, die sie befähigen würde, die Widersprüche im Innern ohne äußere Einmischung zu lösen. So versucht der Präsident Sarkis zwar zur Zeit durch Fernsehdiskussionen der Führer der verschiedenen Organisationen deren Gemeinsamkeiten stärker herauszuheben, hat aber selber mit seiner Regierung versäumt, eine Politik zu entfalten, die die Massen zusammenschließt und den Phalangisten Einhalt gebietet.

Italien: Staat und Confindustria im Angriff

Krise und Strategie-Debatte der Gewerkschaften

hah. Wirtschaftskrise in Italien: 1980 lag die Industrieproduktion im Durchschnitt noch real 5,5% über der von 1979, aber bereits seit Juli 1980 waren die Zuwachsraten rückläufig, im Dezember 1980 lag die Industrieproduktion bereits um 0,7% unter der des Dezembers 1979. Die Exporte sanken 1980 um 4,5%, während sich der Weltmarkt um 6,5% ausweitete: der italienische Anteil am Welt-Export fiel also um ca. 11%. Allein der Automobil-Export, für die italienische Wirtschaft entscheidend, ging um 21% zurück. Die interne Inflationsrate war 1980 die höchste von allen Industrieländern: 21,3%. Das Handelsbilanzdefizit betrug 18659 Mrd. Lire (ca. 40 Mrd. DM). Die offizielle Arbeitslosenzahl lag im Januar bei 1,88 Mio., allein im Alter zwischen 14 und 29 Jahren sind 1,25 Mio. Arbeitssuchende registriert. Für 1981 sagen die Prognose-Institute ein industrielles Null-Wachstum sowie einen Rückgang des realen „Familien-Konsums“ um 0,5% voraus.

Die Kapitalistenverbände greifen an

Im Februar wurde der Text eines internen Dokuments des italienischen Kapitalisten-Dachverbandes Confindustria bekannt, das sich das strategische Ziel einer „radikalen Veränderung der industriellen Beziehungen“ in den nächsten Jahren setzt. Für das Verhalten der Kapitalisten gegenüber den Gewerkschaften werden u.a. folgende Regeln aufgestellt:

– Forderungen nach mehr Lohn oder anderen ökonomischen Zugeständnissen sollen „nur noch dort Gegenstand von Verhandlungen sein, wo sie von Zugeständnissen der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Produktivität begleitet sind“;

– andere Forderungen, die „sich negativ auf die Entscheidungsfreiheit des Unternehmens, auf seine organisatorische Selbständigkeit, auf seine Wettbewerbsfähigkeit auswirken, werden prinzipiell abgelehnt“;

– es soll eine gesetzliche Regulierung des Streiks erreicht werden, da sich „die Unmöglichkeit der Selbstregulierung erwiesen“ hat.

Die letzten Auseinandersetzungen auf Unternehmensebene zeigen, daß die Kapitalisten diese Regeln anwenden. Lohnerhöhungen werden in „Anwesenheitsprämien“ verwandelt; kollektive Höherstufungen in den Lohngruppen werden nur dort zugestanden, wo „Gruppenarbeit“ eingeführt wird, d.h. wo eine Verflüssigung und meist auch Intensivierung der Arbeit durch selbständige Kooperation von Arbeitergruppen erreicht und z.B. das erkämpfte Recht auf Weiterbezahlung des Akkorddurchschnitts bei Produktionsstockungen unterlaufen werden kann. Massenentlassungen aufgrund von Absatzstockungen oder Rationalisierungen scheitern zwar immer noch am gewerkschaftlichen Widerstand, ihre Androhung wird aber – wie zuletzt bei Fiat und Montedison – bis ins letzte ausgereizt, um einerseits die über-

rung – trotz innerer Widersprüche – ihre ersten Gehversuche. Als der staatliche Stahlkonzern Finsider vor wenigen Wochen erklärte, für den Monat Februar nur 70% und für März nur 50% der Löhne und Gehälter wegen akuter Liquiditätsschwierigkeiten auszahlen zu können, wenn nicht sofort staatliche Finanzhilfen gezahlt würden, antwortete der republikanische Haushaltsminister La Malfa, Bedingung für die Finanzhilfe sei ein „Rahmenabkommen“ des Stahlkonzerns mit den Gewerkschaften, in dem die erhöhte „Mobilität“ der Arbeitskräfte in und zwischen den verschiedenen Stahlwerken, eine Reduktion des „Absentismus“ und vor dem Beginn von Streiks eine mehrtätige Pause für ein Schlichtungsverfahren garantiert werden müsse; Staat und Unternehmensführung nutzten also die „Zahlungsunfähigkeit“ zu einem konzentrierten – wenn auch erfolglosen – Erpressungsmanöver gegenüber den Gewerkschaften.

Krisenerscheinungen in den Gewerkschaften

„Was wir heute erleben, ist die seit vielen Jahren tiefgehendste Entfremdung zwischen Gewerkschaft und Werktätigen“, so wurde kürzlich Garavini, einer der renommiertesten linken Gewerkschaftsführer, in der KPI-Zeitung Rinasciti zitiert. Seit längerem beklagt wird die sog. „Delegierten-Krise“, d.h. der Ende der 60er Jahre entstandenen Kampforgane der Belegschaften, ihre Tendenz zur Passivität oder zur „Bürokratisierung“. Die Zunahme des Einflusses und der Aktivitäten der „autonomen“ Gewerkschaften, die außerhalb der traditionellen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL operieren und vor allem bestimmte Segmente der Lohnabhängigen außer-



Turin, 14. Oktober 1980: Massendemonstration von 40000 Vorarbeitern, Meistern, Technikern von Fiat für die

die reinen tariflichen Festgelderhöhungen (seit 1969) und die 1975 durchgesetzte Anwendung dieses Prinzips auch auf die automatischen Inflationsausgleiche haben zu einer Einebnung der Tariflöhne geführt, die inzwischen zum Spaltkeil zwischen der Masse der un- und angelernten Arbeitern und den Technikern, höheren Angestellten, Meistern usw. wirkt. Dieses Problem wird in einem späteren Artikel gesondert zu behandeln sein.

Diskutiert wird auch über das bisherige Konzept, eine umfassende gewerkschaftliche Kontrolle über den gesamten kapitalistischen Akkumulationsprozeß in Italien durchsetzen zu wollen, da es sich offenbar negativ auf die „klassischen“ gewerkschaftlichen Aufgaben (Lohn, Arbeitsbedingungen) ausgewirkt hat. Angesichts der industriellen Entwicklung von Nord- und Süditalien wollen die Gewerkschaften seit Mitte der 70er Jahre eine Umstrukturierung der italienischen Industrie in Richtung auf technologisch auf dem Weltmarkt führende, expansionsträchtige Produktionsbereiche durchsetzen. Haupthebel soll eine auf allen Ebenen mit Hilfe gewerkschaftlicher Massenkämpfe („Mitbestimmung“ nach westdeutschem Modell wird abgelehnt) zu erkämpfende Investitionskontrolle sein: auf der Ebene der einzelnen Unternehmen bei der Festlegung der mittelfristigen Unternehmenspläne, die beginnend bei den Investitionen für Forschung und Entwicklung die Prioritäten Produktionsbereich für Produktionsbereich festlegt; auf der Ebene des Staates durch Branchenpläne und eine staatliche Gesamtplanung, die staatliche Subventionen für die einzelnen Unternehmen abhängig macht von ihrer Unterordnung unter gesamtgesellschaftlich festgelegte Prioritäten. Diese Konzeption, obwohl schon vor 1978 entstanden, wird heute als die „Linie von Eur“ bezeichnet, einem Vorort von Rom, wo sie Februar 1978 als gemeinsames Programm der drei Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL beschlossen wurde.

Zweifellos liegt dieser Konzeption ein reales Problem zugrunde. Wenn z.B. Fiat Massenentlassungen von 24000 Arbeitern ankündigt, reicht als gewerkschaftliche Antwort nicht aus, den Reallohn zu verteidigen, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen und Entlassungen abzulehnen. Ebenso unstrittig ist aber auch, daß die „Linie von Eur“ bisher keine praktischen Erfolge gebracht hat; weder bei den Einzelunternehmen noch auf staatlicher Ebene ist es bisher gelungen, eine effektive Einflußnahme auf die Investitions- und Subventionsentscheidungen durchzusetzen. Zusätzlich in Verruf brachte diese Linie, daß sie sich „positiv eher in die Einschränkung von For-

Konzept einer neuen Wirtschaftspolitik den konkreten Kämpfen der Werktätigen gegenüberstellte ... Die Kampfbereitschaft der Arbeiter ist der entscheidende Hebel, über den die Gewerkschaft verfügt, um ihre Ziele gesellschaftlicher Veränderungen zu verwirklichen ... Die größte Schwäche von Eur ist gerade, die organische Beziehung zwischen Kämpfen und Zielen, zwischen Werktätigen und Gewerkschaftsführung geschwächt und damit die reaktionäre Gegenoffensive dieser Jahre begünstigt zu haben. Dies ist ein Fehler, der nicht mehr wiederholt werden darf ... Eine Neuauflage von Eur, die auf das Konzept der sich zum Staat machenden Gewerkschaft gründet ist und die die alten Ziele der Beschäftigung und des Südens durch die neuen der Akkumulation und der Produktivität ersetzt, ist abzulehnen ...“ Gewerkschaftsführer wie Garavini, die am Konzept einer umfassenden

spitzen, daß schließlich sogar der Mailänder Kongreß platzte, ist der „Solidaritätsfonds“ für den Süden. Im Juli 1980 hatte die Föderation der Gewerkschaftsverbände einem Regierungsdekret zugestimmt, das die Einrichtung eines solchen Fonds zur Unterstützung von Kooperativen und zur Rettung gefährdeter Betriebe, für Arbeitsbeschaffungs- und Berufsausbildungsmaßnahmen im Süden vorsah und in den die italienischen Lohnabhängigen 0,5% ihres Lohns einzahlen sollten, die sie nach einigen Jahren verzinst zurückerhalten sollten; bei der Verwaltung des Fonds sollten die Gewerkschaften erhebliche Kontrollrechte haben. Da aber dieses Projekt in den Betrieben auf entschiedene Ablehnung stieß, verschwand es zunächst in den Schubladen, bis es durch die Erdbebenkatastrophe neue Aktualität gewann. Es waren aber gerade die Erfahrungen mit dem Verhalten der Regierung nach dem Erdbeben und die neuerlich aufgedeckten Regierungsskandale, die den Widerstand der italienischen Arbeiterklasse gegen – auf ihre Kosten gehende – Projekte bekräftigten. Für seine gewerkschaftlichen Befürworter sollte dieser Fonds zu „einem Instrument der



Berlinguer im Oktober 1980 vor Turiner Fiat-Arbeitern, die im Kampf gegen von der Unternehmensführung angekündigte Massenentlassungen stehen.

gewerkschaftlichen Investitions- und Produktionskontrolle festhalten, folgern aus den Erfahrungen der letzten Jahre, daß eine Selbstbeschränkung der gewerkschaftlichen („ökonomischen“) Forderungen prinzipiell falsch ist: „Kann man denn meinen, daß der Druck der Krise auf die gesellschaftlichen Kräfte, auf die Beschäftigung, auf die Löhne und Arbeitsbedingungen nicht eine Verschärfung der sozialen Kämpfe hervortreibt und daß der Versuch ihrer Beschränkung nicht notwendigerweise konservativ und reaktionär sein muß?“

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung werden die bestehenden strategischen Differenzen am deutlichsten. Eine der „Thesen“ vertritt die offizielle Position der CGIL, eine „*verallgemeinerte* Arbeitszeitverkürzung“ sei abzulehnen, denn dies würde zu einer Erhöhung der Arbeitskosten, zur verschlechterten Auslastung der Anlagen und zu ernsten Problemen für die klei-

Beteiligung der Werktätigen an der Steuerung der Wirtschaft im Rahmen der Programmierung“ werden, wodurch das gewerkschaftliche Programm zur Verpflichtung von Staat und Unternehmen auf eine gesamtwirtschaftliche Umstrukturierung „flankiert“ werde (Thesen). In der Ablehnung des Fonds durch Gewerkschaftslinke, KPI und z.B. die Metallarbeitergewerkschaft FLM verband sich die Ablehnung der im Projekt enthaltenen „Mitbestimmungsideologie“ mit der Zurückweisung der Illusion, die Gewerkschaft könne sich „einen wirtschaftlichen und politischen Raum der Autonomie schaffen, ein eigenes ‚Vermögen‘ im Sinn einer autonomen Parzelle der Akkumulation und der Investitionen“ (Garavini). Die Ablehnung des Solidaritätsfonds durch große Teile der Gewerkschaften bedeutet insgesamt keine Abkehr von dem gewerkschaftlichen Programm der Umstrukturierung des gesamten Produktions-

– Forderungen nach mehr Lohn oder anderen ökonomischen Zugeständnissen sollen „nur noch dort Gegenstand von Verhandlungen sein, wo sie von Zugeständnissen der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Produktivität begleitet sind“;

– andere Forderungen, die „sich negativ auf die Entscheidungsfreiheit des Unternehmens, auf seine organisatorische Selbständigkeit, auf seine Wettbewerbsfähigkeit auswirken, werden prinzipiell abgelehnt“;

– es soll eine gesetzliche Regulierung des Streiks erreicht werden, da sich „die Unmöglichkeit der Selbstregulierung erwiesen“ hat.

Die letzten Auseinandersetzungen auf Unternehmensebene zeigen, daß die Kapitalisten diese Regeln anwenden. Lohnerhöhungen werden in „Anwesenheitsprämien“ verwandelt; kollektive Höherstufungen in den Lohngruppen werden nur dort zugestanden, wo „Gruppenarbeit“ eingeführt wird, d.h. wo eine Verflüssigung und meist auch Intensivierung der Arbeit durch selbständige Kooperation von Arbeitergruppen erreicht und z.B. das erkämpfte Recht auf Weiterbezahlung des Akkorddurchschnitts bei Produktionsstockungen unterlaufen werden kann. Massenentlassungen aufgrund von Absatzstockungen oder Rationalisierungen scheitern zwar immer noch am gewerkschaftlichen Widerstand, ihre Androhung wird aber – wie zuletzt bei Fiat und Montedison – bis ins letzte ausgereizt, um einerseits die über-
flüssigen Arbeitskräfte mit gewerkschaftlicher Zustimmung jahrelang zu Dauer-Kurzarbeitern zu machen (wobei die Unternehmen meist die Differenz zu einem garantierten 80%-Lohn zahlen) und andererseits immer neue staatliche Subventionen zu erpressen.

... und der Staat unterstützt sie

Die Inflation ist dabei, die Masse der Arbeitereinkommen in die steuerliche Progressionszone hineinzutreiben. Die Regierung hat zwar eine Steuerreform beschlossen, die aber im wesentlichen nur die höheren Einkommen entlastet; gleichzeitig nahm sie die Erdbebenkatastrophe zum Anlaß, um unterschiedslos für alle Einkommen eine Steuererhöhung von 5% zu beschließen, was in der Gesamtwirkung auf einen zusätzlichen steuerlichen Fischzug bei den untersten Einkommen hinausläuft. Andererseits verstärkt sie die „Gießkannen“-Subventionen für die Kapitalisten. Die von der Banco d'Italia und der Regierung verfolgten scharfen angeblich „anti-inflationären“ Kredit-Restriktionen beschleunigen die Zentralisation der Kapitale, d.h. den Bankrott der kleineren Unternehmen und ihre Aufsaugung durch die Großunternehmen. Während die italienische Arbeiterklasse durch große Massenkämpfe Betriebsstillegungen und Massenentlassungen in der Großindustrie meist noch verhindern oder zumindest abmildern kann, wird sie hier in Bereichen getroffen, wo sie zersplittert und deshalb von geringerer Kampfkraft ist.

Auch zur Einschränkung des Streikrechts macht die aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikanern bestehende Regie-

ner der renommiertesten linken Gewerkschaftsführer, in der KPI-Zeitung Rinasciti zitiert. Seit längerem beklagt wird die sog. „Delegierten-Krise“, d.h. der Ende der 60er Jahre entstandenen Kampforgane der Belegschaften, ihre Tendenz zur Passivität oder zur „Bürokratisierung“. Die Zunahme des Einflusses und der Aktivitäten der „autonomen“ Gewerkschaften, die außerhalb der traditionellen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL operieren und vor allem bestimmte Segmente der Lohnabhängigen außer-



Turin, 14. Oktober 1980: Massendemonstration von 40000 Vorarbeitern, Meistern, Technikern von Fiat für die Beendigung der Streiks.

halb der Industriearbeiterschaft (z.B. im Verkehrswesen, in den Schulen, Krankenhäusern usw.) repräsentieren; die Kompaktheit der Massendemonstration von 40000 Meistern, Vorarbeitern, Angestellten und Technikern von Fiat gegen die Fortsetzung des Kampfes gegen die Entlassungen im Oktober 1980 – all dies sind unübersehbare Alarmsignale für den sinkenden Einfluß und die Gefahr einer wachsenden Isolation der gewerkschaftlichen Klassenorganisationen in den lohnabhängigen Massen. In dem Maß, wie der aus den Betrieben kommende, auf gewerkschaftliche Einheit gerichtete Druck nachläßt, öffnen sich zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsverbänden und innerhalb der gewerkschaftlichen Funktionärskörper die Spaltungslinien, die entlang den verschiedenen parteipolitischen Loyalitäten verlaufen, droht sich die Regierungsfunktion der PSI und die Oppositionsrolle der KPI in den Gewerkschaften fortzusetzen, ihr selbständiges, einheitliches Handeln zu lähmen und den mühsamen, bisher nur unvollständigen Prozeß der politischen und organisatorischen Vereinheitlichung der Gewerkschaften wieder rückgängig zu machen.

Die innergewerkschaftliche Strategiedebatte, der gescheiterte Kongreß von Mailand

Diese offenkundige Schwächung der Gewerkschaftsbewegung hat zu einer intensiven innergewerkschaftlichen Debatte über ihre Ursachen geführt. Ein Kernproblem ist die Lohnpolitik:

stitionskontrolle sein: auf der Ebene der einzelnen Unternehmen bei der Festlegung der mittelfristigen Unternehmenspläne, die beginnend bei den Investitionen für Forschung und Entwicklung die Prioritäten Produktionsbereich für Produktionsbereich festlegt; auf der Ebene des Staates durch Branchenpläne und eine staatliche Gesamtplanung, die staatliche Subventionen für die einzelnen Unternehmen abhängig macht von ihrer Unterordnung unter gesamtgesellschaftlich festgelegte Prioritäten. Diese Konzeption, obwohl schon vor 1978 entstanden, wird heute als die „Linie von Eur“ bezeichnet, einem Vorort von Rom, wo sie Februar 1978 als gemeinsames Programm der drei Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL beschlossen wurde.

Zweifellos liegt dieser Konzeption ein reales Problem zugrunde. Wenn z.B. Fiat Massenentlassungen von 24000 Arbeitern ankündigt, reicht als gewerkschaftliche Antwort nicht aus, den Reallohn zu verteidigen, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen und Entlassungen abzulehnen. Ebenso unstrittig ist aber auch, daß die „Linie von Eur“ bisher keine praktischen Erfolge gebracht hat; weder bei den Einzelunternehmen noch auf staatlicher Ebene ist es bisher gelungen, eine effektive Einflußnahme auf die Investitions- und Subventionsentscheidungen durchzusetzen. Zusätzlich in Verruf brachte diese Linie, daß sie sich „positiv eher in die Einschränkung von For-
derungen als in große Massenkämpfe über die entscheidenden Punkte eines

Das heutige italienische Gewerkschaftssystem ist durch die Vermischung zweier widersprüchlicher Elemente bestimmt: (1) durch die seit Ende der 40er Jahre bestehende Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in die Dachverbände CGIL (Nähe zu KPI und Sozialisten), CISL (linker Flügel der Christdemokraten) und UIL (Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikaner), wobei diese politischen „Verwandschaften“ heute widersprüchlich sind, z.B. links von der KPI stehende Gewerkschaftler in allen 3 Verbänden zu finden sind; (2) durch die (seit 1969) Tendenz zur Gewerkschaftseinheit, deren wichtigster organisatorischer Ausdruck die Fabrikräte sind; in einigen wichtigen Branchen gelang die Durchsetzung von Branchen-Einheitsgewerkschaften, so z.B. die Metallarbeitergewerkschaft FLM. Die 3 Gewerkschaftsverbände, die heute gegenüber Unternehmerverbänden und Staat meist gemeinsam auftreten, haben sich dagegen nicht vereinigt, sich aber immerhin in einer „Föderation“ zusammengeschlossen.

Programms der Erneuerung umgesetzt hat“, wie Garavini vorsichtig in einem Rinascita-Artikel äußerte, d.h. in die Zurückdrängung der aus den Betrieben kommenden Forderungen nach mehr Lohn und verbesserten Arbeitsbedingungen, unter Berufung auf die den Gewerkschaften zufallende „Verantwortung“ für die Gesamtwirtschaft. In den „Thesen“, die im November 1980 von der Föderation der drei Gewerkschaftsverbände beschlossen wurden und die einem gemeinsamen Strategie-Kongreß in Mailand als Grundlage dienen sollten, spiegelt sich diese strategische Debatte in den Gewerkschaften wider. In der Hauptsache bekräftigen sie das Programm der industriellen Umstrukturierungen; daß es aber hier inzwischen eine, wenn auch nicht umfassende, Gegenposition gibt, wird in der ebenfalls mit zur Debatte gestellten Gegenthese deutlich (Gewerkschaftslinke), daß „der Sozialpakt von Eur gescheitert“ sei, weil er „das abstrakte



Berlinguer im Oktober 1980 vor Turiner Fiat-Arbeitern, die im Kampf gegen von der Unternehmensführung angekündigte Massenentlassungen stehen.

gewerkschaftlichen Investitions- und Produktionskontrolle festhalten, folgern aus den Erfahrungen der letzten Jahre, daß eine Selbstbeschränkung der gewerkschaftlichen („ökonomischen“) Forderungen prinzipiell falsch ist: „Kann man denn meinen, daß der Druck der Krise auf die gesellschaftlichen Kräfte, auf die Beschäftigung, auf die Löhne und Arbeitsbedingungen nicht eine Verschärfung der sozialen Kämpfe hervortreibt und daß der Versuch ihrer Beschränkung nicht notwendigerweise konservativ und reaktionär sein muß?“

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung werden die bestehenden strategischen Differenzen am deutlichsten. Eine der „Thesen“ vertritt die offizielle Position der CGIL, eine „*verallgemeinerte* Arbeitszeitverkürzung“ sei abzulehnen, denn dies würde zu einer Erhöhung der Arbeitskosten, zur verschlechterten Auslastung der Anlagen und zu ernsten Problemen für die klei-
nen und mittleren Unternehmen führen; Arbeitszeitverkürzungen seien deshalb ausdrücklich an eine verbesserte Anlagen-Auslastung und die Einführung zusätzlicher Schichten „zur Erweiterung und Verteidigung der Beschäftigung zu binden“ – ein klassischer Fall, wie das gewerkschaftliche Umstrukturierungskonzept in eine „Selbstbeschränkung“ bei elementaren gewerkschaftlichen Forderungen umschlagen kann. Demgegenüber fordern CISL und Gewerkschaftslinke die Durchsetzung der 35-Stundenwoche bis 1985, mit der Begründung, damit insbesondere der strukturellen Massenarbeitslosigkeit begegnen zu wollen, und ergänzt durch die Erklärung, auf Unternehmensebene „flexible“ Arbeitszeitregelungen aushandeln zu wollen, um die Ausnutzung der Anlagen zu sichern und zu verbessern.

Die Auseinandersetzung um den „Solidaritätsfonds“

Der Punkt, an dem sich die bestehenden strategischen Differenzen so zu-

Beteiligung der Werktätigen an der Steuerung der Wirtschaft im Rahmen der Programmierung“ werden, wodurch das gewerkschaftliche Programm zur Verpflichtung von Staat und Unternehmen auf eine gesamtwirtschaftliche Umstrukturierung „flankiert“ werde (Thesen). In der Ablehnung des Fonds durch Gewerkschaftslinke, KPI und z.B. die Metallarbeitergewerkschaft FLM verband sich die Ablehnung der im Projekt enthaltenen „Mitbestimmungsideologie“ mit der Zurückweisung der Illusion, die Gewerkschaft könne sich „einen wirtschaftlichen und politischen Raum der Autonomie schaffen, ein eigenes ‚Vermögen‘ im Sinn einer autonomen Parzelle der Akkumulation und der Investitionen“ (Garavini). Die Ablehnung des Solidaritätsfonds durch große Teile der Gewerkschaften bedeutet insgesamt keine Abkehr von dem gewerkschaftlichen Programm der Umstrukturierung des gesamten Produktions-
apparats (eine solche Tendenz zeigte sich bisher nur auf dem Arbeiterkongreß der kleinen links-kommunistischen Pdup im November 1980, wo es eine Strömung gab, die gewerkschaftliche Haltung zu den stattfindenden produktiven und technologischen Umstrukturierungen auf die Linie des „elementaren Widerstands“ zu reduzieren). Es wird gefordert, diese programmierte Umstrukturierung müsse Staat und Unternehmen *aufgezwungen* werden, was nur im offenen Konflikt zu den jetzt den Staat beherrschenden Machtgruppen und auf dem Weg seiner „demokratischen Erneuerung“ möglich sei.

Der Kongreß, in dem diese Grundsatzfragen in einer einheitlichen Beratung von Delegierten aller 3 Gewerkschaftsverbände entschieden werden sollte, findet nicht statt. Die aufgeworfenen gewerkschaftlichen Grundsatzfragen werden auf den noch in diesem Jahr anstehenden Kongressen der einzelnen Gewerkschaftsverbände behandelt werden; in den bis zum Jahresende aufzustellenden Plattformen für neue Tarifverträge (z.B. im Metallbereich) müssen sie zumindest vorläufig entschieden werden. Die Gefahr einer Vertiefung der Spaltungen innerhalb der italienischen Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Massen ist in der augenblicklichen Situation real. Umso wichtiger sind die Versuche, sie gerade auch jetzt um vereinheitlichende Kampfziele zusammenzuschließen, so z.B. um die zur Zeit immer lauter werdende Forderung, eine einschneidende Änderung des geltenden Besteuerungssystems, insbesondere der Lohnsteuerprogression.

Britische Regierung erhöht die Steuern

frb. Kräftige Steuererhöhungen für die Volksmassen und leichte Steuererleichterungen für die Kapitalisten enthält die Vorlage zum Haushaltsgesetz, die der britische Schatzkanzler vergangenen Dienstag vorgelegt hat. Erhöht werden Branntweinsteuer, Biersteuer, Weinsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Zündholzsteuer und die Kraftfahrzeugsteuer. Das Glas Bier wird sich um 4 pence verteuern, Zigaretten um 14 pence je 20 Stück, das Benzin und 20 p. je Gallone (4,5 l / 1 p. rd. 5 Pfg.). Insgesamt soll die Erhöhung der Alkoholsteuern 1981/82 500 Mio. Pfund (rd. 2,4 Mrd. DM), die der Benzinsteuer 910 Mio. Pfund (4,4 Mrd. DM), alle Steuererhöhungen zusammen 2,4 Mrd. Pfund (11,5 Mrd. DM) einbringen. Die britischen Preise für Benzin, Zigaretten und Schnaps erobern damit die europäische Spitze. Gleichzeitig läßt die Regierung die vorgeschriebene Anpassung der Einkommensteuer an die Inflation aussetzen, so daß auch hier mit Mehreinnahmen von 2,4 Mrd. Pfund gerechnet wird. Insbesondere niedrige Einkommen sind davon betroffen, da sie schon bei der Anpassung 1979 benachteiligt waren. Für die untersten Einkommen wird mit einer Senkung des realen Nettolohns um 4% gerechnet, und auch die Anhebung der Renten und Arbeitslosengelder bleibt mit nominal 8,2–9% unter der erwarteten Inflationsrate. Andererseits sollen der Industrie rund 450 Mio. Pfund an Steuern erlassen werden. Die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung allerdings werden entgegen dem Verlangen des Industrieverbandes nicht gesenkt. Das Programm sei notwendig, sagt die Regierung Thatcher, um das Staatsdefizit, das die Planung 1980/81 um 60% übertraf, abzubauen.

Strompreiserhöhung für den Brutreaktor

frb. Das Bundesforschungsministerium und die Elektrizitätsunternehmen scheinen sich jetzt auf die weitere Finanzierung des Brutreaktors SNR 300 in Kalkar geeinigt zu haben. Am 23. März soll die Absprache besiegelt werden. Die Bundesregierung wird die Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt fortsetzen, 300 Millionen DM im Jahr sollen jedoch die Elektrizitätskonzerne selbst beisteuern. Und diese 300 Millionen sollen bei der nächsten Tariferhöhung auf die Strompreise geschlagen werden. Bei 50 Mrd. DM Jahresumsatz bedeutet dies einen Aufschlag von rund 0,5 Prozent. Insgesamt sind im Zeitraum 1956 bis 1981 rund 3,8 Mrd. DM an staatlichen Zuschüssen in die Entwicklung eines Schnellen Brutreaktors gesteckt worden, 2,7 Mrd. DM in die Hochtemperaturreaktorentwicklung. 1965 hatte das Kernforschungszentrum Karlsruhe die Kosten für einen Schnellen Brüter auf 354 Mio. DM geschätzt. Das Angebot 1972 lautete auf 1,2 Mrd. DM, der Vertragspreis vom 10.11.1972 auf 1,7 Mrd. DM. Im Haushaltsplan 1980 war das Projekt mit 3,8 Mrd. DM ausgewiesen, im Haushaltsplan 1981 mit 4 Mrd. DM, die Kostenschätzung vom Januar 1981 lautet auf 5 Mrd. DM, und im Februar war in der Presse zu lesen, Forschungsminister von Bülow rechne jetzt mit 5,6 Mrd. DM. (Aber Atomstrom bleibt billig!)

Industrieverbandes nicht gesenkt. Das Programm sei notwendig, sagt die Regierung Thatcher, um das Staatsdefizit, das die Planung 1980/81 um 60% übertraf, abzubauen.

Strompreiserhöhung für den Brutreaktor

frb. Das Bundesforschungsministerium und die Elektrizitätsunternehmen scheinen sich jetzt auf die weitere Finanzierung des Brutreaktors SNR 300 in Kalkar geeinigt zu haben. Am 23. März soll die Absprache besiegelt werden. Die Bundesregierung wird die Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt fortsetzen, 300 Millionen DM im Jahr sollen jedoch die Elektrizitätskonzerne selbst beisteuern. Und diese 300 Millionen sollen bei der nächsten Tariferhöhung auf die Strompreise geschlagen werden. Bei 50 Mrd. DM Jahresumsatz bedeutet dies einen Aufschlag von rund 0,5 Prozent. Insgesamt sind im Zeitraum 1956 bis 1981 rund 3,8 Mrd. DM an staatlichen Zuschüssen in die Entwicklung eines Schnellen Brutreaktors gesteckt worden, 2,7 Mrd. DM in die Hochtemperaturreaktorentwicklung. 1965 hatte das Kernforschungszentrum Karlsruhe die Kosten für einen Schnellen Brüter auf 354 Mio. DM geschätzt. Das Angebot 1972 lautete auf 1,2 Mrd. DM, der Vertragspreis vom 10.11.1972 auf 1,7 Mrd. DM. Im

Spanien: täglich 1000 neue Arbeitslose

miu.Barcelona. Zu Jahresende 1980 waren 1,6 Mio. Spanier als Arbeitslose erfaßt, was bei 12,9 Mio. Erwerbsfähigen 12,6% sind. Dies geht aus den jetzt vorliegenden Zahlen für 1980 hervor – die noch kräftig beschönigen. Es fehlen z.B. erstmals 87000 Jugendliche im Alter von 14 und 15 Jahren, also die Bevölkerung einer mittleren Stadt. Sie wurden per Gesetz wegdefiniert: Da 14- und 15jährige nicht arbeiten dürfen, können sie auch nicht arbeitslos sein. Obwohl sie zu den dreckigsten Hilfsarbeiten gezwungen sind. Nach Wirtschaftssektoren beträgt die Zahl der Arbeitslosen in der Landwirtschaft 112700, in der Industrie 275300, auf dem Bau 321400 und im Dienstleistungssektor/Touristik 332900. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit in den letzten vier Jahren von 0,7 Mio. auf 1,6 Mio. gestiegen. Unternehmerverbandschef Ferrer Salat fordert Investitionshilfen und Durchsetzung des neuen Arbeitsrechts. 14,5% betragen die diesjährigen Lohnerhöhungen im Schnitt, die Inflationsrate lag 1980 bei 15%. Gegen die Lohnsenkung wie gegen das neue Arbeitsrecht richten sich die derzeitigen Streiks.

CDU will Sozialmieten erhöhen

Noch mehr Zuschüsse für den Eigenheimbau / Lebensversicherungen fordern Tribut

frb. Läßt der Häuserspekulant Wohnungen leer stehen, die dringend gebraucht werden, so ist dies sein ,,gutes Recht". So wollen es die Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion. Auch der Opel-Konzern produziert eher auf Halde, als daß er die Autos zu einem Preis abgeben würde, zu dem sie zahlungsfähige Nachfrage fänden. Und wer dennoch zugreift, macht sich des Diebstahls schuldig. Den Rechtsverhältnissen nach wenigstens machen beide Fälle keinen Unterschied. Es gehört den Arbeitern nicht, was sie produzieren.

In Frankfurt standen im Herbst 350000 m² Büroraum leer, was weniger als üblich ist. Die Fläche entspricht etwa der Fläche von 5500 Wohnungen. Rund 18 DM pro m² und Monat wird für ältere Bürofläche derzeit gezahlt, da kommt ein normaler Haushalt nicht mit. Aber auch Wohnraum steht leer. In München sind es insgesamt 850 Wohnungen in 300 Anwesen, wie die Stadtverwaltung letzte Woche mitteilen mußte. Ein großer Teil übrigens befindet sich in städtischem Besitz, wie andernorts auch. In Westberlin sind jetzt über 100 Häuser besetzt, weitere mindestens drei Dutzend sind in Stuttgart, Frankfurt, Köln, Nürnberg, Fürth, Freiburg, Münster, Göttingen, Detmold, Herford, Marburg, Esslingen und Kirchheim/Teck besetzt. Wer eine leerstehende Wohnung gegen die Absicht des Eigentümers in Nutzung nimmt, ist ein Rechtsbrecher. So will es die Rechtsordnung, die jetzt ziemlich viele zu Rechtsbrechern macht.

Immer deutlicher zeigt sich auch in der Wohnungsfrage, daß, solange das Privateigentum an den Produktions- und daher auch den Konsumtionsmitteln besteht, die Kapitalistenklasse immer am längeren Hebel sitzt. Dies geht bis hin zur direkten Erpressung. So verlangt der Verband der Lebensversicherungen, die sich rühmen, in den letzten 30 Jahren 2,2 Millionen Wohnungen mitfinanziert zu haben, eine Neugestaltung des Mietrechts mit dem Ziel, die Mieten leichter als bisher anheben zu können. Sollte der Bundestag der Forderung nachkommen, dann, so verspricht Robert Schwebler, zweiter Sprecher im Verband der Lebensversicherungs-Unternehmen, würden die Gesellschaften wieder wie früher investieren und jährlich für 10000 bis 12000 neue Wohnungen sorgen. Das wichtigste sei eine Änderung des Vergleichsmietensystems. Die Mietspiegel dürften nur noch Mieten für Neuvermietungen der jeweils letzten zwölf Monate enthalten. Es spricht viel dafür, daß der Bundestag solchen Erpressungen nachkommen wird.

Zweierlei sehen alle derzeitigen Vorschläge vor. Erstens stärkere Förderung für Eigentümerwohnungen. Zweitens Zusicherung höherer Rentabilität im Mietwohnungsbau durch höhere Mieten und Steuererleichterungen. Dieser Linie folgt auch das Papier des CDU-Vorstands, das auf dem Mannheimer Parteitag nahezu unverändert verabschiedet wurde. Sämtliche Vorstöße der Sozialausschüsse, die sich gegen die übermäßige Verlagerung der Fördermittel zugunsten der Eigentümerwohnungen richteten und stärkere Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus in den städtischen Zentren forderten, hatten keinerlei Chance auf Anerkennung. Bundesbauminister Haack (SPD) begrüßte den hohen Grad an Gemeinsamkeit mit dem CDU-Beschluß. Kontrovers ist praktisch nur die Fehlbelegerabgabe, die die CDU durch eine allgemeine Erhöhung der Sozialmieten erledigt sehen möchte. (Der Wortlaut des CDU-Beschlusses sowie die Vorstellungen der SPD-Fraktion finden sich in unserem Materialheft Wirtschaft und Politik, Nr. 3/81)

Kurt Biedenkopf gab ein Beispiel, mit welcher Demagogie die CDU ihre Eigenheimförderung zu propagieren denkt. In bunten Farben schilderte er das Opfer, das der Werkmeister Schulz auf sich nimmt, der sich ein Eigenheim erwirbt und dafür 40% seines Einkommens aufwendet, während gleichzeitig der Werkmeister Meier es sich in einer Sozialmietwohnung bequem macht, genauso sicher wohnt und nur 20% seines Einkommens für Wohnen aufwendet. Somit subventioniere der Schulze den Meier, denn Schulzes Opfer erst ermögliche dem Meier das billige Wohnen.

Wahr ist, daß der größte Teil jener, die sich ein Eigenheim leisten, in den Anfangsjahren 30, 40% ihres Einkommens für die Zins- und Tilgungszahlung aufwenden müssen. Allerdings konzentrieren sie sich auch auf dem oberen Drittel der Einkommenskala. Und die westdeutsche Bevölkerung besteht nun mal nicht aus lauter Werkmeistern. Biedenkopf lügt hinweg, daß Haushalte mit niedrigem Einkommen, die sich nie und nimmer eine Eigentumswohnung leisten können, trotz Wohngeld heute vielfach ebenfalls ein Drittel ihres Einkommens für Miete hinzahlen müssen. Die CDU tut gerade so, als ob die Wohnungsnot für die höheren Einkommen am schlimmsten wäre, daß hier also Hilfe aus den öffentlichen Haushalten am nötigsten sei. Und nur, weil sich damit keine Wahlmehrheit gewinnen läßt, kann sie der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus nicht ganz absagen.

Um was geht es der CDU mit der Eigenheimförderung, worin schon jetzt ¼ der öffentlichen Zuschüße fließen? Der Wohnungsbau verschlingt gewaltige Kapitalmassen. 1979 wurden im Wohnungsbau (Miet- und Eigentumswohnungen) 91 Mrd. DM investiert. Die gesamten Bauinvestitionen beliefen sich auf 194 Mrd. DM, die gesamten Bruttoinvestitionen erreichten eine Summe von 348 Mrd. DM. Somit geht über ¼ der gesamten für Bruttoinvestitionen zur Verfügung stehenden Geldsumme in den Wohnungsbau. Und einen möglichst hohen Anteil hiervon soll von der Bevölkerung, die nicht zur Kapitalistenklasse zählt, aufgebracht werden. Es wird dann Kapital frei für Investitionen im produktiven Bereich. Das höhere Einkommen findet so seine für die kapitalistische Gesamtwirtschaft sinnvolle Verwendung, der Eigenheimbesitzer soll sich zu den ,,Besitzenden" zählen und in seinem Grundvermögen verwurzeln. So decken sich wirtschaftliche Ziele mit politischen Absichten.

Auch mit noch so viel Zuschüssen läßt sich durch Eigenheimbau die Wohnungsfrage nicht lösen. Das weiß auch die CDU. Da ,,Leistungswille' und ,,Eigeninitiative", denen zu neuer Entfaltung verholfen werden soll, von alleine auch im Mietwohnungsbau nicht richtig in Gang kommen, will die CDU auch hier mit Steuernachlässen nachhelfen. Sie konzentrieren sich auf die ersten Jahre nach dem Bau eines neuen Mietshauses. So wie sich die Forderungen der Lebensversicherungen auch auf Neubauten konzentrieren. Einerseits soll für neue Häuser am meisten zugeschossen werden, andererseits wollen die Großinvestoren am liebsten die gesamten Mieten an den Neubaumieten orientieren.

Rund 80% der Miete sind Zinskosten auf das vom Besitzer oder dessen Bank vorgeschossene Kapital. Im neuen Gebäude ist Zins auf das gesamte vorgestreckte Kapital zu zahlen. Mit jeder Mietzahlung wird aber auch ein Teil des im Gebäude angelegten Kapitals realisiert, verwandelt sich für den Besitzer in Geld, womit er z. B. seine Kreditschuld tilgt. Der Mieter hätte daher auf eine mit dem Alter des Gebäudes sinkende Kapitalsumme Zins zu zahlen. Die Miete müßte ständig sinken in dem Maße, wie das Haus seinen Wert realisiert. Und tatsächlich sind ja auch Altbaumieten niedriger als Neubaumieten, aber längst nicht soviel wie man nach dem geschilderten Vorgang annehmen müßte. Die neue Wohnung muß auf dem Markt konkurrieren mit der älteren Wohnung, so muß sich der höhere Preis der neuen Wohnungen mit dem niedrigeren Preis der älteren Wohnung durch Wirkung von Angebot und Nachfrage bis zu einem gewissen Grade zu einem Durchschnittspreis hin ausgleichen.

Tatsächlich können die sogenannten, auf einen Neubau berechneten ,,Kostenmieten" am Markt nicht durchgesetzt werden, weil die Preise der Bestandswohnungen drücken. Erst nach gegenwärtig etwa 15 Jahren, nachdem sich ein Teil des Werts des Hauses bereits versilbert hat, beginnt sich die Kapitalanlage zu rentieren. Auch eine niedrigere Miete reicht jetzt aus, um den Zins auf das noch in dem Haus steckende Kapital zu erlösen. Und da entsprechend der Absenkung der Neubaumiete *unter* ihren rechnerischen Stand die Miete für ältere Wohnungen *über* ihren aktuellen kalkulatorischen Stand gestiegen ist, rentiert sich die Kapitalanlage in Mietwohnungen auch dann, wenn in den ersten Jahren die kalkulatorischen Kosten (also im wesentlichen der Zins) nicht erlöst werden. Schwierigkeiten für Unternehmen, die in Wohnungsvermietung machen, sind heute nur dadurch entstanden, daß die Kostenmieten für Neubauten infolge der drastischen Baupreissteigerungen weit mehr über den Marktmieten liegen, als dies früher der Fall war. Es müßten in den Anfangsjahren Verluste in Kauf genommen werden, die die Unternehmen nicht auf sich nehmen wollen, zumal es Anlagemöglichkeit gibt, wo dies nicht notwendig ist. Immerhin haben sich die Baupreise und damit die vorzustreckende Kapitalsumme seit 1976 um über 40% erhöht.

Man versteht jetzt auch, weshalb die CDU so Wert auf die Förderung der Neubauten (durch die Erhöhung der degressiven Abschreibung) legt, und welche Gaunerei hinter dem Verlangen steckt, künftig die Neubaumieten zur Grundlage der Vergleichsmiete zu machen. Es würde sich dann keine Durchschnittsmiete aus Neu- und Altbaumieten herausbilden, sondern alle Mieten würden auf das Niveau der Neubaumieten gehoben. Die Mieter älterer Wohnungen hätten in ihrer Miete Zins auf Kapital zu zahlen, das das Wohnungsunternehmen längst in ein anderes Projekt gesteckt hat. Und zahlen die Arbeiter nicht, dann verweigert das Kapital den Wohnungsbau ganz.

,,Nicht wir gefährden die Fischbestände!"
Küstenfischer gegen Fangstopp vor Nordnorwegen, für Regulierung der sowjetischen Fänge

nimmt, ist ein Rechtsbrecher. So will es die Rechtsordnung, die jetzt ziemlich viele zu Rechtsbrechern macht.

Immer deutlicher zeigt sich auch in der Wohnungsfrage, daß, solange das Privateigentum an den Produktions- und daher auch den Konsumtionsmitteln besteht, die Kapitalistenklasse immer am längeren Hebel sitzt. Dies geht bis hin zur direkten Erpressung. So verlangt der Verband der Lebensversicherungen, die sich rühmen, in den letzten 30 Jahren 2,2 Millionen Wohnungen mitfinanziert zu haben, eine Neugestaltung des Mietrechts mit dem Ziel, die Mieten leichter als bisher anheben zu können. Sollte der Bundestag der Forderung nachkommen, dann, so verspricht Robert Schwebler, zweiter Sprecher im Verband der Lebensversicherungs-Unternehmen, würden die Gesellschaften wieder wie früher investieren und jährlich für 10000 bis 12000 neue Wohnungen sorgen. Das wichtigste sei eine Änderung des Vergleichsmietensystems. Die Mietspiegel dürften nur noch Mieten für Neuvermietungen der jeweils letzten zwölf Monate enthalten. Es spricht viel da-

erwirbt und dafür 40% seines Einkommens aufwendet, während gleichzeitig der Werkmeister Meier es sich in einer Sozialmietwohnung bequem macht, genauso sicher wohnt und nur 20% seines Einkommens für Wohnen aufwendet. Somit subventioniere der Schulze den Meier, denn Schulzes Opfer erst ermögliche dem Meier das billige Wohnen.

Wahr ist, daß der größte Teil jener, die sich ein Eigenheim leisten, in den Anfangsjahren 30, 40% ihres Einkommens für die Zins- und Tilgungszahlung aufwenden müssen. Allerdings konzentrieren sie sich auch auf dem oberen Drittel der Einkommenskala. Und die westdeutsche Bevölkerung besteht nun mal nicht aus lauter Werkmeistern. Biedenkopf lügt hinweg, daß Haushalte mit niedrigem Einkommen, die sich nie und nimmer eine Eigentumswohnung leisten können, trotz Wohngeld heute vielfach ebenfalls ein Drittel ihres Einkommens für Miete hinzahlen müssen. Die CDU tut gerade so, als ob die Wohnungsnot für die höheren Einkommen am schlimmsten wäre, daß hier also Hilfe aus den öf-

alleine auch im Mietwohnungsbau nicht richtig in Gang kommen, will die CDU auch hier mit Steuernachlässen nachhelfen. Sie konzentrieren sich auf die ersten Jahre nach dem Bau eines neuen Mietshauses. So wie sich die Forderungen der Lebensversicherungen auch auf Neubauten konzentrieren. Einerseits soll für neue Häuser am meisten zugeschossen werden, andererseits wollen die Großinvestoren am liebsten die gesamten Mieten an den Neubaumieten orientieren.

Rund 80% der Miete sind Zinskosten auf das vom Besitzer oder dessen Bank vorgeschossene Kapital. Im neuen Gebäude ist Zins auf das gesamte vorgestreckte Kapital zu zahlen. Mit jeder Mietzahlung wird aber auch ein Teil des im Gebäude angelegten Kapitals realisiert, verwandelt sich für den Besitzer in Geld, womit er z. B. seine Kreditschuld tilgt. Der Mieter hätte daher auf eine mit dem Alter des Gebäudes sinkende Kapitalsumme Zins zu zahlen. Die Miete müßte ständig sinken in dem Maße, wie das Haus seinen Wert realisiert. Und tatsächlich sind ja auch Altbaumieten niedriger als Neu-

preissteigerungen weit mehr über den Marktmieten liegen, als dies früher der Fall war. Es müßten in den Anfangsjahren Verluste in Kauf genommen werden, die die Unternehmen nicht auf sich nehmen wollen, zumal es Anlagemöglichkeit gibt, wo dies nicht notwendig ist. Immerhin haben sich die Baupreise und damit die vorzustreckende Kapitalsumme seit 1976 um über 40% erhöht.

Man versteht jetzt auch, weshalb die CDU so Wert auf die Förderung der Neubauten (durch die Erhöhung der degressiven Abschreibung) legt, und welche Gaunerei hinter dem Verlangen steckt, künftig die Neubaumieten zur Grundlage der Vergleichsmiete zu machen. Es würde sich dann keine Durchschnittsmiete aus Neu- und Altbaumieten herausbilden, sondern alle Mieten würden auf das Niveau der Neubaumieten gehoben. Die Mieter älterer Wohnungen hätten in ihrer Miete Zins auf Kapital zu zahlen, das das Wohnungsunternehmen längst in ein anderes Projekt gesteckt hat. Und zahlen die Arbeiter nicht, dann verweigert das Kapital den Wohnungsbau ganz.

,,Nicht wir gefährden die Fischbestände!"

Küstenfischer gegen Fangstopp vor Nordnorwegen, für Regulierung der sowjetischen Fänge

bag. Das norwegische Fischereiministerium hat für die Küstenfischer Nordnorwegens eine Verkürzung der Frühjahrs-Fangsaison um zwei Wochen angeordnet. Für die Dorschfischerei bei den Lofoten z.B. heißt das, daß die Fangzeit, die Ende Januar begann, schon Ende März beendet sein soll. Das Ministerium begründet das mit Überfischung und der notwendigen Regeneration der Bestände.

In der Tat sind die Fischbestände an den Küsten Nordnorwegens in den letzten Jahrzehnten stark dezimiert worden. Es sind deutlich weniger Fische vorhanden, und die einzelnen Exemplare sind kleiner als früher. Ein ausgewachsener Dorsch z.B. ist 20 kg schwer, aber solche Exemplare sind selten geworden, weil sie bereits als Jungfische ins Netz gehen. Um 1940 wurden bei den Lofoten noch durchschnittlich 90000 t Dorsch gefangen. 1976 waren es nur noch 32000 t; 1979, mit einer leichten Steigerung, 43000. An der Küste der Finnmark gingen die Fänge norwegischer Fischer von 57000 t im Jahre 1976 auf 27000 t im Jahre 1979 zurück.

Soweit ist die Begründung des norwegischen Fischereiministeriums richtig. Zahlreiche Küstenfischer lehnen den Fangstopp jedoch ab. Erstens seien nicht die Küstenfischer für die Überfischung verantwortlich und zweitens vergrößere ein Fangstopp die Vorteile der Großfischerei vor den Küstenfischern.

In der Tat können nur die größeren Schiffe die reduzierte Fangzeit mit erhöhten Fängen kompensieren. Die Mehrheit der kleinen Boote ist mit drei Mann besetzt, und die können nicht mehr leisten leisten als den sowieso schon äußerst harten Arbeitseinsatz von 12–16 Stunden täglich während der Saison. Außerdem können nur größere Schiffe bei dem oft rauhen Wetter auslaufen und den Fisch auch aus großen Tiefen heraufholen.

Was die Schuld an der Überfischung betrifft, so sagen die norwegischen Küstenfischer, daß sie bei den Fabrikschiffen zu suchen sei. Bis vor einigen Jahren seien dabei im Gebiet Nordnorwegens neben norwegischen vor allem britische und westdeutsche Trawler führend gewesen; jetzt sei es die Sowjetunion mit ihrer Flotte aus Murmansk. In einem Interview sagte ein Fischer: ,,Es sind nicht die Küstenfischer, die den Dorschbestand gefährden. Aber wir sind leichter zu fassen. Die Russen lassen sich nicht regulieren, deshalb strafen die Behörden uns stattdessen." (Klassekampen, 28.2.81)



Norwegische Küstenfischer bei den Lofoten. Solche Fänge wie diese fetten ,,Skrei", eine Dorschart, sind selten geworden.

Norwegen und die Sowjetunion haben in der Barents-See und bei Svalbard Fangzonen und daneben Absprachen über Fangrechte in einer sogenannten Grauzone zwischen diesen Gebieten. Die sowjetische Fangflotte kommt dabei, nach den wenigen Zahlen zu urteilen, eindeutig besser weg. So betrug der Anteil am Dorschfang in der Barents-See 1977 für sowjetische Trawler 293000 t, für norwegische 149000 t. Im Gebiet bei Svalbard war das Verhältnis 50700 zu 9000 t. Die norwegischen Fischer nennen das Raubfischerei. Nicht nur wegen der Mengen, sondern auch wegen der Fangmethoden: mit engen Netzen wird selbst Fischbrut weggefangen. Und auch deswegen, weil die Sowjetunion sich weigert, Rechenschaft über ihre Fangmengen abzulegen und insgesamt bei den Verhandlungen mit der norwegischen Regierung ungleiche Verträge erpreßt.

Auf der anderen Seite steht die norwegische Regierung unter dem Druck der großen EG-Länder. Zahlreiche Küstenfischer, unterstützt von der ,,Roten Wahlallianz" (RV) fordern in dieser Lage statt des Fangstopps: Alle Abkommen mit der Sowjetunion müssen auf den Tisch. Alle ausländischen Trawler raus aus der 50-Meilen-Zone, norwegische Trawler raus aus der 12-Meilen-Zone. Erweiterung der Maschengröße auf 155 mm für alle Fangschiffe im norwegischen Gebiet und der Barents-See.

Verschiedene Interessen im Streit um „Neue Medien“

aml. Auf dem Bundesparteitag der CDU in Mannheim hat der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Bernhard Vogel gefordert, endlich der „privaten Initiative“ auf dem Gebiet des Fernsehens, Rundfunks und der „neuen Medien“ freien Lauf zu lassen. Wirtschaftsminister Lambsdorff hat vor dem Deutschen Bundestag aufgerufen, endlich „Investitionshemmnisse“ auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik zu beseitigen. Helmut Schmidt hat zur Beteiligung westdeutscher Zeitungsverleger am luxemburgischen Satellitenfernsehen gemeint, man hätte besser seinem „langfristigen Konzept“ folgen sollen.

Rundfunk und Fernsehen stehen in Westdeutschland unter staatlicher Aufsicht, in Bayern ist der „öffentlich rechtliche“ Charakter von Rundfunk und Fernsehen mittels Volksbegehren in der Verfassung festgeschrieben worden, in drei norddeutschen Bundesländern bedarf es nach dem neu ausgehandelten Staatsvertrag nur der Zustimmung der Landesregierungen für privat betriebenes Fernsehen. Welche politische Konstellation genau zum „öffentlich rechtlichen Rundfunk“ geführt hat, soll hier nicht untersucht werden. Sicher ist, daß die technischen Bedingungen des Rundfunks und des Fernsehens – eng begrenzte Anzahl von Sendefrequenzen, hoher Aufwand bei der Programmgestaltung, drahtloser Rundfunk kann nicht portionsweise verkauft werden – sowieso unter kapitalistischen Umständen nur in der Form des Monopols erfüllt werden können und gesetzliche Regelungen verlangen.

Die Reaktion fühlt sich ziemlich gehemmt in der Verbreitung reaktionärer Ideologie durch die „öffentlich rechtlichen Anstalten“, die Pressemonopole erhoffen sich ein großes Geschäft auf dem Fernsehsektor. Die Elektronikindustrie setzt auf eine ungeheure Ausdehnung ihrer Märkte, und insgesamt wird die Schlagkraft des Kapitals mit verbesserten Nachrichten- und Kommunikationsmitteln größer.

Die heutigen schnellen Nachrichten- und Kommunikationsmittel beruhen auf Übertragung von Sprache im Telefonnetz und der drahtlosen Rundfunk- und Fernsehübertragung mittels elektromagnetischer Wellen.

Das *Telefonnetz* hat den *Vorteil*, daß Verbindungen zwischen einer großen Anzahl von Teilnehmerpaaren gleichzeitig hergestellt werden können. Es hat den *Nachteil*, daß nur langsam veränderliche Informationen, wie Sprache, übertragen werden können. Die Übertragung eines Bildes in dieser Zeitung, für dessen Betrachtung man vielleicht eine halbe Minute benötigt, würde über das jetzige Telefonnetz eine halbe Stunde dauern. Man kann über das Telefonnetz auch Computerdaten austauschen, die Geschwindigkeit beträgt etwa den Inhalt einer Zeitung wie dieser in einer Stunde. Das erscheint schnell, ist aber im Vergleich mit den Rechnergeschwindigkeiten ganz lahm.

Das Telefonnetz ist ziemlich ausgelastet und in seiner Vermittlungstechnik begrenzt. Z.B. sind Konferenzschaltungen (mehr als 2 Gesprächspartner) im Normalfall nicht möglich. Diese Schranke soll aufgehoben werden durch Digitalisierung der Sprachsignale, das heißt in Signale, die durch den Computer verarbeitet werden können. Damit kann also die ganze Gesprächsvermittlung und der Informationsfluß über Computer abgewickelt werden. Damit werden Verbindungen zwischen mehr als 2 Teilnehmern in großem Umfang möglich. Sprache wird natürlich mit der gleichen Geschwindigkeit übertragen, aber die sowieso schon in digitaler Form vorliegenden Computersignale oder Signale von Textverarbeitungsgeräten können dann etwa 10 bis 20 mal schneller übertragen werden. Das oben erwähnte Zeitungsbild also in 2 Minuten, die ganze Zeitung in 4 Minuten. Die Bundespost will das Fernnetz so bis 1982/83 umgerüstet haben, 1985 sollen die ersten Städte umgerüstet sein. In den Städten werden bisherige Telefonleitungen benutzt.

Die Übertragung mit *elektromagnetischen Wellen* erlaubt Übertragung schnell veränderlicher Informationen, wie z.B. von Fernsehbildern *(Vorteil)*. Solange es sich um drahtlosen Funk handelt, ist wegen der beschränkten Zahl von nutzbaren Sendekanälen die direkte Verbindung zwischen einer großen Zahl von Teilnehmerpaaren fast ausgeschlossen *(Nachteil)*. Die Anzahl von Rundfunk- und Fernsehkanälen kann auch nur klein sein.

Die Vorteile des Netzes und hohe Informationsdichte der Übertragung mittels elektromagnetischer Wellen können durch Kabelnetze verknüpft werden, die elektromagnetische Wellen hoher Frequenz in Kabeln leiten. *(Breitbandkabel)*. Mit den heute schon vollständig entwickelten Techniken könnten auf einem solchen, Antennenkabeln ähnlichen Wellenleiter nach Angabe der Bundespost 12 verschiedene Kanäle untergebracht werden. Also z.B. 6 Fernsehkanäle, 2 Bildtelefonkanäle, 3 Datenübertragungskanäle und 1 Kanal, auf dem man sich die Tageszeitung abrufen kann. Alles per Telefonwahl von zu Hause oder aus der Verwaltungsabteilung. Die Übertragung des Inhalts dieser Zeitung würde unter solchen Bedingungen weniger als eine Sekunde dauern. Die Vermittlungstechnik für ein solches Netz, die Knotenpunkte also, über die ‚Telefonverbindungen‘ aufgebaut werden, gibt es aber so gut wie überhaupt noch nicht. 1978 gab die Post an, daß, geschätzt auf der Basis von 1975, ein solches 12 Kanäle umfassendes überregionales Breitbandkabelnetz (allerdings *ohne* Rückkanal, d.h. ohne Kommunikationsmöglichkeit, sondern nur mit Informationsfluß in einer Richtung) kosten würde:

– bei Einbeziehung aller Gemeinden mit mehr als 33000 Einwohnern (Versorgungsgrad 53%): 9 Mrd. DM
– bei Einbeziehung aller Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern (Versorgungsgrad 74%): 14 Mrd. DM
– bei Vollversorgung aller zusammenhängenden Wohngebiete (ohne abgelegene Einzelgebäude): 22 Mrd. DM

Auf diesen Markt, drängen jetzt wohl vor allem Pressemonopole und die Unterhaltungsindustrie. Sie erhoffen sich bei Verkabelung der dichtest bevölkerten Wohnsiedlungen ein lukratives Geschäft. Es könnten ohne Vermittlungsdienst der Post die von Radio Luxemburg empfangenen Satelliten-Programme in das lokale Kabelsystem eingespeist werden oder es könnten örtliche Sender Programme in das Kabelnetz einspeisen. Damit das aber in großem Umfang geschehen kann, soll die Post die privatkapitalistisch betriebene Verkabelung von ganzen Wohngebieten erlauben oder aber es soll das Postmonopol für lokale Kabelnetze ganz aufgehoben werden. Weiter sollen die Landesregierungen ihre Erlaubnis für das Betreiben von privaten Fernsehsendern für diese Kabelsysteme geben.

Die Post, die mit den Interessen der Post eng verbundenen Elektromonopole und ziemlich sicher auch die Banken stehen diesen Bestrebungen reserviert gegenüber. Ihnen scheint es vorrangig darauf anzukommen, die *Kommunikations*technik weiter zu entwickeln. Die Post hat so z.B. einen großen Teil ihrer jährlich in mehrere Milliarden gehenden Profite in die Entwicklung und den Aufbau des digitalen elektronischen Wählsystems gesteckt. Für die Banken und die Verwaltungen der Großkonzerne wie für den Staat kommt es zunächst auf die schnelle überregionale Datenverbindung an, wenn sie ihren Verwaltungsapparat rationalisieren wollen, also elektronischer Text- und Geldverkehr zwischen den im ganzen Land verteilten Verwaltungsstellen, Datenaustausch mit dem zentralen Großrechenzentrum.

Deshalb kommt es ihnen auf ein Breitbandkabel*netz* mit Hin- und Rückkanal an und auf ein effizientes Vermittlungssystem.

Die Post geht ganz fest davon aus, daß dieses Netz nicht aus Kabeln besteht, die jetzt schon in Gemeinschaftsantennenanlagen benutzt werden oder die jetzt sofort für die Verkabelung von Wohngebieten für private Fersehsender genutzt werden können und deren Trägerfrequenzen im Bereich der jetzigen Fernsehfrequenzen liegen. In den letzten 10 Jahren hat es nämlich einen großen Fortschritt in der Miniaturisierung und großindustriellen Herstellung opto-(licht-)elektronischer Bauteile gegeben, und es sind Lichtleiterkabel entwickelt worden, die unsichtbares Licht über kilometerweite Strecken leiten können. Wegen der hohen Frequenz des Lichtes sind Lichtwellenleiter sehr „breitbandig“, man hatte gehofft, etwa 1000 Übertragungskanäle auf einem Lichtleiterkabel unterzubringen. Wahrscheinlich sind es praktisch dann doch weniger. Ein solches Netz würde wahrscheinlich genügend Platz bieten für Bildfernsehkonferenzschaltungen zwischen beliebigen Punkten. Die Post denkt daran, Ende der 80er Jahre, Anfang der 90er Jahre ein solches Netz aufzubauen. Ein erstes Testnetz, weniger umfangreich, ist in Westberlin seit Dezember 1980 in Betrieb und liefert UKW-Sendungen, Fernsehen, Bildschirm- und Videotext und Telefonverbindungen, Bildfernsprechen wäre auch möglich.

Das ganze Projekt wird auf 100 Milliarden Mark geschätzt und soll in 25 bis 30 Jahren abgeschlossen sein. Könnten natürlich 20 Millionen Fernsehbesitzer und weitere zig Millionen Telefonteilnehmer Interesse an einem Anschluß an dieses Netz entwickeln und ihn mieten, so würde die Datenkommunikation billig werden, und die Post und die mit ihr zusammenhängenden Firmen könnten ähnlich Monopolprofite einstreichen wie dies heute über das Telefonnetz möglich ist. Das heißt aber auch, daß das Unterhaltungsangebot vergrößert werden muß. Andererseits ist das Postmonopol in einem kapitalistischen Land wie Westdeutschland Bedingung für die Durchführung eines solchen Unternehmens.

Die Märkte für Unterhaltungselektronik, Textverarbeitungsgeräte, verschiedene Empfangsgeräte und für die ganze Netzausrüstung und die Industrie für elektronische Bauellemente lassen sicher ein Vielfaches der nur für das Netz geschätzten 100 Milliarden DM erwarten. Bei dem Streit jetzt geht es auch darum wie und ob diese Märkte schon jetzt unter Nutzung vorhandener Technologie aufgestoßen werden können. Sicher ist, daß diese gewaltigen Kommunikationsmittel in der Hand der Kapitalistenklasse auf dem Verwaltungssektor Rationalisierungen mit sich bringen wird und daß z.B. der Gegensatz zwischen Stadt und Land sich weiter verschärfen wird.

Anstatt Unterrichtung über politische Zusammenhänge und Bildung breiter Massen, Einbeziehung breiter Massen in die Produktion von meinungsbildenden Sendungen zu bieten und ein Mittel, die Demokratie zu entfalten, ist die Gefahr groß, daß die „Neuen Medien“ neue Ausmaße politischer Indoktrination durch die Bourgeoisie eröffnen. Günter Stephan, im geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB zuständig für Werbung und Medienpolitik schrieb dazu 1979 in den gewerkschaftlichen Monatsheften:

„Medienpolitik heißt für die Gewerkschaften des deutschen Gewerkschaftsbundes Politik im Interesse aller Arbeitnehmer. Die Konsequenzen der enormen Pressekonzentration in unserem Land haben ihn in dieser Haltung gestärkt … Ohne das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem als Gegengewicht dazu wäre eine umfassende und objektive Information der Bevölkerung weiter Gebiete heute teilweise nicht mehr gegeben … Unter dem Vorwand, die neuen Medien mit ihren Möglichkeiten brächten die gedruckte Presse in existenzielle Gefahr, begann ein Feldzug von Verlegerseite in Richtung Beteiligung am Kabelfernsehen, an Video und Bildschirmtext, der seines Gleichen sucht. Massive Schützenhilfe leisteten dabei CDU/CSU, denen das Programm einiger Sendeanstalten zu wenig ausgeglichen, zu „linkslastig“ ist … Sie (die Gewerkschaften) treten ganz entschieden dafür ein, daß umfassende und objektive Informationsmöglichkeiten für alle Bürger, unabhängig von Einkommen und Besitz, zur Verfügung stehen …“

Informationsmöglichkeiten „unabhängig von Einkommen und Besitz“ sind nur möglich, wenn die gesellschaftliche Kontrolle über die Massenmedien sichergestellt ist. Die „öffentlich-rechtliche“ Konstruktion des Rundfunks ist nicht diese gesellschaftliche Kontrolle. Im ZDF-Fernsehrat hat der DGB z.B. nur einen von 66 Sitzen. Ganz unsinnig ist es aber zu meinen, das Beste für die Arbeiterklasse sei Privatfernsehen. Von dem nötigen Kapitaleinsatz her werden die Massenmedien sowieso die Form des Monopols annehmen und damit auch bürgerliches Meinungsmonopol sein. Da ist es schon besser, man führt den Kampf um den staatlichen „öffentlich-rechtlichen“ Rundfunk.

frb. Trotz anhaltender Kritik scheint das Röhren-Gas-Geschäft zwischen der UdSSR und mehreren westeuropäi-

Röhren-Gas-Geschäft: Die Sowjetunion

gen, unerwünschte politische Pressionen zu verringern.“
Solche und ähnliche Argumente zei-

Die Reaktion fühlt sich ziemlich gehemmt in der Verbreitung reaktionärer Ideologie durch die „öffentlich rechtlichen Anstalten“, die Pressemonopole erhoffen sich ein großes Geschäft auf dem Fernsehsektor. Die Elektronikindustrie setzt auf eine ungeheure Ausdehnung ihrer Märkte, und insgesamt wird die Schlagkraft des Kapitals mit verbesserten Nachrichten- und Kommunikationsmitteln größer.
Die heutigen schnellen Nachrichten- und Kommunikationsmittel beruhen auf Übertragung von Sprache im Telefonnetz und der drahtlosen Rundfunk- und Fernsehübertragung mittels elektromagnetischer Wellen.
Das *Telefonnetz* hat den *Vorteil*, daß Verbindungen zwischen einer großen Anzahl von Teilnehmerpaaren gleichzeitig hergestellt werden können. Es hat den *Nachteil*, daß nur langsam veränderliche Informationen, wie Sprache, übertragen werden können. Die Übertragung eines Bildes in dieser Zeitung, für dessen Betrachtung man vielleicht eine halbe Minute benötigt, würde über das jetzige Telefonnetz eine halbe Stunde dauern. Man kann über das Telefonnetz auch Computerdaten austauschen, die Geschwindig-
tischen Wellen erlaubt Übertragung schnell veränderlicher Informationen, wie z.B. von Fernsehbildern *(Vorteil)*. Solange es sich um drahtlosen Funk handelt, ist wegen der beschränkten Zahl von nutzbaren Sendekanälen die direkte Verbindung zwischen einer großen Zahl von Teilnehmerpaaren fast ausgeschlossen *(Nachteil)*. Die Anzahl von Rundfunk- und Fernsehkanälen kann auch nur klein sein.
Die Vorteile des Netzes und hohe Informationsdichte der Übertragung mittels elektromagnetischer Wellen können durch Kabelnetze verknüpft werden, die elektromagnetische Wellen hoher Frequenz in Kabeln leiten. *(Breitbandkabel)*. Mit den heute schon vollständig entwickelten Techniken könnten auf einem solchen, Antennenkabeln ähnlichen Wellenleiter nach Angabe der Bundespost 12 verschiedene Kanäle untergebracht werden. Also z.B. 6 Fernsehkanäle, 2 Bildtelefonkanäle, 3 Datenübertragungskanäle und 1 Kanal, auf dem man sich die Tageszeitung abrufen kann. Alles per Telefonwahl von zu Hause oder aus der Verwaltungsabteilung. Die Übertragung des Inhalts dieser Zeitung würde unter solchen Bedingungen weniger als eine
aber in großem Umfang geschehen kann, soll die Post die privatkapitalistisch betriebene Verkabelung von ganzen Wohngebieten erlauben oder aber es soll das Postmonopol für lokale Kabelnetze ganz aufgehoben werden. Weiter sollen die Landesregierungen ihre Erlaubnis für das Betreiben von privaten Fernsehsendern für diese Kabelsysteme geben.
Die Post, die mit den Interessen der Post eng verbundenen Elektromonopole und ziemlich sicher auch die Banken stehen diesen Bestrebungen reserviert gegenüber. Ihnen scheint es vorrangig darauf anzukommen, die *Kommunikations*technik weiter zu entwickeln. Die Post hat so z.B. einen großen Teil ihrer jährlich in mehrere Milliarden gehenden Profite in die Entwicklung und den Aufbau des digitalen elektronischen Wählsystems gesteckt. Für die Banken und die Verwaltungen der Großkonzerne wie für den Staat kommt es zunächst auf die schnelle überregionale Datenverbindung an, wenn sie ihren Verwaltungsapparat rationalisieren wollen, also elektronischer Text- und Geldverkehr zwischen den im ganzen Land verteilten Verwaltungsstellen, Datenaustausch mit dem
Ein erstes Testnetz, weniger umfangreich, ist in Westberlin seit Dezember 1980 in Betrieb und liefert UKW-Sendungen, Fernsehen, Bildschirm- und Videotext und Telefonverbindungen, Bildfernsprechen wäre auch möglich.
Das ganze Projekt wird auf 100 Milliarden Mark geschätzt und soll in 25 bis 30 Jahren abgeschlossen sein. Könnten natürlich 20 Millionen Fernsehbesitzer und weitere zig Millionen Telefonteilnehmer Interesse an einem Anschluß an dieses Netz entwickeln und ihn mieten, so würde die Datenkommunikation billig werden, und die Post und die mit ihr zusammenhängenden Firmen könnten ähnlich Monopolprofite einstreichen wie dies heute über das Telefonnetz möglich ist. Das heißt aber auch, daß das Unterhaltungsangebot vergrößert werden muß. Andererseits ist das Postmonopol in einem kapitalistischen Land wie Westdeutschland Bedingung für die Durchführung eines solchen Unternehmens.
Die Märkte für Unterhaltungselektronik, Textverarbeitungsgeräte, verschiedene Empfangsgeräte und für die ganze Netzausrüstung und die Industrie für elektronische Bauellemente lassen sicher ein Vielfaches der nur für
an Video und Bildschirmtext, der seines Gleichen sucht. Massive Schützenhilfe leisteten dabei CDU/CSU, denen das Programm einiger Sendeanstalten zu wenig ausgeglichen, zu „linkslastig“ ist … Sie (die Gewerkschaften) treten ganz entschieden dafür ein, daß umfassende und objektive Informationsmöglichkeiten für alle Bürger, unabhängig von Einkommen und Besitz, zur Verfügung stehen …“
Informationsmöglichkeiten „unabhängig von Einkommen und Besitz“ sind nur möglich, wenn die gesellschaftliche Kontrolle über die Massenmedien sichergestellt ist. Die „öffentlich-rechtliche“ Konstruktion des Rundfunks ist nicht diese gesellschaftliche Kontrolle. Im ZDF-Fernsehrat hat der DGB z.B. nur einen von 66 Sitzen. Ganz unsinnig ist es aber zu meinen, das Beste für die Arbeiterklasse sei Privatfernsehen. Von dem nötigen Kapitaleinsatz her werden die Massenmedien sowieso die Form des Monopols annehmen und damit auch bürgerliches Meinungsmonopol sein. Da ist es schon besser, man führt den Kampf um den staatlichen „öffentlich-rechtlichen“ Rundfunk.

Röhren-Gas-Geschäft: Die Sowjetunion kann sich ins Fäustchen lachen

frb. Trotz anhaltender Kritik scheint das Röhren-Gas-Geschäft zwischen der UdSSR und mehreren westeuropäischen Staaten, darunter der BRD, vor dem Abschluß zu stehen. In den USA gebe es keine einzige Stimme, die dieses Geschäft begrüße, so wenigstens berichtete Kurt Biedenkopf (CDU) nach seiner Rückkehr aus den USA vorletzte Woche. Andererseits haben sich Wirtschaftsminister Lambsdorff und die Bundesregierung eindeutig für das Geschäft ausgesprochen. Kanzler Schmidt hatte es bei seiner „Entspannungs-Visite“ bei Breschnew Mitte letzten Jahres persönlich eingeleitet. Ruhrgas (Liesen), Mannesmann (Overbeck) und die Deutsche Bank (F. W. Christians) führen die Verhandlungen auf westdeutscher Seite, ein Rückzieher ist da kaum noch denkbar.

Kommt der Kontrakt zum Abschluß, so läuft nicht nur das größte je zwischen den beiden Blöcken getätigte Geschäft, sondern es muß zu seiner Durchführung auch technisch Neuland betreten werden. Das Erdgas, um das es geht, soll auf der Halbinsel Jamal im nordwestlichen Sibirien gefördert werden. Während der neunmonatigen Winterzeit sinken die Temperaturen dort auf –60° C. Im kurzen arktischen Sommer dagegen kann sich das Land in einen einzigen Morast verwandeln. Rund 5000 km lang soll die Pipeline werden, die das Gas zur westdeutschen Grenze, nach Frankreich, Österreich, Italien befördert. Es heißt, der Bau sei schwieriger als der der Alaska-Pipeline. Jedenfalls fehlen der Sowjetunion sowohl die Technik wie die Mittel, die Gasquellen am arktischen Meer zu erschließen.

Die westeuropäischen Konzerne lockt sowohl das Geschäft beim Bau der Pipeline wie die anschließenden Gaslieferungen. Vom Bau profitieren gewichtige Konzerne, die über jede Auslastung ihrer Kapazitären froh sind. Mannesmann hat ein Angebot für die gesamte Pipeline und für Kompressoren, Salzgitter und AEG-Kanis für Verdichteranlagen eingereicht. 30 Mrd. DM sollen die Investitionen verschlingen, 20 Mrd. DM hiervon muß die Sowjetunion importieren. 30 westdeutsche Banken unter Führung der Deutschen Bank kreditieren mit 10 Mrd. DM, französische Banken mit ca. 8 Mrd. DM (Ende Februar allerdings hieß es, Frankreich wolle seinen Anteil am gesamten Geschäft drastisch senken.) 7,75% Zins bot der sowjetische Unterhändler Iwanow, 9,75% wollen die Banken. Die UdSSR weiß, was ihren westlichen Partner das Geschäft wert ist.

40 Mrd. m³ Erdgas jährlich wird die Sowjetunion im Rahmen des Projekts ab 1985 liefern. 10 Mrd. m³ hiervon sollen an Frankreich gehen, 12 Mrd. m³ an die BRD, die doppelte Menge der bisherigen Lieferungen. Kleinere Geschäfte hatte die BRD bereits 1970, 1972 und 1974 abgeschlossen, 1975 das Dreiecksgeschäft mit der UdSSR und Iran. Mit dem neuerlichen Geschäft wird sich die Abhängigkeit Westeuropas von sowjetischen Erdgaslieferungen beträchtlich erhöhen. Wurde 1980 9% des konsumierten Gases aus der UdSSR importiert, so werden es nach Fertigstellung der Pipeline 25% sein.

An der gesamten Energieversorgung der BRD wäre sowjetisches Gas 1986 mit 5,5% beteiligt. Heutige Lieferanteile an Rohöl, Mineralölprodukten und Kohle unterstellt, würden dann knapp 14% des westdeutschen Energieverbrauchs aus dem unmittelbaren Machtbereich der UdSSR importiert.

Trotz dieser Abhängigkeit sei das Geschäft ohne Risiko und notwendig, sagen seine Betreiber. Die UdSSR habe sich als verläßlicher Vertragspartner erwiesen. Die gegenwärtigen Lieferkürzungen um rund 20% seien ohne politischen Hintergrund, sie beruhten auf technischen und infrastrukturellen Schwierigkeiten, wie sie bei dem neuen Projekt ausgeschlossen seien. Immerhin investiere die UdSSR 30 Mrd. DM und diese Investitionen könnten sich nur rentieren, wenn die Lieferverträge erfüllt würden. Aber selbst ein Totalausfall der sowjetischen Lieferungen sei undramatisch. Er könne durch Lieferungstopp an Großverbraucher, die jederzeit auf eine andere Energieart umstellen können, sowie verstärkte Einspeisung von Nordseegas beliebig lange ausgeglichen werden.

Anteil des sowjetischen Gases am Gesamtverbrauch

Land	1980	1986
BRD	16%	30%
Frankreich	7%	30%
Italien	23%	30%
Österreich	55%	70%

Mithin biete das Geschäft für die BRD nur Vorteile. Aufgrund natürlicher Gegebenheiten ohnehin auf Energieimporte angewiesen, sei eine möglichst breite Streuung der Lieferanten das beste. Zumindest als Energiequelle zweiten Ranges sei die UdSSR möglicherweise ein verläßlicherer Partner als die OPEC, sicherlich zuverläßiger als die Regimes des Iran, Libyens und des Irak. Und die „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“ unterstreicht: „Der Sturz des Schahs im Iran, aber auch die Streiks der letzten Wochen und Monate in Polen zeigen, daß das hauptsächliche politische Risiko von seiten der Bevölkerung ausgeht.“ Die US-Bourgeois schließlich, soweit sie das Röhren-Gas-Geschäft tolerieren, erhoffen sich durch die Erhöhung des Gesamtaufkommens an Energierohstoffen eine Verringerung des Drucks auf alle Energieverbraucher. Insbesondere könnte durch die Erschließung der sowjetischen Quellen der Tag hinausgezögert werden, an dem die Ostblockstaaten als Mitkonkurrenten bei der Nachfrage nach OPEC-Öl auftreten. Und schließlich könnte auch aus Sicht der USA unerwünschten westeuropäischen Aktionen vorgebeugt werden. Schreibt doch der „International Herald Tribune“: „Die Energieabhängigkeit hat Frankreich dazu geführt, dem Irak Atomreaktoren zu verkaufen. Die gleiche Abhängigkeit könnte die Bundesrepublik dazu verleiten, ihre vorsichtige Haltung aufzugeben und hochentwickelte Waffen an Saudi-Arabien zu verkaufen. Die Erdgasleitung in die Sowjetunion könnte zum gegenwärtigen Zeitpunkt dazu beitragen, unerwünschte politische Pressionen zu verringern.“

Solche und ähnliche Argumente zeigen, mit welcher Naivität der Charakter des sowjetischen Expansionismus betrachtet wird, lieber die UdSSR mit günstigen Devisen überschütten, als dem Irak einen Atomreaktor liefern, ist da die Moral. Auch die Versorgung mit eigenen Energierohstoffen zähmt nicht den sowjetischen Expansionismus. Afghanistan wurde auch nicht wegen des Erdgases dort überfallen – obwohl die Sowjetunion den Abtransport letztes Jahr um ⅓ erhöht hat und übrigens nur die Hälfte dessen verrechnet, was die USA an Mexiko zu zahlen haben. Natürlich kann die UdSSR auf die Realisierung der 30-Mrd-DM-Investition im Zweifel verzichten, zumal ⅔ geliehen sind.

Wie sehr die Bundesregierung sich bereits in ihre Osthandelspolitik verstrickt hat, zeigte sich, als sie nach dem Einmarsch der UdSSR in Afghanistan selbst die Exportkreditversicherung für UdSSR-Geschäfte unberührt lassen mußte. Lambsdorff schreibt, erstens wäre mit einer Aussetzung in einer ohnehin kritischen Situation in einer Weise in den Osthandel eingegriffen worden, die sofort sehr weitgehende Konsequenzen für den Fortbestand der Wirtschaftsbeziehungen insgesamt gehabt hätte. Zweitens wäre davon gerade die Exportindustrie betroffen gewesen. Haben die Geschäftsbeziehungen erst einen größeren Umfang, so wird die Sicherung dieser Beziehungen von selbst notwendig. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß namentlich die Stahl-, die Investitionsgüter- und die chemische Industrie handfeste Interessen an Ausweitung der Geschäfte mit der UdSSR haben. In der gegenwärtigen Lage nutzt dies in erster Linie dem Sozialimperialismus.



Kundgebung in Essen

Metalltarifkampf: Warnstreiks und Demonstrationen

uwz.Hamburg. **9.3.** Warnstreik bei Blohm und Voss. 3500 Arbeiter legten für mehrere Stunden die Arbeit nieder. Sternmarsch zum Gebäude der Hauptverwaltung, dann Kundgebung der IG Metall vor dem Werktor. Es sprach der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Müllner, und forderte zum Kampf für die volle Durchsetzung der Forderung von 7,7% und mindestens 125 DM auf. Er hielt auch eine Ansprache in türkischer Sprache. Betriebsratvorsitzende und Vertrauensleute bekräftigten den Willen der Belegschaft, die Tarifkommission zu unterstützen: ,,B und V ist kampfbereit!" Die Wasserschutzpolizei hatte den Freihafen großräumig abgesperrt, um den Aufmarsch zu ermöglichen. Als ein IGM-Sekretär der Werksfeuerwehr und der Hafenpolizei dankte, fuhren sie in ihren Wagen mit geballten Fäusten an der Kundgebung vorbei, die dies entsprechend mit Beifall quittierte.

clh.Essen. **10.3.** Ausgehend von den beiden Krupp-Betrieben Widia in Frohnhausen und Industrie- und Anlagenbau in Altendorf zogen zwei Demonstrationszüge in die Essener Innenstadt. Unterwegs schlossen sich die Arbeiter anderer Betriebe an, die schon seit 11 Uhr im Warnstreik waren. Um 12 Uhr waren dann beide Demonstrationszüge auf dem Kennedyplatz angekommen, insgesamt haben 5000 an der Kundgebung teilgenommen. Von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und der ÖTV waren Transparente da, es wurden mehrere Solidaritätstelegramme verlesen, vor allem aus dem HBV-Bereich. Es sprach H. Jansen vom Vorstand der IGM. Man erwarte keine Almosen von den Kapitalisten. Sie hätten nicht das Recht, Almosen zu verteilen, da sie es schließlich wären, die von den Almosen der Arbeiter leben würden, weil diese ihnen das Kapital erst schaffen würden.

dog. **11.3.** Mit einer Urne und in Trauerkleidung waren Mitglieder der IG Metall bei den Verhandlungen für Nordwürttemberg-Nordbaden erschienen. Sie begruben den von den Kapitalisten aufgekündigten ,,sozialen Frieden" und ,,unseren Glauben, daß sie die Vollbeschäftigung wollen, die soziale Partnerschaft, den Glauben an ihre tatsächliche Verhandlungsbereitschaft". Die Metallkapitalisten fühlten sich ,,in einer nicht zumutbaren Weise beleidigt", brachen die Verhandlungen ab und verlangten von der IG Metall-Delegation eine Distanzierung. Diese sah dazu keine Veranlassung.

Nächste Verhandlungstermine: Nordwürttemberg-Nordbaden – 17.3.; Hessen – 18.3.; Saarland – 18.3.; Rheinland-Pfalz – 19.3.; Niedersachsen – 19.3.; Nordverbund – 19.3.



IG Metall-Mitglieder demonstrieren bei den Verhandlungen in Bad Nauheim

Betriebsratswahlen: BBC Mannheim

Zwei Drittel der Beschäftigten bei BBC Mannheim/Käfertal sind Angestellte. Arbeiter und Angestellte wählen auf getrennten Listen. Bei der letzten Wahl verlor die IG Metall bei den Angestellten einen Sitz an die DAG.

hes.Mannheim. Am 17. März sind Betriebsratswahlen bei BBC in Mannheim/Käfertal. Wahlberechtigt sind 3032 Arbeiter und 6436 Angestellte. Zu den Wahlen kandidieren auf der Seite der Angestellten die IG Metall und die DAG auf einer gemeinsamen Liste. Bei den Arbeitern kandidiert ausschließlich die IG Metall.

Die Sitzverteilung im Betriebsrat hat sich von den Wahlen 1975 auf 1978 wie folgt entwickelt:

	Angestellte	Arbeiter
1975	13 DAG 6 IGM	12 IGM
1978	15 DAG 5 IGM	11 IGM

Für den Ausgang dieser Wahl, das ungünstige Mehrheitsverhältnis. trägt die IG Metall zum großen Teil selbst die Verantwortung. Zum einen wurden Angestellte, die sich mit Problemen an den Betriebsrat wendeten, auch von IG Metall-Betriebsräten an die DAG-Betriebsräte verwiesen, zum anderen wurde von den meisten Betriebsräten bis 1978 eine Politik der Zusammenarbeit und Versöhnung mit der Geschäftsleitung betrieben. Dies änderte sich erst vor den Wahlen 1978. Die Vertrauenskörperleitung der IG Metall trat zurück, weil sie immer weniger Unterstützung für ihre Politik erhielt und hoffte, durch die Neuwahlen bestätigt zu werden. Das genaue Gegenteil trat ein. Kein altes Mitglied der Vertrauenskörperleitung wurde wiedergewählt. Ähnlich verlief die Wahl zum Betriebsrat 1978. Viele der alten Betriebsräte wurden entweder nicht mehr aufgestellt oder nicht mehr gewählt. Hauptsächlich aber ging dieser ,,Reinigungsprozeß" bei den Arbeitern vor sich. Dadurch hat sich auch die Arbeit der IG Metall unter den Angestellten verbessert. Es wurde systematisch dazu übergegangen, die Vertrauensleutearbeit unter den Angestellten aufzubauen. Die schulungsmäßige Ausbildung der Vertrauensleute wurde von der Ortsverwaltung der IG Metall besonders unterstützt.

Im Sommer 1978 versuchte die Geschäftsleitung im damaligen Geschäftsbereich Kraftwerke zentrale Schreibzimmer mit Datensichtgeräten einzuführen. Die IG Metall organisierte den spontanen Widerstand der Schreibkräfte, verteilte Flugblätter, organisierte Veranstaltungen und gründete den Arbeitskreis ,,Technischer Wandel". Ihren Höhepunkt fand diese Bewegung darin, daß gegen Ende 1978 ca. 120 Schreibkräfte zum Betriebsrat zogen um sich ,,beraten" zu lassen. Heute sind die letzten Reste dieser Schreibzimmer in Auflösung begriffen. Der Arbeitskreis arbeitete weiter, initiierte u.a. die Gründung ähnlicher Arbeitskreise bei Daimler Benz und John Deere und entwarf einen Vorschlag für eine ,,Betriebsvereinbarung zur Arbeit an Datensichtgeräten", der nach einigen Modifikationen Mitte 1980 vom Betriebsrat verabschiedet wurde und heute in einem Einigungsstellenverfahren mit der Geschäftsleitung verhandelt wird.

Zur Verbesserung der Information der Belegschaft geben die Vertrauensleute der IG Metall die Vertrauens-Körper-Nachrichten (VKN) heraus, die unregelmäßig über verschiedene Probleme und Auseinandersetzungen informieren.

Mitte 1980 wurde von der IG Metall ein weiterer Arbeitskreis bei BBC gegründet: ,,Entlohnung für Angestellte". Ziel dieses Arbeitskreises ist es, die Eingruppierungsstruktur zu überprüfen und auf Veränderungen hinzuarbeiten auch in Richtung auf eine Veränderung des bestehenden Manteltarifvertrages für NW/NB. Erstes Ergebnis dieses Arbeitskreises war es, daß im Geschäftsbereich ,,Schaltanlagen und Installationen Export" 14 Fremdsprachenstenokontoristinnen entweder höhergruppiert wurden oder eine höhere Leistungszulage erhielten. Auch in anderen Fragen wie der Nutzung privater Fahrzeuge für dienstliche Zwecke oder der Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten bei Montageeinsätzen im In- und Ausland ist die IG Metall initiativ geworden.

Insgesamt kann man sagen, daß die IG Metall heute in allen entscheidenden betrieblichen Fragen die Initiative hat und daß der DAG nichts anderes übrig bleibt, als sich diesen Vorschlägen anzuschließen. Das sieht man auch daran, daß es sich die DAG jetzt im Gegensatz zu 1978 nicht leisten konnte, Einfluß auf die von den Vertrauensleuten vorgenommene Platzsicherung der IG Metall-Kandidaten zu nehmen. Es gelang ihr diesmal auch nicht durchzusetzen, daß auf der gemeinsamen Liste auf jeweils mehrere DAG-Kandidaten ein IGM-Kandidat entfällt (Ihr Vorschlag: 5 zu 1!). Zum erstenmal wurde das Verhältnis 1 zu 1 durchgesetzt. Zu hoffen ist, daß sich die Arbeit der letzten drei Jahre auch jetzt schon im Ergebnis der Betriebsratswahlen niederschlägt.

Willen der Belegschaft, die Tarifkommission zu unterstützen: ,,B und V ist kampfbereit!" Die Wasserschutzpolizei hatte den Freihafen großräumig abgesperrt, um den Aufmarsch zu ermöglichen. Als ein IGM-Sekretär der Werksfeuerwehr und der Hafenpolizei dankte, fuhren sie in ihren Wagen mit geballten Fäusten an der Kundgebung vorbei, die dies entsprechend mit Beifall quittierte.

und der ÖTV waren Transparente da, es wurden mehrere Solidaritätstelegramme verlesen, vor allem aus dem HBV-Bereich. Es sprach H. Jansen vom Vorstand der IGM. Man erwarte keine Almosen von den Kapitalisten. Sie hätten nicht das Recht, Almosen zu verteilen, da sie es schließlich wären, die von den Almosen der Arbeiter leben würden, weil diese ihnen das Kapital erst schaffen würden.

ab und verlangten von der IG Metall-Delegation eine Distanzierung. Diese sah dazu keine Veranlassung.

Nächste Verhandlungstermine: Nordwürttemberg-Nordbaden – 17.3.; Hessen – 18.3.; Saarland – 18.3.; Rheinland-Pfalz – 19.3.; Niedersachsen – 19.3.; Nordverbund – 19.3.

und Versöhnung mit der Geschäftsleitung betrieben. Dies änderte sich erst vor den Wahlen 1978. Die Vertrauenskörperleitung der IG Metall trat zurück, weil sie immer weniger Unterstützung für ihre Politik erhielt und hoffte, durch die Neuwahlen bestätigt zu werden. Das genaue Gegenteil trat ein. Kein altes Mitglied der Vertrauenskörperleitung wurde wiedergewählt. Ähnlich verlief die Wahl zum Betriebsrat 1978. Viele der alten Betriebsräte wurden entweder nicht mehr aufgestellt oder nicht mehr gewählt. Hauptsächlich aber ging dieser ,,Reinigungsprozeß" bei den Arbeitern vor sich. Dadurch hat sich auch die Arbeit der IG Metall unter den Angestellten verbessert. Es wurde systematisch dazu übergegangen, die Vertrauensleutearbeit unter den Angestellten aufzubauen. Die schulungsmäßige Ausbildung der Vertrauensleute wurde von der Ortsverwaltung der IG Metall besonders unterstützt.

Im Sommer 1978 versuchte die Geschäftsleitung im damaligen Geschäftsbereich Kraftwerke zentrale Schreibzimmer mit Datensichtgeräten einzuführen. Die IG Metall organisierte den spontanen Widerstand der Schreibkräfte, verteilte Flugblätter, organisierte Veranstaltungen und gründete den Arbeitskreis ,,Technischer Wandel". Ihren Höhepunkt fand diese Be-

ne Veränderung des bestehenden Manteltarifvertrages für NW/NB. Erstes Ergebnis dieses Arbeitskreises war es, daß im Geschäftsbereich ,,Schaltanlagen und Installationen Export" 14 Fremdsprachenstenokontoristinnen entweder höhergruppiert wurden oder eine höhere Leistungszulage erhielten. Auch in anderen Fragen wie der Nutzung privater Fahrzeuge für dienstliche Zwecke oder der Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten bei Montageeinsätzen im In- und Ausland ist die IG Metall initiativ geworden.

Insgesamt kann man sagen, daß die IG Metall heute in allen entscheidenden betrieblichen Fragen die Initiative hat und daß der DAG nichts anderes übrig bleibt, als sich diesen Vorschlägen anzuschließen. Das sieht man auch daran, daß es sich die DAG jetzt im Gegensatz zu 1978 nicht leisten konnte, Einfluß auf die von den Vertrauensleuten vorgenommene Platzsicherung der IG Metall-Kandidaten zu nehmen. Es gelang ihr diesmal auch nicht durchzusetzen, daß auf der gemeinsamen Liste auf jeweils mehrere DAG-Kandidaten ein IGM-Kandidat entfällt (Ihr Vorschlag: 5 zu 1!). Zum erstenmal wurde das Verhältnis 1 zu 1 durchgesetzt. Zu hoffen ist, daß sich die Arbeit der letzten drei Jahre auch jetzt schon im Ergebnis der Betriebsratswahlen niederschlägt.


IG Metall-Mitglieder demonstrieren bei den Verhandlungen in Bad Nauheim

Betriebsvereinbarung über untere Lohngruppen

mek. Bei DeTeWe-Rendsburg haben im Januar fast alle Beschäftigten gegen die Lohngruppe 2, die dort 7,53 DM ausmacht, gestreikt. Aufgrund der Geschäftslage des Betriebs hat die Geschäftsleitung nun Verhandlungen über eine betriebliche Anhebung der Lohngruppe 2 aufgenommen, um so weitere Streiks auszuschließen. Bei DeTeWe-Berlin, wo fast 600 Frauen in den Lohngruppen 1 und 2 arbeiten, fast alle im Akkord, sind aufgrund der Ereignisse in Rendsburg auch Verhandlungen aufgenommen worden. Diese Verhandlungen gehen darum, daß eine Anhebung in den Lohngruppen 1 und 2 um 20 bis 30 Pfennig durchgeführt wird.

Südafrika: Lohnerhöhungen für die Metallarbeiter

dog. Lohnerhöhungen zwischen 15 und 22% erhalten die 500000 Arbeiter in der Stahl- und Maschinenbauindustrie in Südafrika ab 1. Mai. An den Tarifverhandlungen haben zum ersten Mal auch Gewerkschaften der schwarzen und farbigen Arbeiter teilgenommen. Die Tarifvereinbarung sieht vor, daß die Löhne der 400000 un- und angelernten Arbeiter um 22% erhöht werden, die der weißen Facharbeiter um 15%. Außerdem tritt die Vereinbarung zwei Monate früher als geplant in Kraft. Die Kapitalisten fürchten, daß die Unruhe insbesondere unter der schwarzen Bevölkerung über die steigenden Lebenshaltungskosten sich weiter ausbreitet. Die größte Gewerkschaft unter den Metallarbeitern, die Metal and Allied Workers Union, hatte nicht an den Verhandlungen teilgenommen. Sie hat es abgelehnt, sich nach dem neuen Gewerkschaftsgesetz registrieren zu lassen. Danach müssen der Regierung die Mitgliederkarteien vorgelegt werden. Zugelassen werden auch nur gemischtrassige Gewerkschaften, während die Metal and Workers Union nur Schwarze aufnimmt.

4%-Abschluß im Bauhauptgewerbe stößt auf breite Kritik

dog. In drei Verhandlungen hatten sich die Vertreter der IG Bau Steine Erden und der Kapitalisten des Bauhauptgewerbes Anfang März auf eine Erhöhung der Löhne um 4% geeinigt. Weder hatte die IG Bau eine Forderung aufgestellt, noch hatten die Kapitalisten ein Angebot vorgelegt. Der Tarifvertrag läuft am 31.3. aus, für die Angestellten beginnen die Verhandlungen am 17.3. Zwar entspricht der 4%-Abschluß im Bauhauptgewerbe nach Angaben des IGM-Vorsitzenden Loderer 5,4% in der Metallindustrie – aufgrund des höheren Lohnniveaus, der Verbesserungen, die beim 13. Monatslohn erreicht wurden, und der nun erfolgten Zustimmung der Kapitalisten zum Rahmentarifvertrag Bau. Trotzdem mußte der Abschluß zu diesem Zeitpunkt gegen die Taktik der IG Metall gerichtet wirken, die ihre Mitglieder in ausgedehnten Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen zur Verteidigung des Reallohns gegen die Kapitalisten mobilisierte. Innerhalb der IG Bau Steine Erden ist der Abschluß auf breite Kritik gestoßen. In der Tarifkommission stimmten 39 für und 33 gegen die Annahme. Der IG BSE-Vorsitzende Sperner verteidigte den Abschluß mit dem Hinweis, ,,mehr sei in freien Verhandlungen nicht drin gewesen". Auf dem Hamburger Landesbezirkstag der IG BSE lehnten 108 von 110 Funktionären den Abschluß ab, im Bezirksverband Hannover 115 von 120. In Wuppertal beschloß eine Mitgliederversammlung einstimmig die Ablehnung, und in Stuttgart stimmten Betriebsräte aus 46 Betrieben gegen den Abschluß. Der Bremer Landesvorstand verschickt Rückantwortpostkarten an die Mitglieder, auf denen angekreuzt werden soll, ob man mit dem Ergebnis einverstanden ist oder nicht. Die Erklärungsfrist läuft noch bis zum 26. März.


Eine Kette von Streikposten mußte der sowjetische Botschafter auf seinem Weg zur Premierministerin Thatcher am letzten Montag passieren. So wie in der Downing Street streikten in verschiedenen Bereichen, u.a. der Flugsicherung, einigen militärischen Einrichtungen und den Rechenzentren der Steuerverwaltung die Beschäftigten. Für die 530000 Beschäftigten fordern die Gewerkschaften Lohnerhöhungen um 15%, mindestens 10 Pfd. pro Woche. In Großbritannien haben die Beamten Streikrecht.

USA: Bergarbeiter gegen Kürzung der Sozialprogramme

dog. Mehr als 8000 Bergarbeiter aus allen Teilen der USA haben am 8.3. mit einer Demonstration vor dem Weißen Haus gegen die geplanten Kürzungen am Programm zur Bekämpfung der Staublunge protestiert. Im Rahmen der Einsparungen bei den Sozialprogrammen sollen die Bundesstaaten anstelle der Bundesregierung dieses Programm übernehmen. Die Bergarbeiter hatten erst vor 10 Jahren nach hartnäckigen Auseinandersetzungen dieses Programm durchgesetzt. Die United Mineworkers Union (UMW), die größte Bergarbeiter-Gewerkschaft in den USA, hat ihre 160000 Mitglieder für den 10.3. zu einem zweitätigen Streik aufgerufen. Die Demonstration war die erste in Washington seit 1978.

HBV stellt Forderungen für das Versicherungsgewerbe auf

dog. Am 26. März finden die ersten Tarifverhandlungen für die 200000 Beschäftigten im privaten Versicherungsgewerbe statt. Die HBV hat jetzt die Forderungen vorgelegt: Um 7,5% sollen die Gehälter erhöht werden, die Tarifgruppe I soll gestrichen werden, Erhöhung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie 30 Tage Urlaub für alle Beschäftigten, einheitliche Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 80 DM. Der Tarifvertrag läuft am 31. März aus. Die DAG hat für den gleichen Bereich Gehaltserhöhungen um 7%, strukturelle Verbesserungen, 6 Wochen Urlaub und 80 DM für die Auszubildenden gefordert.

EG-Stahlkrise: zwei Dutzend Monopole in kartellisierter Konkurrenzschlacht

bsc. Thyssen-Vorstandsvorsitzender Dieter Spethmann erklärte am 4. März in einem Interview mit dem „Handelsblatt": „Angesichts der anhaltenden hohen Subventionszahlungen für die übrige europäische Stahlindustrie kann ich als Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl nicht einfach zusehen, daß die Politiker durch Nicht-Entscheiden die ausländischen Konkurrenten in die Position bringen, daß mit uns Schlitten gefahren wird ... Wir brauchen eine politische Grundsatzentscheidung darüber, ob man in diesem Lande will, daß sich Unternehmen aus eigener Kraft wettbewerbsfähig halten können." Anlaß der großangelegten und mit dem Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff abgestimmten Propagandakampagne der westdeutschen Stahlmonopole ist, daß gegenwärtig die Vorverhandlungen über Quotenregelungen nach Auslaufen der Krisenregelung über den Artikel 58 laufen.

Staatliche Subventionen in Frankreich, England, Italien, Belgien und BRD

Seit knapp vier Wochen führt die Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl eine Enthüllungskampagne über das Ausmaß staatlicher Beihilfen und Subventionen in den übrigen EG-Staaten. Eröffnet wurde es am 18. Februar mit einem Artikel von Korf-Manager Bernhardt im „Handelsblatt" und in der „Welt"; darin behauptet er, daß solche Subventionen in geschätzter Höhe von *40 Mrd. DM in der Zeit von 1975 bis 1982* in den übrigen Staaten der EG gezahlt würden. Damit würde die Tonne Rohstahl dort mit rund 15% des Kostpreises, in Geld etwa 100 DM subventioniert. Am 20. Februar wiederholt das „Handelsblatt" dieses Argument, aber ändert die Zahlen und den Zeitraum etwas: „... sind *in den vergangenen fünf Jahren 35, wenn nicht ... 45 Mrd. DM* in den Nachbarländern gezahlt worden." Am 4. März, dem Tag der Ministerrunde in Brüssel, steigt die „FAZ" großzügig ein: „Was auf diesem Gebiet heute in der europäischen Stahlindustrie vorgeht, übersteigt jede Phantasie. ..., daß zwischen *1975 und 1983* in England, Frankreich, Italien und Belgien *rund 60 Mrd.* DM Subventionen in die Stahlindustrie dieser Länder fließen." Diese 60 Mrd. sollen sich wie folgt aufteilen: GB (25), I (14), B (11) und F (10). Es ist schon empörend, was in der europäischen Stahlindustrie subventioniert wird, vor allem, wenn man noch die 20 Mrd. DM dazurechnet, die im gleichen Zeitraum den westdeutschen Stahlmonopolen von der Bundesregierung zugeschoben wurden, nämlich: insgesamt 1,5 Mrd. für das Saarprogramm plus 500 Mio., die für Hoesch bereitstehen plus jährlich 2 Mrd. Kokskohlesubventionsausgleich macht summa summarum 20 Mrd. Die diesbezüglichen Unterlagen muß Herr Spethmann übersehen haben, aber schließlich hat er auch erst im vorigen Jahr das Regiment in der Wirtschaftsvereinigung für Eisen und Stahl übernommen.

Wie sich die westdeutschen Stahlunternehmen aus eigener Kraft sanierten

Unermüdlich singen die Spethmann, Gienow, Korf und Rohwedder (etwas leiser) das hohe Lied von der unternehmerischen Selbstbehauptung. Dabei werden sie wirklich lyrisch: „*Wir waren im Tiefen, dunklen Wald und haben dem Bär die Hand geschüttelt.* Wir wissen, wie das ist." (Sinkovic, Finanzvorstand von Klöckner). Und nach diesem traumatischen Erlebnis hat dann Klöckner aus eigener unternehmerischer Kraft ... die Hand des Bären festgehalten und wurde von ihm aus dem tiefen, dunklen Wald der roten Zahlen (Bilanzverlust 76/77 gleich 300 Mio.) auf die erste Lichtung (Jahresüberschuß 79/80 gleich 21 Mio.) geführt. Allerdings kassiert die Deutsche Bank (DB) für diesen kleinen Bärendienst allein in diesem Jahr Zinsen in Höhe von 170 bis 180 Mio DM von Klöckner. Doch verlassen wir die Bären- und Silberwaldidylle. Der harte Kern der unternehmerischen Selbstbehauptung der westdeutschen Stahlkonzerne sind die Kapitalmassen unter dem Kommando der DB. Sie organisierte die Strukturbereinigung bei Klöckner und tut es jetzt bei Hoesch-Estel. Bei Klöckner wurde im Stahlbereich die Belegschaft in 10 Jahren um ein Drittel verringert. Und es wurde diversifiziert, weg vom Stahl wurden moderne profitable Betriebe der Weiterverarbeitung, besonders im Maschinenbau-Bereich gekauft, wie Becorit, Holstein und Kappert, Desma-Werke und ein letzter größerer Aufkauf ist noch im Gespräch.

Die Kleinaktionäre wurden aufs Kreuz gelegt, indem zu Beginn 1980 auf einen Schlag eine Kapitalherabsetzung um die Hälfte und sofortige Wiederaufstockung durch neue Aktien erfolgte, wodurch flüssige Mittel da waren. Die Fähigkeit zur unternehmerischen Selbstbehauptung der westdeutschen Stahlkonzerne ist wirklich ein Märchen. Der Unterschied zu den kleineren europäischen Staaten wie Belgien und Italien ist schlicht der, daß das westdeutsche Finanzkapital hochkonzentriert ist und unter einem Kommando große Kapitalmassen an einem Punkt zusammenballen kann und die Produktion umgestaltet. Bei Hoesch findet gegenwärtig der gleiche Prozeß statt, nur mit dem kleinen Unterschied, daß zunächst und wesentlich Kapital vernichtet wird, das auf der Profitrate der Branche lastet. In den vergangenen vier Jahren – inclusive 1980 – in denen Estel keine Dividende ausschüttete, die Abschreibungen immer höher über die Investitionen hinauswuchsen, Tochterunternehmen, Anteile und Grundstücke verkauft wurden, wurden dennoch Profite gemacht – besonders bei Hoogovens – doch flossen diese in Gestalt des Zinses an das Finanzkapital. Für den Zeitraum 77 bis 80 sind das exakt 1,5 Mrd. DM, allein an Zinsen. Daß es darüber nicht zu einem größeren Eklat innerhalb des Finanzkapitals kommt, liegt daran, daß diese Zinsen im wesentlichen von der niederländischen Seite aufgebracht werden müssen. Vor wenigen Wochen mußte die holländische Regierung Hoogovens einen Kredit von 350 Mio hfl geben, obwohl das Hüttenwerk in Ilmuiden zu den modernsten und standortgünstigsten zählt.



Belgische Stahlarbeiter protestieren gegen die geplante Fusion

Die Lage der westdeutschen Stahlindustrie

Spethmann fürchtet, daß die ausländische Konkurrenz mit den westdeutschen Unternehmen Schlitten fahren wird. Tatsache ist, daß sich die Stahlproduktion in den letzten Monaten stabil, ja sicher eher positiv entwickelt hat. Im Januar ist in der BRD die Produktion gegenüber dem Vormonat bei Roheisen um 10,9%, bei Rohstahl um 15,5% und bei Walzstahlfertigerzeugnissen um 8,5% gestiegen. Die Quotenzuteilung, die Lambsdorff im Rahmen des Krisenkartells nach Artikel 58 erpreßt hat, hat die westdeutschen Stahlmonopole – nach eigenen Worten – positiv überrascht. Während die Auslastungsquote der gesamten europäischen Stahlindustrie für 1980 mit 55% angegeben wird, soll diese bei Klöckner im vorigen Jahr nach Verlassen des Eurofer 1-Kartelles über 70% gelegen haben und jetzt sollen Thyssen und Klöckner ebenfalls weit über 70% ausgelastet sein; weiterhin wurden für nahtlose Röhren und Edelstahl Sonderregelungen getroffen, sodaß auch Mannesmann und Krupp gut bedient sind. Die Preise für Walzstahlfertigerzeugnisse, die insgesamt erheblich über Weltmarktniveau liegen, haben sich nach der Quotenregelung vom Oktober 80 weiter leicht angehoben. Auf den Pressekonferenzen der Stahlmonopole im Februar zeigte sich das „Publikum" überrascht von den unerwartet positiven Jahresabschlüssen insbesondere bei Thyssen, Klöckner und Krupp. An der Börse machen alle Stahlaktien seit Februar einen kleinen Sonderboom und selbst die Hoeschaktie erholte sich etwas. Das Geschrei, das Spethmann im Namen seiner Vereinigung im Februar anstimmte, rührt nicht daher, daß keine Profite gemacht werden, sondern daher, daß größere gemacht werden könnten, wenn die Quotenregelungen fielen und die westdeutschen Stahlmonopole ihre gegenwärtigen Konkurrenzvorteile voll zum Tragen bringen könnten.

Eurofer 1 – Krisenkartell nach Artikel 58 – Eurofer 2

Seit dem Ende des letzten Boomjahres – 1975 – befindet sich die europäische Stahlindustrie in der Strukturkrise. Der Tatbestand ist, daß relativ zuviel Kapital in dieser Sphäre der Produktion engagiert ist, so daß sich die Profitmasse auf ein überhöhtes Gesamtkapital verteilt und damit die Profitrate jedes Einzelkapitals drückt. Stofflich drückt es sich in den Überkapazitäten und in der relativen Überfüllung des Marktes aus. Über den Markt spielt sich gewöhnlich auch die Verdrängung und Vernichtung der überschüssigen Kapitale ab, indem die großen Kapitale z.B. die Preise eine Zeitlang unter Kostpreis drücken, bis den kleineren die Luft ausgeht. Genau dieses ist letzten Spätsommer passiert, als nach dem Platzen des freiwilligen Kartells (Eurofer 1) die Preise abstürzten. Allerdings ist dieser urwüchsige Prozeß in der europäischen Stahlindustrie erstens dadurch gestört, daß es nicht mehr viel „Kleine" gibt – es geht dabei um weniger als zwei Dutzend Konzerne – und zweitens diese Monopole Bestandteil des jeweiligen Finanzkapitals und aufs engste mit dem jeweiligen Staatsapparat verbunden sind. Aktuell konzentriert sich der Verdrängungskampf auf die sogenannten „Minis", die auf Basis von Elektrostahlwerken Draht- und Betonstahl produzieren – die größte Gruppe darunter sind die Brescianis – und die belgische Stahlindustrie. Hauptsächlich mit der Drohung, bei offenen Märkten den Vernichtungsfeldzug des letzten Spätsommers zu wiederholen, wurden vor allem die westdeutschen Monopole bei der Quotenregelung nach Artikel 58 begünstigt. Lambsdorffs Freihändler-Auftritte sind insofern nichts anderes als die personifizierten Drohgebärden des westdeutschen Finanzkapitals. Kanzler Schmidt hat seinen Part für das Treffen der Regierungschefs der EG am 23. März auch schon angekündigt. Doch dort fallen eh nicht die Entscheidungen. Seit Mitte Februar betreiben die Brescianis den Versuch, die „Minis" in ein Kartell zu bekommen, und die belgische Regierung bemüht sich um die Fusion der gesamten belgischen Stahlindustrie möglichst mit fester Verbindung zu Arbed. Mittlerweile ist auch durchgesickert, daß schon im Februar zwischen den europäischen Stahlmonopolen Verhandlungen zur Bildung von Eurofer 2 aufgenommen wurden, wozu die Minister am 4. März die flankierende Musik gemacht haben. Am 23. März werden auch die Wirtschaftsminister – in Erwartung, daß Eurofer 2 zustande gekommen ist – weiterverhandeln.

emp. „Der Deutschen Bundespost

bis 1982 in den übrigen Staaten der EG gezahlt würden. Damit würde die Tonne Rohstahl dort mit rund 15% des Kostpreises, in Geld etwa 100 DM subventioniert. Am 20. Februar wiederholt das „Handelsblatt" dieses Argument, aber ändert die Zahlen und den Zeitraum etwas: „... sind in den vergangenen fünf Jahren 35, wenn nicht ... 45 Mrd. DM in den Nachbarländern gezahlt worden." Am 4. März, dem Tag der Ministerrunde in Brüssel, steigt die „FAZ" großzügig ein: „Was auf diesem Gebiet heute in der europäischen Stahlindustrie vorgeht, übersteigt jede Phantasie. ..., daß zwischen 1975 und 1983 in England, Frankreich, Italien und Belgien rund 60 Mrd. DM Subventionen in die Stahlindustrie dieser Länder fließen." Diese 60 Mrd. sollen sich wie folgt aufteilen: GB (25), I (14), B (11) und F (10). Es ist schon empörend, was in der europäischen Stahlindustrie subventioniert wird, vor allem, wenn man noch die 20 Mrd. DM dazurechnet, die im gleichen Zeitraum den westdeutschen Stahlmonopolen von der Bundesregierung zugeschoben wurden, nämlich: insgesamt 1,5 Mrd. für das Saarprogramm plus 500 Mio., die für Hoesch bereitstehen plus jährlich 2 Mrd. Kokskohlesubventionsausgleich macht summa summarum 20 Mrd. Die diesbezüglichen Unterlagen muß Herr Speth-

hauptung der westdeutschen Stahlkonzerne sind die Kapitalmassen unter dem Kommando der DB. Sie organisierte die Strukturbereinigung bei Klöckner und tut es jetzt bei Hoesch-Estel. Bei Klöckner wurde im Stahlbereich die Belegschaft in 10 Jahren um ein Drittel verringert. Und es wurde diversifiziert, weg vom Stahl wurden moderne profitable Betriebe der Weiterverarbeitung, besonders im Maschinenbau-Bereich gekauft, wie Becorit, Holstein und Kappert, Desma-Werke und ein letzter größerer Aufkauf ist noch im Gespräch.

Die Kleinaktionäre wurden aufs Kreuz gelegt, indem zu Beginn 1980 auf einen Schlag eine Kapitalherabsetzung um die Hälfte und sofortige Wiederaufstockung durch neue Aktien erfolgte, wodurch flüssige Mittel da waren. Die Fähigkeit zur unternehmerischen Selbstbehauptung der westdeutschen Stahlkonzerne ist wirklich ein Märchen. Der Unterschied zu den kleineren europäischen Staaten wie Belgien und Italien ist schlicht der, daß das westdeutsche Finanzkapital hochkonzentriert ist und unter einem Kommando große Kapitalmassen an einem Punkt zusammenballen kann und die Produktion umgestaltet. Bei Hoesch findet gegenwärtig der gleiche Prozeß statt, nur mit dem kleinen Unterschied, daß zunächst und wesentlich



Belgische Stahlarbeiter protestieren gegen die geplante Fusion

nicht zu einem größeren Eklat innerhalb des Finanzkapitals kommt, liegt daran, daß diese Zinsen im wesentlichen von der niederländischen Seite aufgebracht werden müssen. Vor wenigen Wochen mußte die holländische Regierung Hoogovens einen Kredit von 350 Mio hfl geben, obwohl das Hüttenwerk in Ilmuiden zu den modernsten und standortgünstigsten zählt.

Die Lage der westdeutschen Stahlindustrie

Spethmann fürchtet, daß die ausländische Konkurrenz mit den westdeutschen Unternehmen Schlitten fahren wird. Tatsache ist, daß sich die Stahlproduktion in den letzten Monaten stabil, ja sicher eher positiv entwickelt hat. Im Januar ist in der BRD die Produktion gegenüber dem Vormonat bei

und Klöckner ebenfalls weit über 70% ausgelastet sein; weiterhin wurden für nahtlose Röhren und Edelstahl Sonderregelungen getroffen, sodaß auch Mannesmann und Krupp gut bedient sind. Die Preise für Walzstahlfertigerzeugnisse, die insgesamt erheblich über Weltmarktniveau liegen, haben sich nach der Quotenregelung vom Oktober 80 weiter leicht angehoben. Auf den Pressekonferenzen der Stahlmonopole im Februar zeigte sich das „Publikum" überrascht von den unerwartet positiven Jahresabschlüssen insbesondere bei Thyssen, Klöckner und Krupp. An der Börse machen alle Stahlaktien seit Februar einen kleinen Sonderboom und selbst die Hoeschaktie erholte sich etwas. Das Geschrei, das Spethmann im Namen seiner Vereinigung im Februar anstimmte, rührt nicht daher, daß keine Profite gemacht werden, sondern daher, daß größere gemacht werden könnten, wenn die

einer Reform des Beamtenrechts wird

kampf auf die sogenannten „Minis", die auf Basis von Elektrostahlwerken Draht- und Betonstahl produzieren – die größte Gruppe darunter sind die Brescianis – und die belgische Stahlindustrie. Hauptsächlich mit der Drohung, bei offenen Märkten den Vernichtungsfeldzug des letzten Spätsommers zu wiederholen, wurden vor allem die westdeutschen Monopole bei der Quotenregelung nach Artikel 58 begünstigt. Lambsdorffs Freihändler-Auftritte sind insofern nichts anderes als die personifizierten Drohgebärden des westdeutschen Finanzkapitals. Kanzler Schmidt hat seinen Part für das Treffen der Regierungschefs der EG am 23. März auch schon angekündigt. Doch dort fallen eh nicht die Entscheidungen. Seit Mitte Februar betreiben die Brescianis den Versuch, die „Minis" in ein Kartell zu bekommen, und die belgische Regierung bemüht sich um die Fusion der gesamten belgischen Stahlindustrie möglichst mit fester Verbindung zu Arbed. Mittlerweile ist auch durchgesickert, daß schon im Februar zwischen den europäischen Stahlmonopolen Verhandlungen zur Bildung von Eurofer 2 aufgenommen wurden, wozu die Minister am 4. März die flankierende Musik gemacht haben. Am 23. März werden auch die Wirtschaftsminister – in Erwartung, daß Eurofer 2 zustande gekommen ist – weiterverhandeln.

„Sind Beamte Bürger zweiter Klasse?"

In der Deutschen Postgewerkschaft wächst die Front für das Streikrecht für Beamte

emp. „Der Deutschen Bundespost kommt das zweifelhafte Verdienst zu, erstmals (in der BRD-Geschichte – d. Red.) den Versuch unternommen zu haben, einen Streik durch gezielten Einsatz von Beamten zu unterlaufen", schreibt Sabottig, Jurist der DPG, in der DPG-Funktionärszeitschrift „Gewerkschaftliche Praxis" (3/81). In der Betriebszeitung des Ortsvorstandes der DPG-Mannheim „Das geht uns an" (4/81) wirft der Ortsvorsitzende Fotsch anläßlich des Postlerstreiks u.a. folgende Fragen auf: „Ist es richtig, daß Beamte nicht streiken dürfen? (kann man den Anspruch aus den Menschenrechten den Beamten verwehren; sind Beamte Bürger zweiter Klasse?); dürfen bei einem Streik Beamte aus anderen Dienststellen als Streikbrecher eingesetzt werden? (Werden in Zukunft die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst keine Möglichkeit mehr haben, ihre berechtigten Forderungen mit grundgesetzlichen Mitteln durchzusetzen?" Und in einem Leserbrief in der „Deutschen Post" (1/81) wendet sich ein Postler gegen den Verfassungsrechtler von Münch, der in einem Interview der „Bild am Sonntag" den Beamten das Streikrecht abgesprochen hatte und sie wegen ihrer „Arbeitsplatzprivilegien" auf ewig zur Schichtarbeit verdammen will: „In was für einem Sozialstaat leben wir, wenn es schon ein Privileg ist, einen gesicherten Arbeitsplatz zu haben?"

Drei Beispiele für die breite Debatte um das Streikrecht für Beamte in der Deutschen Postgewerkschaft. Ursache dafür sind die praktischen Erfahrungen der Schichtdienstzeit. Das Beamtenrecht war der entscheidende Klotz am Bein für eine effektive Streikführung und zugleich eine direkte Gefahr für die Zerschlagung des Streiks durch den Beamteneinsatz. Damit ein umfassender Angriff auf die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter und Angestellten.

Von Anfang an war es das Kalkül von Bundespostminister Gscheidle, durch Beamteneinsatz, Außerkraftsetzen der Mitbestimmungsrechte im Bundespersonalvertretungsgesetz, durch Einsatz von „Abrufkräften" (telefonisch stündlich einsetzbar; stundenweise Bezahlung ohne jegliche Sozialzuschläge und Vertretungsrechte) und Androhung von Disziplinarmaßnahmen den Streik zu zerschlagen. Unmittelbar nach dem Scheitern der zentralen Notdienstverhandlungen erließ er an alle Oberpostdirektionen eine „Verfügung über verschiedene personelle Maßnahmen im Streikfall". So ordnete z.B. die Amtsleitung Saarbrücken den Einsatz von Beamten nach achtstündigem Dienst und zweistündiger Pause für weitere fünf Stunden an. Als Streikposten der DPG die Beamten argumentativ vom Zutritt zum Postamt abhalten wollten, holte sie gar die Polizei wegen „Nötigung". In Mannheim wollte die Amtsleitung mit Arbeitern aus nicht-bestreikten Dienststellen die Arbeit im bestreikten Paketumschlag, Briefeingang und -abgang weiterführen. Die Streikleitung reagierte mit Ausweitung des Streiks auch in den großen Außenämtern. Am Bahnhof wurden Beamte genötigt, innerhalb einer Viertelstunde den Postführerschein und den für Elektrokarren zu machen, obwohl das Rangieren auf den Bahnsteigen ohne Ausbildung und Einweisung lebensgefährlich ist. Zwar konnte der Einsatz von Beamten aus den Außenämtern nicht direkt verhindert werden, wurden Beamte zu anderen Dienstzeiten und niedriger zu bewertenden Tätigkeiten eingesetzt, aber die Solidarität war so groß, daß mehrfach Beamte Streikbrecherarbeit offen verweigerten oder früher nach Hause gingen.

Nach dem Streik hat Bundesinnenminister Baum auf der Beamtentagung in Bad Kissingen diese Maßnahmen der Bundespost als Modell für das zukünftige Eingreifen der Bundesregierung bei Streiks im Öffentlichen Dienst angekündigt: „Das Streikverbot aber gehört zum Kernbestand des Dienst- und Treueverhältnisses ... Wer sagt, Streik sei keine Rechtsfrage, sondern eine Machtfrage, dem muß unmißverständlich klar gemacht werden, daß Beamte durch einen Streik essentielle Pflichten verletzten ... Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß *die Beamten legitimerweise in solchen Ausnahmesituationen* (Poststreik – d. Red.) *mit zusätzlichen Aufgaben und über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus in Anspruch genommen werden können* ... In dieser Auffassung stimme ich mit dem Bundespostminister voll überein." (Hervorhebung durch uns)

Das schroffe Vorgehen von Gscheidle und der Postverwaltung hat die DPG im Streik ziemlich überrascht und nach dem Streik zu einer tiefen Kluft geführt. So sieht der Mannheimer Ortsvorsitzende durch den Streikbrechereinsatz die Tarifautonomie der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst *generell* gefährdet („Das geht uns an"). Der Mannheimer Personalrat (Post) hat mit Unterstützung der DPG die Einstellung von weiteren „Abrufkräften" (bisher ca. 250 von 2700 Beschäftigten) solange abgelehnt, wie sie nicht die gleichen sozialen und politischen Rechte wie alle Beschäftigten haben. Und auf einer Bundeskonferenz der Bezirkssekretäre der DPG im Januar wurde ein härteres Vorgehen gegen die Postverwaltung in künftigen Streiks verlangt, da sich die DPG solche „halben Erfolge" nicht noch einmal leisten könne. Auch sollen Gesetzesinitiativen gegen künftige Streikbrechereinsätze von Beamten überlegt werden.

In zwei Leitartikeln haben Mitglieder des Hauptvorstandes der DPG in der „Deutschen Post" sich nicht nur für eine aktuelle Reform des Dienstrechtes, das das Streikrecht für Beamte beinhalten muß, ausgesprochen, sondern offen die Bundesregierung angegriffen. Sie sehen den Streikbrechereinsatz der Beamten als generelle Gefahr, die Beamten von den Arbeitern und Angestellten abzuspalten. So schreibt Esders: „Die Notwendigkeit einer Reform des Beamtenrechts wird durch die aktuelle politische Diskussion um den Zeitpunkt der Besoldungserhöhung 1981 erneut offenkundig." (DP 1/81) Zemlin widerspricht der Äußerung des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundespostministerium Becker, daß den „Beamten nach eindeutiger Rechtslage kein Streikrecht zustehe", und dies von den bei der Bundespost vertretenen Gewerkschaften akzeptiert würde. Für ihn ist es ein Skandal, daß die Gewerkschaften 60 Jahre nach dem ersten Streikverbot für Beamte durch den Reichspostminister 1920 noch keinen Fortschritt erzielt haben. Becker entgegnet er: „Die undemokratische Rechtssprechung müssen wir bei unserer Arbeit berücksichtigen, denn wir müssen die Beamten vor deren Folgen schützen. Aber wir identifizieren uns nicht mit ihr." (DP 3/81)

Der Auseinandersetzung um das Streikrecht für Beamte und ein einheitliches Dienstrecht in der DPG kommt große Bedeutung für alle Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst bei, weil die DPG wesentlich bessere Bedingungen als die GEW zur Durchsetzung dieser Forderung der Arbeiterbewegung hat. Die Mehrheit der 350000 Postbeamten ist im einfachen und mittleren Dienst, unterscheidet sich in ihrer Lage von der der Arbeiter und Angestellten nicht und ist gemeinsam mit ihnen in großen Dienststellen organisiert. Durch die letzten Streikerfahrungen haben sich die Bedingungen wesentlich verbessert, große Teile der Sozialdemokratie in der DPG im Kampf gegen die Sparbeschlüsse und gegen die Angriffe auf die Tarifautonomie für das Streikrecht für Beamte zu gewinnen. Sie brauchen aber auch die Unterstützung der Industriegewerkschaften.

„Flash Gordon“ Comic-strip mit Rockmusik

acm. Seit „Krieg der Sterne“ hat der Science-fiction-Film Ende der siebziger Jahre wieder an Bedeutung gewonnen. Waren „Krieg der Sterne“ und der Nachfolgefilm „Das Imperium schlägt zurück“ noch mit hohem technischem Aufwand und Phantasie gefertigte Weltraumepen, so tobte sich in ihrem Gefolge ein ganzes Genre aus, das Niveau sank in jeder Hinsicht, von der Story über die Ausstattung bis hin zu Schauspieler und Dialog. Jüngstes Produkt der Science-fiction – „Flash Gordon“ – ein Film, der insbesondere auf die jugendlichen Zuschauer setzt, dadurch gefördert, daß die Musik des Films von der Rockgruppe „Queen“ stammt, die sich großer Beliebtheit in der Jugend erfreut. So war denn auch bei der besuchten Nachmittagsvorstellung das Kino rammelvoll, die Stimmung war entsprechend. „Flash Gordon“, das ist die Vaterfigur des Science-fiction. Als Comic-Serie begann sie 1934 in den USA und wurde schon 1936 erstmals verfilmt. Einer der ersten Filme mit Weltraumhandlung war entstanden, faktisch zukunftsweisend für das ganze Genre.

Der neue „Flash Gordon“ hält sich eng an die gegebene Geschichte, wie sie in den 30ern formuliert wurde: Flash Gordon, Amerikaner, Star einer New Yorker Football-Mannschaft, blond, blauäugig, mit Gardemaßen, gerät unfreiwillig in ein Abenteuer, welches mit der Rettung der Erde endet. Im Universum herrscht Kaiser Ming auf dem Planet Mongo mit den Kräften des Alls (was das auch sein mag) und er bedroht die Erde mit Stürmen, Flutkatastrophen usw., letztendlich läßt er den Mond aus der Umlaufbahn geraten und auf die Erde zustürzen – all das aus Herrschaftssucht und Langeweile und weil es auf der Erde Kräfte gäbe, die begriffen, daß von außen eine Bedrohung vorliege (so Ming). Zu den Kräften gehört Dr. Zarkov, ein entlassener NASA-Wissenschaftler (weil er immer vertreten hat, es gäbe Kräfte innerhalb des Weltalls), schwer exzentrisch, hat er seine eigene Rakete gebaut. Er stellt fest, daß der Mond aus der Umlaufbahn geworfen ist und will seine Rakete ins All starten, um die Erde zu retten. Flash Gordon ist zum gleichen Zeitpunkt in einem Flugzeug, wobei er – seine im weiteren sich herausbildende Freundin – Dale Arden kennenlernt. Die Piloten des Flugzeugs werden getötet, Flash wagt eine Bruchlandung, die im Institut von Dr. Zarkov endet und dieser damit nicht ganz freiwillig sein Begleitpersonal für den Flug hat.

Das Raumschiff landet auf Mongo, sie werden gefangengenommen und Ming vorgeführt. Dieser, in mongolenhaftem Aufzug, von seinen Untertanen mit „Heil“ begrüßt, will Dale Arden sogleich zu seiner Gespielin machen. Flash greift ein: „Soweit ich es überblicken konnte, ist deine Macht nur auf ein winzig kleines planetarisches System beschränkt, in dessen Nähe ein kosmischer Wirbel lauert. Und was euer ‚Gesetz‘ betrifft“ – er drehte sich dem Hofe zu – „ihr alle solltet euch schämen, diesen Papiertiger zu hofieren. Der einzige Grund, warum er Macht über Leben und Tod hat, ist der, daß ihr es zulaßt.“ Er schlug sich mit der geballten Faust in die Hand. „Ihr solltet euch wehren. So wie es mein Freund Steve Rogers einmal ausgedrückt hat, ‚Freiheit ist der einzige Grund, wert, dafür zu sterben.‘ “ Damit spielt er auf die verschiedenen Völker an, die sich Ming in seinem Reich unterworfen hat. Bis zum Ende – der Vernichtung Mings – handelt der Film denn auch vom letztlich erfolgreichen Zusammenschluß dieser Völker gegen die Diktatur Mings, wobei Flash natürlich die entscheidende Rolle zukommt.

Die Story also äußerst simpel: Handlungsträger Diktator Ming (als Figur symbolisiert er sicherlich den heranreifenden Faschismus), die unterdrückten Völker (weckt Assoziationen zu den Völkern Europas) und Flash Gordon (wohl Amerika, als einigendes und befriedendes Band). Die Symbole im Film stammen immer aus der feudalistischen Epoche. Die Darstellung der Herrschaft ist feudal, wie auch die Lebensweise der Völker, die dargestellt werden. Dies ist überhaupt eine beliebte Darstellungsform gerade im Science-fiction, denn sie ermöglicht den Transport der Probleme entweder in eine rückwärtsgerichtete Form oder formuliert Geschichte als zyklischen Kreislauf, wo das Böse sich tendenziell immer wieder durchsetzt und durch die Inkarnation des Guten gerade noch vereitelt werden kann.

Trotzdem fesselt der Film durch gewissen Optimismus, nach dem Motto: Wenn man sich zusammenschließt, kann man's schaffen! Humor ensteht durch die Verulkung und Selbstironie, die der Film hat. Dazu kommt, daß der ganze Film die Wirkung eines Comic-Strip behält. Nicht die genaue Zeichnung einer unbekannten Welt wird versucht, sondern ein Farbenspektakel setzt der Phantasie kaum Grenzen, kitschige Farbkompositionen wirken Comic-Strip-getreu und hier passend. Der Film bleibt so insgesamt mehr ein Vergnügen an Comic-Strip und Musik für die Jugend als Ideologietransporter für „american way of live“.

„Wir sind verbittert über die Politik des Senats“

Aufgaben der Gesamtschülervertretung / Interview mit einem Schulsprecher

frn. Die Schüler und Berufsschüler in Bremen bekommen die Sparpolitik des Senats zu spüren: Schulzweige und ganze Schulen werden geschlossen, die beschlossene Senkung der Klassenfrequenzen findet nicht statt, Berufsschüler werden über die Innenstadt und bis in Außenbezirke verstreut, Überfüllung von Schulgebäuden wird notdürftig mit Mobilbauklassen kaschiert, Fachräume fehlen, Ausbaupläne werden zurückgenommen, ganze Unterrichtsfächer fallen aus, Essenspreise werden um 50% erhöht, Gelder für Klassenfahrten, für Unterrichtsmaterialien werden gekürzt. In dieser Situation wählten die Delegierten der Schulen vor kurzem den Vorstand der Gesamtschülervertretung (GSV) neu. Wir führten mit dem Sprecher einer Berufsschule das folgende Interview.

KVZ: *Der GSV-Vorstand wurde neu gewählt. Was war das Ergebnis?*

Etwa 80% für die Liste demokratischer und sozialistischer Schüler, die der SDAJ nahesteht, knapp 20% für den AKS (CDU-nahe), einige ungültig.

KVZ: *Welche Aufgaben stellen sich der GSV in der nächsten Zeit?*

Der GSV-Vorstand hatte immer ein gutes Verhältnis zur GEW. Gemeinsam mit den Lehrern gibt es eine energische Front gegen den Senat. Er hat kein Ansehen bei den Schülern. An der Berufsschule, wo ich bin, sind unsere wichtigsten Forderungen: 2 mal 6 Stunden an 2 arbeitsfreien Tagen, Einstellung von mehr Lehrern, voller Sportunterricht, Einrichtung eines warmen Mittagessens.

KVZ: *Wie weit ist die Forderung nach 2 mal 6 Stunden erfüllt?*

Bei den Friseuren sind es meist 7 Stunden pro Woche derzeit. Im Druckgewerbe gibt es regelmäßig 11 Stunden, 7 plus 4. Wir haben alle 14 Tage 2 Stunden Sport, im Wechsel mit Deutsch. Meines Wissens hat nur eine Minderheit volle 12 Stunden. Die meisten müssen an einem Tag wieder in den Betrieb, da sie höchstens 5 Schulstunden haben.

KVZ: *Wie ist die Situation in Eurer Kantine?*

Viele haben bis 3 oder 4 Uhr Unterricht, die brauchen einfach ein warmes Essen. Zur Zeit gibt es aber außer Kaffee und warmer Schokolade bei uns nichts Warmes. An den zwei Schaltern in der viel zu kleinen Kantine gibt es Süßigkeiten, Tabak, Getränke und belegte Brötchen von mieser Qualität; die Butter darauf muß man suchen. Die Kantine ist ungemütlich und schmutzig. Man geht rein, wenn es regnet. An ihr ist nichts, was würdig wäre, sauber gehalten zu werden.

KVZ: *Habt Ihr Lehrermangel?*

Klar! Viele Stunden fallen aus deswegen. Der Senat spart ja. Also heißt es hier auch: Ohne Knete keine Fete. Der Landesschulrat Mews hat in einem Gespräch mit Berufsschülern gesagt, Fachlehrer seien so schwer zu kriegen. Senator von Hassel vertrat das gleiche auf einer Podiumsdiskussion vor ein paar Wochen, als Eltern und Schüler und Lehrer sich gegen die Auflösung der Sekundarstufe I am Schulzentrum Huchting wandten. Dort soll die Drucktechnik hin.



Im Dezember 1980 demonstrierten etwa 5000 Schüler und Lehrer gegen die Sparmaßnahmen des Bremer Senats

KVZ: *Die SPD sucht in letzter Zeit verstärkt das Gespräch mit Schülern. Was hältst Du davon?*

Daß sie sich stellen, begrüßen wir. Daß sie auch mal kommen, Zeit für uns haben. Aber sie sehen uns vor allem als Jungwähler.

KVZ: *Ist bei diesen Gesprächen schon etwas herausgekommen für Euch?*

Einige Kaufmänner machen eine schulische Ausbildung. Die Deputation für Bildung hatte beschlossen, die Prüfung dazu in der Schule, nicht in der Industrie- und Handelskammer abzunehmen. Schüler waren dagegen, weil so ein Abschluß nachher nichts bringt. Das haben wir Mews vorgetragen. Er will sich für die Rücknahme einsetzen.

KVZ: *Der Bremer Senat hat in seinem Schulgesetz die Integration der Sekundarstufe II festgeschrieben und betreibt sie auch praktisch in Huchting. Was haltet Ihr davon?*

Alle GSV-Vertreter sind für die Gesamtschule und insofern für Integration. Ein gemeinsamer Unterricht wäre z.B. in Deutsch oder Politik, auch in Sport, nützlich und leicht zu machen. Im Fachunterricht wäre es schwierig. Denn die Oberschüler kennen die Praxis nicht. Die Integration, die der Senat betreibt, bringt aber nur zwei Dinge unter einem *Dach* zusammen, sonst ist da nichts.

KVZ: *In welche Richtung muß denn die Entwicklung gehen, wenn man für eine gemeinsame Ausbildung der verschiedenen Teile der Arbeiterjugend ist?*

Wir Berufsschüler brauchen mehr schulische Ausbildung, müssen unabhängig von den Kapitalisten werden, damit wir eine gute Ausbildung erhalten können. Wir sind deswegen für das flächendeckende BGJ, das jetzt bei den Druckern eingeführt wird.

KVZ: *Welche Bedeutung wird die enge Finanzpolitik des Senats für die GSV spielen?*

Kurz vor Weihnachten hat die GSV zusammen mit der GEW und den Bremer ASten eine große Demonstration gegen die Sparpolitik durchgeführt. Dort gab es eine große Einheit unter den Schülern. Die Demonstration ging vom Berufsschulzentrum aus. Unter den Schülern gibt es eine Verbitterung über die Politik des Senats.

KVZ: *Was macht die GSV gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges?*

Hier ist der Einfluß der SDAJ groß. Gegen den Krieg, gegen Aufrüstung sind alle. Kürzung des Wehretats ist eine Forderung. Viele unterstützen den Krefelder Appell.

Yorker Football-Mannschaft, blond, blauäugig, mit Gardemaßen, gerät unfreiwillig in ein Abenteuer, welches mit der Rettung der Erde endet. Im Universum herrscht Kaiser Ming auf dem Planet Mongo mit den Kräften des Alls (was das auch sein mag) und er bedroht die Erde mit Stürmen, Flutkatastrophen usw., letztendlich läßt er den Mond aus der Umlaufbahn geraten und auf die Erde zustürzen – all das aus Herrschaftssucht und Langeweile und weil es auf der Erde Kräfte gäbe, die begriffen, daß von außen eine Bedrohung vorliege (so Ming). Zu den Kräften gehört Dr. Zarkov, ein entlassener NASA-Wissenschaftler (weil er immer vertreten hat, es gäbe Kräfte innerhalb des Weltalls), schwer exzentrisch, hat er seine eigene Rakete gebaut. Er stellt fest, daß der Mond aus der Umlaufbahn geworfen ist und will seine Rakete ins All starten, um die Erde zu retten. Flash Gordon ist zum gleichen Zeitpunkt in einem Flugzeug, wobei er – seine im weiteren sich herausbildende Freundin – Dale Arden kennenlernt. Die Piloten des Flugzeugs werden getötet, Flash wagt eine Bruchlandung, die im Institut von Dr. Zarkov endet und dieser damit nicht ganz freiwillig sein Begleitpersonal für den Flug hat.

Das Raumschiff landet auf Mongo, sie werden gefangengenommen und

Völkern Europas) und Flash Gordon (wohl Amerika, als einigendes und befriedendes Band). Die Symbole im Film stammen immer aus der feudalistischen Epoche. Die Darstellung der Herrschaft ist feudal, wie auch die Lebensweise der Völker, die dargestellt werden. Dies ist überhaupt eine beliebte Darstellungsform gerade im Science-fiction, denn sie ermöglicht den Transport der Probleme entweder in eine rückwärtsgerichtete Form oder formuliert Geschichte als zyklischen Kreislauf, wo das Böse sich tendenziell immer wieder durchsetzt und durch die Inkarnation des Guten gerade noch vereitelt werden kann.

Trotzdem fesselt der Film durch gewissen Optimismus, nach dem Motto: Wenn man sich zusammenschließt, kann man's schaffen! Humor ensteht durch die Verulkung und Selbstironie, die der Film hat. Dazu kommt, daß der ganze Film die Wirkung eines Comic-Strip behält. Nicht die genaue Zeichnung einer unbekannten Welt wird versucht, sondern ein Farbenspektakel setzt der Phantasie kaum Grenzen, kitschige Farbkompositionen wirken Comic-Strip-getreu und hier passend. Der Film bleibt so insgesamt mehr ein Vergnügen an Comic-Strip und Musik für die Jugend als Ideologietransporter für „american way of live“.

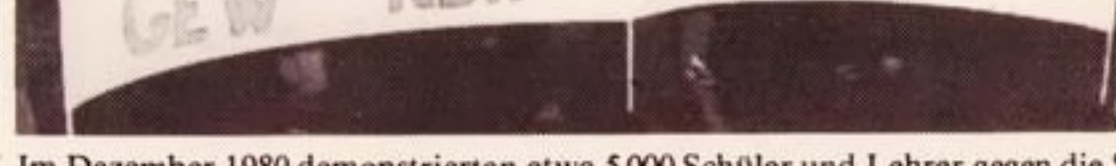
sam mit den Lehrern gibt es eine energische Front gegen den Senat. Er hat kein Ansehen bei den Schülern. An der Berufsschule, wo ich bin, sind unsere wichtigsten Forderungen: 2 mal 6 Stunden an 2 arbeitsfreien Tagen, Einstellung von mehr Lehrern, voller Sportunterricht, Einrichtung eines warmen Mittagessens.

KVZ: *Wie weit ist die Forderung nach 2 mal 6 Stunden erfüllt?*

Bei den Friseuren sind es meist 7 Stunden pro Woche derzeit. Im Druckgewerbe gibt es regelmäßig 11 Stunden, 7 plus 4. Wir haben alle 14 Tage 2 Stunden Sport, im Wechsel mit Deutsch. Meines Wissens hat nur eine Minderheit volle 12 Stunden. Die meisten müssen an einem Tag wieder in den Betrieb, da sie höchstens 5 Schulstunden haben.

KVZ: *Wie ist die Situation in Eurer Kantine?*

Viele haben bis 3 oder 4 Uhr Unterricht, die brauchen einfach ein warmes Essen. Zur Zeit gibt es aber außer Kaffee und warmer Schokolade bei uns nichts Warmes. An den zwei Schaltern in der viel zu kleinen Kantine gibt es Süßigkeiten, Tabak, Getränke und belegte Brötchen von mieser Qualität; die Butter darauf muß man suchen. Die Kantine ist ungemütlich und schmutzig. Man geht rein, wenn es regnet. An



Im Dezember 1980 demonstrierten etwa 5000 Schüler und Lehrer gegen die Sparmaßnahmen des Bremer Senats

KVZ: *Die SPD sucht in letzter Zeit verstärkt das Gespräch mit Schülern. Was hältst Du davon?*

Daß sie sich stellen, begrüßen wir. Daß sie auch mal kommen, Zeit für uns haben. Aber sie sehen uns vor allem als Jungwähler.

KVZ: *Ist bei diesen Gesprächen schon etwas herausgekommen für Euch?*

Einige Kaufmänner machen eine schulische Ausbildung. Die Deputation für Bildung hatte beschlossen, die Prüfung dazu in der Schule, nicht in der Industrie- und Handelskammer abzunehmen. Schüler waren dagegen, weil so ein Abschluß nachher nichts bringt. Das haben wir Mews vorgetragen. Er will sich für die Rücknahme einsetzen.

KVZ: *Der Bremer Senat hat in seinem Schulgesetz die Integration der Sekundarstufe II festgeschrieben und betreibt sie auch praktisch in Huchting. Was haltet Ihr davon?*

Alle GSV-Vertreter sind für die Ge-

schulische Ausbildung, müssen unabhängig von den Kapitalisten werden, damit wir eine gute Ausbildung erhalten können. Wir sind deswegen für das flächendeckende BGJ, das jetzt bei den Druckern eingeführt wird.

KVZ: *Welche Bedeutung wird die enge Finanzpolitik des Senats für die GSV spielen?*

Kurz vor Weihnachten hat die GSV zusammen mit der GEW und den Bremer ASten eine große Demonstration gegen die Sparpolitik durchgeführt. Dort gab es eine große Einheit unter den Schülern. Die Demonstration ging vom Berufsschulzentrum aus. Unter den Schülern gibt es eine Verbitterung über die Politik des Senats.

KVZ: *Was macht die GSV gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges?*

Hier ist der Einfluß der SDAJ groß. Gegen den Krieg, gegen Aufrüstung sind alle. Kürzung des Wehretats ist eine Forderung. Viele unterstützen den Krefelder Appell.

Neuordnung der Berufsausbildung in der Druckindustrie

mic. Die Auszubildenden beim Zeitungshaus Bauer, Marl, haben zusammen mit dem Betriebsrat verhindert, daß die außerbetrieblichen Ausbildungskurse für Schriftsetzer aus „Kostengründen“ gestrichen werden. Die 2wöchigen Lehrgänge werden vom Verband der Druckindustrie in Dortmund, Münster und Bielefeld durchgeführt. Angeboten werden 4 Lehrgänge in Fotosatz, verschiedene Lehrgänge in Repro, Montage, Kopie und Bleisatz; sie sollen Kenntnisse vermitteln, die im Betrieb nicht vermittelt werden können. Bisher nahmen die Schriftsetzerlehrlinge bei Bauer an den 4 Fotosatzkursen, sowie an den Kursen Repro, Montage, Kopie teil.

Mitte 1980 wurde die Zeitungsproduktion von Blei- auf Fotosatz umgestellt. Mit der Begründung, daß jetzt Fotosatzlehrgänge überflüssig seien, wurde damals schon seitens der Geschäftsleitung angedeutet, daß die außerbetrieblichen Kurse wohl wegfallen würden. Überflüssig sind diese Lehrgänge jedoch keinesfalls, da waren sich die Auszubildenden und Ausbilder einig. Die Ausstattung der Betriebe mit Fotosatzgeräten und -anlagen wurde in den letzten Jahren immer differenzierter und es hat eine enorme Spezialisierung auf bestimmte Systeme stattgefunden. Die Herstellerfirmen wie z.B. Linotype oder Berthold schicken zusätzlich zur Fotosatzanlage gleich einen Operator mit in die Betriebe, die die Beschäftigten speziell in den System unterweisen und die sehr störungsanfällige Produktion über 1 Jahr oder länger überwachen. Eine Menge Kenntnisse, die man während der Ausbildung erworben hat, kann man bei einem Wechsel in einen anderen Betrieb vergessen. Dieses Problem betrifft die Lehrlinge bei Bauer umso mehr, da dieses Jahr zum 1. Mal die Auszubildenden nicht übernommen werden.

Die Fotosatzlehrgänge sind zwar in der Vermittlung umfassender Kenntnisse nicht das Gelbe vom Ei, geben jedoch Einblick in verschiedene Systeme und liefern einiges an Grundlagenwissen.

Die IG Druck und Papier fordert neben dem Ausbau von überbetrieblichen Ausbildungsstätten unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften auch eine **Neuordnung der Berufsausbildung in der Druckindustrie**. Das ist auch unbedingt notwendig, da nicht nur z.B. die Ausbildungsordnung Schriftsetzer total veraltet ist – sie verlangt noch einen Großteil an Vermittlung von Kenntnissen in Bleisatz – sondern auch „die Arbeitsfelder durch die neuen Techniken sich immer mehr überschneiden und zusammenwachsen.“ (Dieses und alle folgenden Zitate aus: Neuordnung der Berufsausbildung in der Druckindustrie, in: Gewerkschaftliche Bildungspolitk 3/81)

Neuordnung der Berufsausbildung in der Druckindustrie und in der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie

Phase	Ausbildungsberuf Druckvorbereiter	Ausbildungsberuf Drucker	Ausbildungsberuf Druckverarbeiter	Ausbildungsberuf Verpackungsmittelhersteller
1 Jahr – Qualifikationsphase	Fachrichtung Textherstellung / Fachrichtung Vorlagenherstellung / Fachrichtung Bildherstellung / Fachrichtung Tiefdruckformherstellung	Qualifikationsphase	Qualifikationsphase	Qualifikationsphase
1 Jahr – Aufbauphase	Gemeinsame Ausbildung für Druckvorbereiter	Gemeinsame Ausbildung für Drucker	Gemeinsame Ausbildung für Druckverarbeiter	Gemeinsame Ausbildung für Verpackungsmittelhersteller
1 Jahr – Grundphase	Berufsgrundschuljahr: Gemeinsame Ausbildung für Druckvorbereiter, Drucker, Druckverarbeiter und Verpackungsmittelhersteller			

„Es ist ein Grundlagenwissen zu vermitteln, das es ermöglicht, die Arbeitsgänge im Gesamtzusammenhang zu erkennen, zu verstehen und zu bewältigen.... Dazu müssen verstärkt vermittelt werden: – Kenntnisse über naturwissenschaftliche Grundlagen, grundlegende Kenntnisse über Elektronik und die durch sie bestimmten Funktionsabläufe; – Kenntnisse über Steuer-, Regel- und Meßtechnik; – Kenntnisse über Arbeitsvorbereitung; – Kenntnisse über neue Arbeitsmaterialien, Werk- und Hilfsstoffe und deren Anwendung; – Kenntnisse über vor- und nachgelagerte Arbeitsfelder.“

Die Änderung der Ausbildungsberufsbilder sieht im wesentlichen eine Bündelung vorhandener Berufe vor. **Druckvorbereiter**: *Unter der Bezeichnung ‚Druckvorbereiter‘ sind folgende Fachrichtungen zusammengefaßt: Textherstellung, Vorlagenherstellung Bildherstellung, Tiefdruckformherstellung.* Bisher: Schriftsetzer, Reprofotograf, Retuscheur, Tiefdruckätzer. Das 1. Ausbildungsjahr soll rein schulisch in Form des Berufsgrundschuljahres im wesentlichen allgemeinbildende und berufsübergreifende Kenntnisse vermitteln, während die eigentliche „Qualifikationsphase“, Spezialisierung auf eine Fachrichtung, im 3. Lehrjahr stattfindet (s. Schaubild). Ziel ist es, den Ausgebildeten in die Lage zu versetzen, *„sich auf technisch-organisatorische Veränderungen der Arbeitsplatzstrukturen und Produktionsmethoden ohne beruflichen Abstieg einstellen zu können.“*

Erste Großveranstaltung gegen geplanten Autobahnbau

Bürgerliche Politiker versuchen zu spalten

beb. Rund 2000 Menschen nahmen am vergangenen Sonntag an einem Informationsfest in der Nähe der Ortschaft Rotbek im Sachsenwald teil, zu dem insgesamt rund 50 Natur- und Umweltschutzverbände und -Initiativen aufgerufen hatten, um gegen den Baubeginn auf der „Nordtrasse" zu demonstrieren. In einer gemeinsamen Erklärung der Verbände, die dort verlesen wurde, heißt es u.a.: *„Als ob die Politiker noch nie etwas von der bedrohlich sich zuspitzenden Umweltsituation in diesem Land und auf der ganzen Welt gehört haben, versuchen sie, die von Adolf Hitlers Machern unter ganz anderen Voraussetzungen geplante Trasse durchzuboxen."*

In der Tat ist es die Taktik der Landesregierung, die insbesondere in den Kreisen Stormarn und Lauenburg starke Bewegung gegen den Autobahnbau durch den Bau von Teilabschnitten auf bereits regierungseigenem Gelände vor vollendete Tatsachen zu stellen, obwohl noch zahlreiche Einsprüche gegen den Bau vor dem Verwaltungsgericht Schleswig laufen. (Siehe dazu auch den Artikel in der KVZ Nr. 9/81.)

Gleichzeitig versuchen die bürgerlichen Politiker zu spalten. Ein Mittel dazu soll das Angebot sein, erhebliche Geldmittel für „ökologische Ausgleichsmaßnahmen" bereitzustellen, nachdem die Nordtrasse aus übergeordneten Gesichtspunkten nun mal leider beschlossene Sache sei. Damit versucht z.B. Rainer Ute Harms, Umweltsprecher der CDU-Landtagsfraktion, in einem Leserbrief an die „Lübecker Nachrichten" vom 10.3. bürgerliche Sprecher der Bewegung einzufangen. Ganz ähnlich äußerte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete für Lauenburg/Stormarn-Süd, Eckart Kuhlwein, während der Kundgebung am Sonntag.

Mehr innerhalb der Bewegung gibt es noch die Spaltung zwischen denen, die den Autobahnbau grundsätzlich ablehnen, und denen, die stattdessen für die Mittel-Süd-Trasse als Alternative eintreten. Wie inzwischen Gutachten belegen, hat aber auch diese Trassenführung erhebliche (wenn vielleicht auch geringere als bei der Nordtrasse) Umweltschädigungen zur Folge.

Eine völlige Ablehnung des Baus ist berechtigt und auch am besten geeignet, die Einheit herzustellen. Vor Augen halten muß man sich, daß Bundes- und Landesregierung den Autobahnbau ja keineswegs betreiben, weil eine große Mehrheit der Bevölkerung daran Bedarf angemeldet hätte (im Gegenteil: eine Bedarfsanalyse gibt es bis heute für diese Autobahn gar nicht, und ein privates Gutachten des Stuttgarter Ingenieurbüros Hundsdörfer kommt laut ‚Lübecker Nachrichten' vom 3.3. umgekehrt zum Ergebnis, daß der Verkehr ohne weiteres über zweispurige Landstraßen abgewickelt werden könne). Bundes- und Landesregierung und mit ihnen die Industrie- und Handelskammer, die den Bau ebenfalls fordert, geht es vielmehr um handfeste ökonomische und politische Interessen in Richtung DDR und RGW-Raum.

„Hier kann man gut gemeinsam leben"

Gespräch mit den Bewohnern des zweiten instandbesetzten Hauses in Kiel

Am 6. März besetzten junge Leute das 1. und 4. Obergeschoß des Hauses Herzog-Friedrich-Straße 21 in der Kieler Innenstadt. Das 2. und 3. Geschoß ist noch an Wohngemeinschaften vermietet. Von den Besitzern – jetzt die Stadt – ist das Haus systematisch heruntergewirtschaftet worden. Der Fassade und den riesigen, fast herrschaftlichen Wohnungen sieht man an, daß dieses Haus ursprünglich direkt prächtig gewesen sein muß. Aber bestimmt seit 20 Jahren haben die Besitzer nichts mehr daran gemacht, das sieht man schon im Treppenhaus; Kaputtbesitzer, das ist schon mehr als ein Spruch.

Frage: Warum habt ihr die Wohnungen hier besetzt, warum könnt ihr nicht irgendwo zur Miete wohnen? Was habt ihr vor der Besetzung schon alles versucht?

Besetzer: „Wir haben ein halbes Jahr

Geldmittel für „ökologische Ausgleichsmaßnahmen" bereitzustellen, nachdem die Nordtrasse aus übergeordneten Gesichtspunkten nun mal leider beschlossene Sache sei. Damit versucht z.B. Rainer Ute Harms, Umweltsprecher der CDU-Landtagsfraktion,

Landstraßen abgewickelt werden könne). Bundes- und Landesregierung und mit ihnen die Industrie- und Handelskammer, die den Bau ebenfalls fordert, geht es vielmehr um handfeste ökonomische und politische Interessen in Richtung DDR und RGW-Raum.

„Hier kann man gut gemeinsam leben"

Gespräch mit den Bewohnern des zweiten instandbesetzten Hauses in Kiel

Am 6. März besetzten junge Leute das 1. und 4. Obergeschoß des Hauses Herzog-Friedrich-Straße 21 in der Kieler Innenstadt. Das 2. und 3. Geschoß ist noch an Wohngemeinschaften vermietet. Von den Besitzern – jetzt die Stadt – ist das Haus systematisch heruntergewirtschaftet worden. Der Fassade und den riesigen, fast herrschaftlichen Wohnungen sieht man an, daß dieses Haus ursprünglich direkt prächtig gewesen sein muß. Aber bestimmt seit 20 Jahren haben die Besitzer nichts mehr daran gemacht, das sieht man schon im Treppenhaus; Kaputtbesitzer, das ist schon mehr als ein Spruch.

Frage: Warum habt ihr die Wohnungen hier besetzt, warum könnt ihr nicht irgendwo zur Miete wohnen? Was habt ihr vor der Besetzung schon alles versucht?

Besetzer: „Wir haben ein halbes Jahr
gesucht; für eine Wohngemeinschaft mit vier Leuten wären wir bereit gewesen, bis zu 1000 Mark Miete zu zahlen. Angebote gab's aber erst so für 1300 Mark." „Studentenwohnheim ist auch keine Alternative, die Zimmer sind winzig und kosten auch schon zwischen 150 und 180 Mark. Außerdem möchte ich nicht in so einem Getto leben, wo bloß Studenten wohnen." „Einzelzimmer gibt es schon, diese Garanta-Wohnklos für 250 Mark, aber das taugt doch in keiner Hinsicht. Schließlich wollen wir ja auch zusammen leben, gemeinsam." „In der Lage, daß sie keine ausreichend große und bezahlbare Wohnung finden, sind ja nicht nur die Wohngemeinschaften; so geht es doch allen sozial Schwachen, den Familien, den Auszubildenden, Studenten oder Schülern."

Frage: Wie sind eure finanziellen Verhältnisse? Was habt ihr vorher für die Miete bezahlt?

Besetzer: „Meistens muß man am Stadtrand wohnen. Ich zum Beispiel hab' in Kronsburg gewohnt, zu viert für 600 Mark kalt. Mit Heizung und so kam jeder auf 250 Mark monatlich." „Ich hab' allein gewohnt, möbliert." „Ich in einer WG am Wilhelmsplatz, 3 Zimmer für 500 Mark, kein warmes Wasser, keine Dusche." Die, die ich fragen konnte, verfügten alle über ungefähr 600 Mark im Monat.

Frage: Was hört ihr von der Stadt? Die ganze Gegend hier um den Bahnhof soll doch abgerissen und mit Kaufhäusern oder Hotels neu bebaut werden?

Besetzer: „Wir haben den Wohnungsdezernenten Lüth, Stadtbaurat Bartels und den Leiter des Liegenschaftsamtes eingeladen. Gekommen ist keiner. Dabei hat Lüth sich bisher immer beschwert, daß er von den Besetzern des Sophienhofes nie eingeladen wurde. Die Stadt hat uns auf den Rechtsbruch hingewiesen und uns aufgefordert, die sogenannten demokratischen Spielregeln wie Wahlen und dergleichen einzuhalten. Am Bebauungsplan wäre angeblich nichts mehr zu ändern."

Frage: Schafft ihr euer Ziel, das Haus tatsächlich wieder instand zu setzen?

Besetzer: „Von innen, ja. Es ist unheimlich viel Arbeit, weil wir alles selber machen müssen. Im Moment kommen wir zu gar nichts anderem." „Aber dadurch, daß wir viel gebrauchtes Material nehmen, Fensterscheiben, Rohre, Fußbodenbretter usw., können wir viel sparen." „In der Woche, wo wir hier wohnen, hat jeder bestimmt im Schnitt 50 Mark ausgegeben für Baumaterial."

Frage: Was könnt ihr zu dem Sanierungsbeirat für dieses Gebiet hier sagen?

Besetzer: „Da tut sich nichts. Nach unseren Informationen hat er die Betroffenen praktisch überhaupt nicht informiert. Irgendein Widerstand geht von ihm jedenfalls nicht aus. Entscheidungsbefugnis hat er keine." „Er ist ein Feigenblatt, mehr nicht." „Es ist ja noch nicht mal klar, wie die Stadt das Gelände hier anders verwenden will. Da laufen verschiedene Architektenwettbewerbe. Ich glaube überhaupt, daß die Stadt es sich in so einer Lage nicht leisten kann, abzureißen, weil durch die Besetzung dieser beiden Häuser hier auch die Bevölkerung ziemlich aufmerksam geworden ist." „Was man gegen die Abrißdrohung machen kann? - Vor allem mehr Öffentlichkeitsarbeit." „Und, daß noch mehr leerstehende Häuser besetzt werden."

Frage: Unter welchen politischen Forderungen führt ihr euren Kampf, worauf habt ihr euch geeinigt?

Besetzer: „Wir fordern, daß aller leerstehender Wohnraum freigegeben wird. Mit dem Abriß von Altbauten und billigem Wohnraum auf Kosten der Wohnungssuchenden muß Schluß gemacht werden. Wir sind auch gegen diese menschenfeindliche Sorte von ‚sozialem Wohnungsbau' in so Trabantenstädten wie Mettenhof. Verkehrsplanung auf Kosten von Wohnraum lehnen wir ab. Wir sind absolut gegen die Kriminalisierung von Häuserkämpfern und verlangen die sofortige Freilassung aller inhaftierten Häuserkämpfer."

Streiks, Kundgebungen, Demonstrationen der IG Metall in Schleswig-Holstein

Interview mit einer Beschäftigten von O&K, Lübeck

Du bist bei Orenstein & Koppel in Lübeck und hast am Warnstreik in Lübeck teilgenommen. Wie ist das bei euch abgelaufen?

Ich habe erstmals am Donnerstag vom geplanten Warnstreik und der Kundgebung gehört. Am Montag morgen wurde dann die Kundgebung auf dem Kohlmarkt um 13 Uhr in einem Flugblatt angekündigt und auch, daß Busse von den größten Betrieben, wie Dräger, O&K, Flender-Werft, vom Werk dahin fahren würden. Aus meiner Abteilung sind fast alle IGM-Mitglieder gefahren und auch einige von der DAG, obwohl diese nicht offiziell dazu aufgerufen hatte. Nach Kundgebungsschluß gegen 14 Uhr sind nur wenige Kollegen wieder an den Arbeitsplatz zurückgekehrt. Einige sind auch noch nach Timmendorf mitgefahren, wo am Abend die Verhandlungen für den Nordverbund weitergeführt werden sollten, nachdem auf der Kundgebung dazu aufgerufen wurde, dort „Spalier" zu stehen und zu zeigen, daß die Gewerkschaft hinter ihren Forderungen steht.

Was meinen die Kollegen über die Möglichkeit zur Durchsetzung der aufgestellten Forderung?

Bei den meisten ist klar, daß jede Forderung über 4-5 % nur mit einem langen Streik durchzusetzen ist. Darüber, daß 2,5 % unannehmbar sind, sind sich alle einig, aber ab 4 % scheiden sich die Geister. Manche halten sich als mögliches Ergebnis an den Abschluß der IG Bau, der umgerechnet auf die Löhne im Metallbereich und mit allen dort erreichten zusätzlichen Verbesserungen für uns ca. 6,7 % bedeuten würde, wie der Redner auf der Kundgebung vorrechnete. Er bekam aber auch Buh-Rufe, als er ein „annehmbares Ergebnis" und nicht ausdrücklich die geforderten 7,7 % ins Auge faßte.

Welche Rolle spielt die aufgestellte Mindestforderung von 125,-DM bei euch in der Diskussion?

Schon seit längerem wurden wir in Flugblättern und der IGM-Zeitung über die Lage vor allem der Frauen in den unteren Lohngruppen, den sog. „Leichtlohngruppen", informiert, und darüber, was ein 2,5 %-Abschluß für diese bedeutet. Daher findet die Forderung nach Abschaffung der unteren Lohngruppen und 125,-DM mindestens viel Zustimmung. Auch auf der Kundgebung bekam Redner Harder besonders viel Beifall, als er für diese Forderungen eintrat, nachdem er noch

lier" zu stehen und zu zeigen, daß die Gewerkschaft hinter ihren Forderungen steht.

Was meinen die Kollegen über die Möglichkeit zur Durchsetzung der aufgestellten Forderung?

Bei den meisten ist klar, daß jede Forderung über 4-5 % nur mit einem langen Streik durchzusetzen ist. Darüber, daß 2,5 % unannehmbar sind, sind sich alle einig, aber ab 4 % scheiden sich die Geister. Manche halten sich als mögliches Ergebnis an den Abschluß der IG Bau, der umgerechnet auf die Löhne im Metallbereich und mit allen dort erreichten zusätzlichen Verbesserungen für uns ca. 6,7 % bedeuten würde, wie der Redner auf der Kundgebung vorrechnete. Er bekam aber auch Buh-Rufe, als er ein „annehmbares Ergebnis" und nicht ausdrücklich die geforderten 7,7 % ins Auge faßte.

Welche Rolle spielt die aufgestellte Mindestforderung von 125,-DM bei euch in der Diskussion?

Schon seit längerem wurden wir in Flugblättern und der IGM-Zeitung über die Lage vor allem der Frauen in den unteren Lohngruppen, den sog. „Leichtlohngruppen", informiert, und darüber, was ein 2,5 %-Abschluß für diese bedeutet. Daher findet die Forderung nach Abschaffung der unteren Lohngruppen und 125,-DM mindestens viel Zustimmung. Auch auf der Kundgebung bekam Redner Harder besonders viel Beifall, als er für diese Forderungen eintrat, nachdem er noch
einmal ausführlich auf deren Lage eingegangen war.



Montag, 9.3.: In *Lübeck* demonstrierten über 3000 Metaller der Betriebe O&K, Dräger, Flender, Schlichting, Winter-Metall vom Gewerkschaftshaus zur Kundgebung auf dem Kohlmarkt. Nach der Kundgebung fuhren Delegationen nach Timmendorf zu den Verhandlungen.





Mittwoch, 11.3.: 80% der Belegschaft von HDW *Kiel* streikt. 3500 demonstrieren vom Haupttor zum Vinetaplatz in Gaarden, die Belegschaft von Siemens in Gaarden schließt sich an. In Dietrichsdorf findet eine Kundgebung mit 400 Teilnehmern des dortigen Werkteils statt. Am Freitag streikt ab 14 Uhr die Beleg-





Mittwoch, 11.3.: 80% der Belegschaft von HDW Kiel streikt. 3500 demonstrieren vom Haupttor zum Vinetaplatz in Gaarden, die Belegschaft von Siemens in Gaarden schließt sich an. In Dietrichsdorf findet eine Kundgebung mit 400 Teilnehmern des dortigen Werkteils statt. Am Freitag streikt ab 14 Uhr die Beleg-schaft von MaK in Friedrichsort. Über 2000 Arbeiter demonstrieren durch den Stadtteil zur Kundgebung am Stettiner Platz.

Die Taktik der IG Metall ist wirkungsvoll

Kampffront der Belegschaften verstärkt – Kapitalisten uneins

pes. Wohl insgesamt über 12000 Metaller beteiligten sich an den Kundgebungen und Demonstrationen der IGM in der vergangenen Woche in Schleswig-Holstein. Die Zahl der Streikenden liegt wesentlich höher. Alle Kundgebungen wurden nach der Mittagspause abgehalten und nur wenige kehrten bis Feierabend in die Betriebe zurück. Berichteten die „Lübecker Nachrichten" am Montag noch hoffnungsvoll „Durchbruch im Norden möglich" und meinte damit ein Nachgeben der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten, so wurden die „Stimmen" zum Wochenende pessimistischer. Kein Wunder, denn diese Streiks, verbunden mit öffentlichen Kundgebungen, beweisen die Kampfkraft der Arbeiter.

Seit 10 Jahren hat es in Schleswig-Holstein eine solche Welle der Streiks und der Mobilisierung der Belegschaften nicht mehr gegeben. Auf sämtlichen Kundgebungen wurden die Forderungen kompromißlos bekräftigt, die Streikbereitschaft erklärt und die Solidarität mit dem Kampf gegen die unteren Lohngruppen erklärt.

Die Taktik der IGM ist es, mit diesen Kämpfen die bislang hartnäckig auftretenden Kapitalisten weichzukochen und die Spaltung in deren Reihen zu säen. Die Kapitalisten reagieren allergisch. Sie schwätzen von Unrechtmäßigkeit der Kampfmaßnahmen, sie wollten „alle juristischen Schritte" prüfen, sie versuchen Einschüchterung mit Kündigungen wie bei Osterloh in Lübeck und anderen Betrieben. Sie sind augenscheinlich überrascht.

Ihre gesamte Hetze gegen den Lohnkampf hat sich bis jetzt als wirkungslos erwiesen, und die öffentlichen Demonstrationen tragen ihren Teil dazu bei, die Solidarität der Bevölkerung mit dem Kampf der Metaller zu verstärken. In Kiel war halb Gaarden auf den Beinen, auffällig war z.B. die freundliche, ja freudige Begleitung der Demonstrationen durch die Polizei, die Flugblätter werden gelesen – nur die Kapitalisten murren vor sich hin. Sie sind im Augenblick auch nicht fähig, eine neue Offensive über ihre Medien zu starten. Jeden Tag wurde in den Zeitungen gemeldet, man stünde kurz vor dem Abschluß: in Hessen oder Timmendorf. In Lübeck wurden Polizeihundestaffeln eingesetzt, um den Gewerkschaftern den Zutritt zum Verhandlungshaus zu versperren. In Stuttgart verließen die Kapitalisten schmollend den Verhandlungssaal, als Steinkühler erklärt, er fände es gut, wenn die Kollegen kämen und die Verhandlungskommission unterstützten. Wenn das Haupttransparent auf allen Demonstrationen hieß: *„Macht den Unternehmern Dampf – die Bosse wollen Klassenkampf"*, dann ist das richtig, und wenn in Neumünster der IGM-Vorsitzende Sepp Hienstorfer feststellte, die Zeiten der Sozialpartnerschaft seien vorbei, ist das Ausdruck der wachsenden Erkenntnis innerhalb der Arbeiterbewegung, daß es darauf ankommt, die selbständigen Interessen der Klasse zur Geltung zu bringen, anstatt im Taumel von Sozialpartnerschaft unterzugehen.

Nach Angaben von' Alfred Prezewowsky aus Kiel sind schon einige Kapitalisten zu Angeboten zwischen 5 und 6 % gekommen. Das zeigt, daß die Front der Kapitalisten löchrig ist. Vorbereitung von Vollstreiks und die notwendige verstärkte Solidarität der anderen Abteilungen der Arbeiterklasse, insbesondere aus dem Öffentlichen Dienst, werden weitere Wirkung zeigen. Noch fühlen sich die Kapitalisten „gepiesackt", denn sie sind machtlos, Aussperrungseifer nützt auch nichts. Wird noch ein Zahn zugelegt, trifft es sie, und die Bedingungen, einen ordentlichen Abschluß zu erzielen, sind gut.

Türkisch-deutsche Woche in Kiel

Vom 7. bis 15. März hat in Kiel die türkisch-deutsche Woche stattgefunden. Sie wurde veranstaltet vom Volkshaus, AliBaba, dem Türkischen Arbeitnehmerverein und dem progressiven Volksverein. Neben einer Vielzahl von kulturellen Veranstaltungen wurden Diskussionsabende zu den Themen: ,,Lage der ausländischen Arbeiter'', ,,Ausbildungssituation und Pädagogik für ausländische Kinder und Jugendliche'', ,,Kommunales Wahlrecht für Ausländer'' durchgeführt. An den Veranstaltungen haben zwischen 25 und 60 Leute teilgenommen. Die Veranstaltungen boten eine gute Gelegenheit, Genaueres über die Lage der ausländischen Arbeiter zu erfahren. Zu den wichtigsten Fragen haben wir hier Stellung genommen.

Türkische Koran-Schulen in der BRD

Extremistisch-islamische Sekten predigen die Spaltung

reh. Gegenstand der Veranstaltung am Donnerstag war die Arbeitssituation der türkischen Arbeiter und die Koranschulen in der BRD. Referent dazu war Mete Atsu vom Türkischen Zentralbüro beim DGB-Bundesvorstand. Gerade einen Tag zuvor hatten türkische HDW-Kollegen einen maximalen Beitrag zur Türkisch-Deutschen Woche geleistet: mit einer starken Beteiligung an der Demonstration in Gaarden (s.S. 13) hatten sie unter Beweis gestellt, daß türkische und deutsche Arbeiter im Kampf um ihre Interessen fest zusammenstehen.

Wahrscheinlich ist es auch Folge der großen Beteiligung an den gewerkschaftlichen Kämpfen der vergangenen Jahre und des hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrades (der 1979 mit 48,5% bereits über dem der deutschen Kollegen lag), die Atsu zu der Einschätzung veranlaßte, die betrieblichen Probleme (als türkische Sonderprobleme) seien zum größten Teil gelöst.

Große Probleme gäbe es dagegen im außerbetrieblichen Bereich. Hier wären nach wie vor zwischen deutschen und türkischen Bevölkerungsteilen starke Vorurteile vorhanden. Atsu kritisierte, daß seine türkischen Landsleute in übertriebenem Maße an ihren nationalen Gewohnheiten in der BRD festhielten. Das würde die Verbindung zwischen Türken und Deutschen häufig erschweren.

Geschürt würde dieser überzogene Nationalismus durch extreme islamische Sekten, die in ihren Koran-Schulen und Moscheen offen gegen Deutsche und ,,Ungläubige'' (alle, die nicht islamischen Glaubens sind) aufhetzten. Es sei ein Fehler der Gewerkschaften gewesen, gegen diese Gruppierungen nicht offen und entschieden (wie gegen die Faschisten) aufgetreten zu sein. Die extremistisch-islamischen Sekten seien gefährlicher als die faschistischen, weil sie sich als unpolitisch ausgeben und dadurch ungleich größeren Einfluß hätten.

Eine Studie des DGB-Bundesvorstands untersucht dieses Problem. Sie wird seit einem Jahr intern gehalten, soll jetzt aber veröffentlicht werden – höchste Zeit. Nach dieser Studie ist für die türkischen Kollegen die religiöse Betätigung in der BRD nur schwer möglich. Es gibt keine offiziellen Moscheen und keine Möglichkeit des Koran-Unterrichts an den Schulen in Westdeutschland. Diese Lage wird von einigen Sekten genutzt. Die größte von ihnen, die Süleyman-Sekte, hat in der BRD über 150 Zweigstellen, die über das ,,Islamische Kulturzentrum'' in Köln organisiert sind. Äußerungen ihrer Imams (Prediger) in der Sektenzeitung ,,Anadolu'' lassen erahnen, was in den Gebetsstunden und Koran-Kursen an Hetztiraden losgelassen wird:

,,Das türkische Volk ist ein Herrenvolk...''; ,,Ein Deutscher hat keine äußerliche Reinheit, weil der Wein, Schnaps und Bier trinkt und Schweinefleisch ißt. Innerliche Reinheit besitzt er sowieso nicht...''; ,,Es ist nicht gestattet, daß ein Gläubiger einen Ungläubigen liebt (gemeint ist, Freundschaft schließen). Der Koran befielt es so ganz offen.'' Auszug aus einem Lehrbuch dieser Sekte für Kinder: ,,Frage 50: Welche Strafe verdient jemand, der nicht nach dem Gründer unserer Konfession dem Oberpriester Ebu Hanafi betet? Antwort: Er ist zu verprügeln, bis Blut aus seinem Körper fließt.''

Die Sülemanisten behaupten, daß die Koran-Kurse die einzigen und ausreichenden Lehrquellen bzw. Schulen sind. Seit Beginn des Schuljahres 79/80 haben sich in der BRD Fälle gehäuft, in denen türkische Schüler dem Schulunterricht fernblieben, mit der Begründung, sie würden vormittags einen Koran-Kurs besuchen.

In Belgien und Österreich soll es diese Erscheinungen nicht geben. In diesen Ländern wird der Islam als Religion offiziell anerkannt. Folgerichtig fordert der DGB, daß an westdeutschen Schulen Koranunterricht für türkische Jugendliche erteilt wird und das dieser Unterricht durch religiöse Beauftragte des Nationalen Erziehungsamtes der Türkei erteilt wird.



,,Pädagogik mit ausländischen Kindern''

Modell interkultureller Erziehung

abc. Eingeladen hatte die Pojektgruppe ausländischer Arbeitnehmer, zu der das Kinderhaus Ali Baba gehört. Zu den ca. 80 Veranstaltungsteilnehmern zählten der Türkische Arbeitnehmerverein, türkische Mitbürger und eine große Zahl von Beschäftigten aus pädagogischen Einrichtungen. Über ihre Arbeit und Erfahrung berichteten Mitarbeiter des Kinderhauses Itzehoe, der Projektgruppe ausländische Arbeitnehmer Flensburg, Ali Baba und das Türkisch-Deutsche Volkshaus. Es zeigte sich, daß alle Einrichtungen im zähen Kampf mit den Kommunen und Verbänden um finanzielle Unterstützung und Planstellen entstanden sind. Die Projektgruppe Flensburg begann in einem alten Pferdestall, die Itzehoer in einer leerstehenden Infektionsbaracke mit überwiegend ehrenamtlichen Mitarbeitern. Im Türkisch-Deutschen Volkshaus und im Jugendtreff Gaarden wurden erst jetzt Stellen für je einen türkischen Mitarbeiter geschaffen. Bei den Haushaltsberatungen zum Kieler Stadthaushalt 1981 sollten die Zuschüsse für Ali Baba wieder gestrichen werden, nur durch noch zufällig vorhandene Gelder traf dies nicht ein.

Zur Pädagogik mit ausländischen Kindern stellte die Projektgruppe ausländische Arbeitnehmer Kiel das Modell interkultureller Erziehung vor. Dieses Modell sieht vor, die türkische und deutsche Kultur und Sprache gleichberechtigt zu fördern und zu vermitteln. Für Kindergarten, Vorschule und Schule bedeutet dies, daß türkische Kinder in Türkisch als Muttersprache und Deutsch als Zweitsprache unterrichtet werden. Für deutsche Kinder sollte die Möglichkeit geschaffen werden, Türkisch als erste Fremdsprache zu erlernen. Dies wäre *eine* Voraussetzung, um gleiche Ausbildungsbedingungen für deutsche und ausländische Kinder zu schaffen. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß dieses an sich gute Konzept in starkem Widerspruch zu der Realität der herrschenden Ausländerpolitik steht und der Staat mit Hilfe der Ausländergesetze die Kultur und das Nationalgefühl der Ausländer mit Füßen tritt. Eine Teilnehmerin sagte: ,,Wie sollen Türken hier Sicherheit bekommen, wenn sie sich laufend beim Ordnungsamt melden müssen?'' Zu wenig wurde auf der Veranstaltung herausgestellt, daß der Kampf um eine gleiche Ausbildung mit der Durchsetzung gleicher Rechte für Ausländer eng verbunden ist.

Der DGB hat in seinem Bundeskongreß 1978 richtige Forderungen zur Ausbildung ausländischer Kinder erarbeitet, die es durchzusetzen gilt:

– Alle ausländischen Kinder haben ein Anrecht darauf, gemeinsam mit deutschen Kindern, kostenlos an der Elementarerziehung teilzunehmen.
– Grundsätzlich gilt: Ausländische Kinder werden in Regelklassen gemeinsam mit den deutschen Kindern unterrichtet und erhalten zusätzlich einen festgelegten Unterrichtsanteil in ihrer Muttersprache.
– Kinder, bei denen nachgewiesen wird, daß ihre Deutschkenntnisse zur Teilnahme am Unterricht nicht ausreichen, werden in Vorbereitungsklassen unterrichtet. (Die Schülerzahl in den Vorbereitungsklassen darf 15 nicht überschreiten.)
– Der Muttersprachenunterricht ist zusätzliches Pflichtfach (5 Stunden pro Woche) und im Stundenplan integriert.
– Berufsschule: Neben dem Berufsschulunterricht werden muttersprachlicher Unterricht und Kenntnisse über das Heimatland angeboten.
– Abschlüsse: Für ausländische Jugendliche, die mit 13 bis 16 Jahren nach Deutschland kommen, ist durch Fördermaßnahmen sicherzustellen, daß sie einen Schulabschluß erreichen, der eine qualifizierte Berufsausbildung ermöglicht.

Zur Geschichte der Türkei

frn. Das alte Osmanische Reich trug noch einen feudalen Charakter, als im 19. Jahrhundert die Kolonialmächte England, Frankreich und Rußland damit begannen, ihre Fühler auf die anatolische Halbinsel auszustrecken. Die Großgrundbesitzer, die Sultane, preßten die Bauern über ein ausgefeiltes System von Zehnt und Steuern rücksichtslos aus und segneten diese Verhältnisse mit der islamischen Religion ab. Schon immer hatten die russischen Zaren gegenüber dem Osmanischen Reich besondere Interessen. Die Meerengen zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer waren in ihren Augen der ,,Schlüssel unseres Hauses''.

Nicht nur das reichhaltige Vorkommen von Rohstoffen wie Aluminium, Chrom, Bauxit, Mangan, Nickel, Wolfram, Uran, Blei, Zink, Kupfer, Erdöl usw. machte dieses Land zu einem begehrten Objekt der Kolonisation, sondern auch die strategische Lage, die den Zugang zum Nahen und Mittleren Osten sowie zum Mittelmeer eröffnet. 1876 mußte der osmanische Staat aufgrund vollständiger Verschuldung gegenüber den kapitalistischen Ländern den Bankrott erklären, womit das Finanzwesen und die Staatsgeschäfte endgültig unter Kontrolle der europäischen Bankiers und Kapitalisten geraten waren.

Das Deutsche Reich, das in bezug auf Kolonialpolitik ein Nachzügler war, hatte gemäß seiner traditionellen Expansionsrichtung gen Osten ebenfalls seine Liebe für die Türkei entdeckt. Es gelang dem deutschen Kaiser, sich den Sultan willfährig zu machen.

Die türkische Republik 1923 – 1945

Nach dem ersten Weltkrieg, den die Türkei an der Seite Deutschlands mit kruppschen Kanonenrohren führen mußte, erstarkte im Land die Bewegung für nationale Unabhängigkeit. Die russische Revolution und der Friedensvertrag von Sèvres (1920), in dem die Siegermächte erhebliche Gebietsabtretungen diktierten, beförderten den nationalen Widerstand weiter. Nachdem die nationaldemokratische Bewegung unter Führung von *Kemal Atatürk* schon zuvor eine provisorische Regierung gebildet hatte, wurde das alte System 1923 beseitigt und die Republik ausgerufen. Unter Atatürk wurde eine radikale Säkularisierungspolitik eingeleitet, die sich gegen den Islam richtete, der für die Rückständigkeit des Landes verantwortlich gemacht wurde. Das Sultanat und das geistliche Amt des Kalifats wurden abgeschafft. Der ,,Kemalismus'' setzte die Stärkung der türkischen Nation über alle anderen Ziele, leugnete dabei aber ausdrücklich alle Klassenwidersprüche und bekämpfte selbständige Regungen der Arbeiterklasse. Auf der Grundlage von weitgehender staatlicher Lenkung

Man wollte Arbeitskräfte holen,

zeitlich begrenzt und kann wegen verschlechterter Arbeitsmarktlage widerrufen werden.

erreicht ist und keine Aussicht auf weitere profitable Verwendung besteht, werden sie ausgewiesen. Keine Frage,

schen Kollegen lag), die Atsu zu der Einschätzung veranlaßte, die betrieblichen Probleme (als türkische Sonderprobleme) seien zum größten Teil gelöst.

Große Probleme gäbe es dagegen im außerbetrieblichen Bereich. Hier wären nach wie vor zwischen deutschen und türkischen Bevölkerungsteilen starke Vorurteile vorhanden. Atsu kritisierte, daß seine türkischen Landsleute in übertriebenem Maße an ihren nationalen Gewohnheiten in der BRD festhielten. Das würde die Verbindung zwischen Türken und Deutschen häufig erschweren.

Geschürt würde dieser überzogene Nationalismus durch extreme islamische Sekten, die in ihren Koran-Schulen und Moscheen offen gegen Deutsche und ,,Ungläubige'' (alle, die nicht islamischen Glaubens sind) aufhetzten. Es sei ein Fehler der Gewerkschaften gewesen, gegen diese Gruppierungen nicht offen und entschieden (wie gegen die Faschisten) aufgetreten zu sein. Die extremistisch-islamischen Sekten seien gefährlicher als die faschistischen, weil sie sich als unpolitisch ausgeben und dadurch ungleich größeren Einfluß hätten.

Eine Studie des DGB-Bundesvorstands untersucht dieses Problem. Sie

Schnaps und Bier trinkt und Schweinefleisch ißt. Innerliche Reinheit besitzt er sowieso nicht...''; ,,Es ist nicht gestattet, daß ein Gläubiger einen Ungläubigen liebt (gemeint ist, Freundschaft schließen). Der Koran befielt es so ganz offen.'' Auszug aus einem Lehrbuch dieser Sekte für Kinder: ,,Frage 50: Welche Strafe verdient jemand, der nicht nach dem Gründer unserer Konfession dem Oberpriester Ebu Hanafi betet? Antwort: Er ist zu verprügeln, bis Blut aus seinem Körper fließt.''

Die Sülemanisten behaupten, daß die Koran-Kurse die einzigen und ausreichenden Lehrquellen bzw. Schulen sind. Seit Beginn des Schuljahres 79/80 haben sich in der BRD Fälle gehäuft, in denen türkische Schüler dem Schulunterricht fernblieben, mit der Begründung, sie würden vormittags einen Koran-Kurs besuchen.

In Belgien und Österreich soll es diese Erscheinungen nicht geben. In diesen Ländern wird der Islam als Religion offiziell anerkannt. Folgerichtig fordert der DGB, daß an westdeutschen Schulen Koranunterricht für türkische Jugendliche erteilt wird und das dieser Unterricht durch religiöse Beauftragte des Nationalen Erziehungsamtes der Türkei erteilt wird.

Die Projektgruppe Flensburg begann in einem alten Pferdestall, die Itzehoer in einer leerstehenden Infektionsbaracke mit überwiegend ehrenamtlichen Mitarbeitern. Im Türkisch-Deutschen Volkshaus und im Jugendtreff Gaarden wurden erst jetzt Stellen für je einen türkischen Mitarbeiter geschaffen. Bei den Haushaltsberatungen zum Kieler Stadthaushalt 1981 sollten die Zuschüsse für Ali Baba wieder gestrichen werden, nur durch noch zufällig vorhandene Gelder traf dies nicht ein.

Zur Pädagogik mit ausländischen Kindern stellte die Projektgruppe ausländische Arbeitnehmer Kiel das Modell interkultureller Erziehung vor. Dieses Modell sieht vor, die türkische und deutsche Kultur und Sprache gleichberechtigt zu fördern und zu vermitteln. Für Kindergarten, Vorschule und Schule bedeutet dies, daß türkische Kinder in Türkisch als Muttersprache und Deutsch als Zweitsprache unterrichtet werden. Für deutsche Kinder sollte die Möglichkeit geschaffen werden, Türkisch als erste Fremdsprache zu erlernen. Dies wäre *eine* Voraussetzung, um gleiche Ausbildungsbedingungen für deutsche und ausländische Kinder zu schaffen. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß

Ausbildung ausländischer Kinder erarbeitet, die es durchzusetzen gilt:

– Alle ausländischen Kinder haben ein Anrecht darauf, gemeinsam mit deutschen Kindern, kostenlos an der Elementarerziehung teilzunehmen.
– Grundsätzlich gilt: Ausländische Kinder werden in Regelklassen gemeinsam mit den deutschen Kindern unterrichtet und erhalten zusätzlich einen festgelegten Unterrichtsanteil in ihrer Muttersprache.
– Kinder, bei denen nachgewiesen wird, daß ihre Deutschkenntnisse zur Teilnahme am Unterricht nicht ausreichen, werden in Vorbereitungsklassen unterrichtet. (Die Schülerzahl in den Vorbereitungsklassen darf 15 nicht überschreiten.)
– Der Muttersprachenunterricht ist zusätzliches Pflichtfach (5 Stunden pro Woche) und im Stundenplan integriert.
– Berufsschule: Neben dem Berufsschulunterricht werden muttersprachlicher Unterricht und Kenntnisse über das Heimatland angeboten.
– Abschlüsse: Für ausländische Jugendliche, die mit 13 bis 16 Jahren nach Deutschland kommen, ist durch Fördermaßnahmen sicherzustellen, daß sie einen Schulabschluß erreichen, der eine qualifizierte Berufsausbildung ermöglicht.

war, hatte gemäß seiner traditionellen Expansionsrichtung gen Osten ebenfalls seine Liebe für die Türkei entdeckt. Es gelang dem deutschen Kaiser, sich den Sultan willfährig zu machen.

Die türkische Republik 1923 – 1945

Nach dem ersten Weltkrieg, den die Türkei an der Seite Deutschlands mit kruppschen Kanonenrohren führen mußte, erstarkte im Land die Bewegung für nationale Unabhängigkeit. Die russische Revolution und der Friedensvertrag von Sèvres (1920), in dem die Siegermächte erhebliche Gebietsabtretungen diktierten, beförderten den nationalen Widerstand weiter. Nachdem die nationaldemokratische Bewegung unter Führung von *Kemal Atatürk* schon zuvor eine provisorische Regierung gebildet hatte, wurde das alte System 1923 beseitigt und die Republik ausgerufen. Unter Atatürk wurde eine radikale Säkularisierungspolitik eingeleitet, die sich gegen den Islam richtete, der für die Rückständigkeit des Landes verantwortlich gemacht wurde. Das Sultanat und das geistliche Amt des Kalifats wurden abgeschafft. Der ,,Kemalismus'' setzte die Stärkung der türkischen Nation über alle anderen Ziele, leugnete dabei aber ausdrücklich alle Klassenwidersprüche und bekämpfte selbständige Regungen der Arbeiterklasse. Auf der Grundlage von weitgehender staatlicher Lenkung

wurde eine relativ erfolgreiche Industrialisierungspolitik eingeleitet, der Grundbesitz auf dem Land jedoch nicht angetastet.

Die Kette der Militärputsche 1960, 1971, 1980 ist nur Ausdruck der Unfähigkeit der herrschenden Klassen in der Türkei unter ,,normalen'' Bedingungen mit der antiimperialistischen Bewegung der Volksmassen fertig zu werden. Bei allen Schwierigkeiten, die diese Bewegung – insbesondere in der Bewältigung der Frage des Islam – hat, ist sie auch mit blutigsten Terror nicht kleinzukriegen.

Vordringlich bleibt: Die nationale Revolution

Die Macht der Grundbesitzer, Wucherer, Kaufleute und auch der Geistlichkeit blieben so erhalten, während sich zugleich eine bürgerliche Klasse herausbildete. Unter dem Druck dieser Klassen wie unter dem äußeren Druck der USA wurde das Land nach dem zweiten Weltkrieg dem ausländischen Kapital geöffnet. Folgerichtig trat die Türkei 1952 der NATO bei. Durch die jahrzehntelange Zersetzung durch ausländisches Kapital ist die Türkei heute wirtschaftlich wie politisch selbständig nicht handlungsfähig.

Die Kette der Militärputsche 1960, 1971, 1980 ist nur Ausdruck der Unfähigkeit der herrschenden Klassen in der Türkei unter ,,normalen'' Bedingungen mit der antiimperialistischen Bewegung der Volksmassen fertig zu werden. Bei allen Schwierigkeiten, die diese Bewegung – insbesondere in der Bewältigung der Frage des Islam – hat, ist sie auch mit blutigstem Terror nicht kleinzukriegen.

Man wollte Arbeitskräfte holen, es sind leider Menschen gekommen

Veranstaltung zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer

ang. Mit obigem Satz hat ein türkischer Arbeiter ausgesprochen, daß die ausländischen Arbeiter es sich nicht gefallen lassen, als billigste Arbeitskräfte ohne jegliche Rechte, aber mit fast allen Pflichten ausgebeutet zu werden.

Es war die letzte politische Veranstaltung im Rahmen der türkisch-deutschen Woche mit dem Thema ,,Kommunales Wahlrecht für Ausländer''. Geladen waren sämtliche bürgerlichen Parteien, gekommen war nur die FDP und ein Vertreter der SPD Gaarden. Die FDP-Vertreterin rühmte sich, daß ihre Partei schon lange für das kommunale Wahlrecht für Ausländer eintrete, die CDU-Mehrheit seine Einführung aber verhindere. Geflissentlich verschwiegen hat sie dabei, daß die FDP und SPD dieses Recht nur *nr Ausländer aus EGqMitgliedsst)aten beantragt haben; als das angegriffen wurde, wußte sie zu ihrer Verteidigung nichts zu sagen.

Die Veranstaltung, zu der zwischen 25 und 30 Leute – vorwiegend Türken – gekommen waren, wurde zu einem Tribunal gegen die elende Lage, in die die Masse der ausländischen Arbeiter gepreßt wird, und gegen die Auswirkungen des Ausländergesetzes mit all seinen schikanösen Regelungen. Ein Türke sagte sinngemäß: Kommunales Wahlrecht ist gut, brauchen wir, das Ausländergesetz darf aber nicht aus dem Spiel gelassen werden. Was ist es für ein Zustand, daß das Fahren ohne Führerschein Ausweisungsgrund ist?

Die FDP-Vertreterin sagte daraufhin, das Ausländergesetz sei zu einer Zeit beschlossen, in der noch nicht klar gewesen sei, daß die Ausländer so lange in Westdeutschland blieben, und welche Probleme dadurch entständen. In Wirklichkeit ist das Ausländergesetz gerade ein Instrument für den imperialistischen Staatsapparat, unter den Ausländern auszuwählen, die einen hereinzulassen, die anderen hinauszuwerfen, die Ausländer eine zeitlang der Ausbeutung auszuliefern, um sie dann wieder abzuschieben, je nach ökonomischen oder politischen Interessen: So müssen ausländische Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern, wenn sie länger als 3 Monate in Westdeutschland bleiben wollen oder hier arbeiten, eine Aufenthaltserlaubnis einholen. Nach § 2 des Ausländergesetzes darf die erteilt werden, ,,wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik nicht beeinträchtigt ...'' Diese Generalklausel ermöglicht der Ausländerbehörde, unter praktisch beliebiger Heranziehung politischer und wirtschaftlicher Belange der BRD die Aufenthaltserlaubnis zu erteilen oder zu verweigern, auf zunächst ein Jahr, später jeweils auf zwei Jahre zu befristen.

Weiter muß seit dem Anwerbestop vom November 73 beim Arbeitsamt individuell eine Arbeitserlaubnis eingeholt werden, über die die Zufuhr ausländischer Arbeitskraft in die jeweils profitlich passenden Berufe und Betriebe gesteuert wird. Sie ist ebenfalls zeitlich begrenzt und kann wegen verschlechterter Arbeitsmarktlage widerrufen werden.

Alle aufenthaltserlaubnispflichtigen Ausländer können nach § 10 des Ausländergesetzes ausgewiesen werden, wobei auch hier das Gesetz so formuliert ist, daß auf jeden Fall ein Grund gefunden werden kann, wenn er gefunden werden soll.

,,Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn 1. er die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der BRD gefährdet, 2. er wegen einer Straftat oder wegen einer Tat verurteilt worden ist, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Straftat wäre, (...) 5. er gegen eine Vorschrift über die Ausübung eines Berufes oder Gewerbes oder einer unselbständigen Erwerbstätigkeit verstößt, (...) 10. er den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten kann oder bestreitet oder 11. seine Anwesenheit erhebliche Belange der BRD aus anderen Gründen beeinträchtigt''.

Insbesondere der Abschnitt 10 (Ausweisung bei Empfang von Sozialhilfe) dokumentiert drastisch die sklavisch-rechtlosen Ausbeutungsbedingungen für die ausländischen Arbeiter: Erst werden sie in eine Lage gepreßt, in der sie nur mit Sozialhilfe ihr Leben sichern können, und wenn dieser Stand erreicht ist und keine Aussicht auf weitere profitable Verwendung besteht, werden sie ausgewiesen. Keine Frage, daß die Ausländer auf der anderen Seite aber verpflichtet sind, die Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zu zahlen.

Völlige Gleichberechtigung von Ausländern, die in der Bundesrepublik leben, die u.E. nur bei obligatorischer Einbürgerung erreicht werden kann, ermöglicht erst, daß deutsche und ausländische Volksmassen gemeinsam den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie führen können. Die Einführung des kommunalen Wahlrechtes ist ein Schritt dahin. Ein wichtiger Schritt, weil gerade auf der Ebene der Kommunen Wohnungs-, Gesundheits-, Ausbildungsfragen entschieden werden, zu denen die Ausländer gegenwärtig z.T. noch nicht einmal gehört werden müssen.

Wie dieses Recht durchsetzen? FDP- und SPD-Vertreter hatten auf der Veranstaltung gleich die passende Antwort parat: ,,Sie müssen sich bei uns organisieren, sagen Sie das auch Ihren Landsleuten, ohne die Parteien geht es nicht!''

,,Wir müssen auf die Straße gehen, wir müssen uns selbst organisieren, wir müssen uns mit dem westdeutschen Volk zusammenschließen'' – war die Antwort der ausländischen Arbeiter, ,,in die Parteien haben wir kein Vertrauen.''

Antrag 869 zum 13. o. Gewerkschaftstag der IG Metall (Antragsteller: Verw.st. Bochum)

,,Um bestehende Benachteiligungen ausländischer Arbeitnehmer zu beseitigen, ist es erforderlich, das Ausländergesetz zu reformieren ... die Generalklauseln wie ,,Belange der Bundesrepublik Deutschland'' (müssen) gestrichen werden ... die Einschränkungen der politischen Betätigung, die einer Gleichstellung entgegenstehen, (müssen) aufgehoben werden, der Empfang von Sozialhilfe (darf) kein Ausweisungsgrund sein. Bis spätestens 1982 soll das aktive Kommunalwahlrecht ... allen ausländischen Arbeitnehmern zuerkannt werden...''

„Leitlinien der Hamburger Wirtschaftspolitik"

1952: „Gemeinhin gilt Hamburg als eine *Handelsstadt* und als ein *Hafen*. Besonders im Binnenland ist diese Meinung verbreitet... Diese Redeweise ist durch die Tatsachen längst überholt. *Hamburg ist seit Generationen auch eine Industriestadt*, deren reale Bedeutung ... nicht hinter der Hafenstadt zurückbleibt ... Gewiß werden einige Beobachter sagen, es erwecke manchmal den Eindruck, als ob *wirtschaftsfördernde Maßnahmen* des Staates ... *hier betont stark auf den Hafen gerichtet seien*. Dieser Eindruck ist in Wirklichkeit durch drei Faktoren bedingt gewesen:

1. Der Hamburger Hafen ist in der Tat immer noch das *Herz des hamburgischen Wirtschaftskörpers:* rund 50% der gesamten Wirtschaftsleistung dieses Stadtstaates sind direkt oder indirekt vom Hafen abhängig... 3. Der Hafen ist unser besonderes Sorgenkind, weil er durch den Eisernen Vorhang vorläufig die Hälfte seines natürlichen europäischen Hinterlandes verloren hat ...
Aber so sehr angesichts dieser Sachlage besondere Maßnahmen für den Hafen notwendig waren, so war gerade aus dieser *Grenzsituation* eine besondere *Industrieförderung* nötig. Aus zwei Gründen: ...

2. Aber die Industrie im ganzen ist doch im Vergleich zum Hafenverkehr weniger von den geographischen Bedingungen des Elbelaufs abhängig. So mußte gerade zum Ausgleich dieser verkehrsmäßigen Nachkriegshypothek die *industrielle Sparte der Hamburgischen Wirtschaft bewußt ausgebaut werden.*" Mit der ersten „Denkschrift zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs" im Jahre 1946 ertönte dieser Ruf nach weiterer Industrialisierung. (Senator Prof. Dr. Karl Schiller, Hamburg und die Industrie, in: Hamburgische Anliegen zur Wirtschafts- und Verkehrspolitik)

1965: „Zur Lage der Hamburger Wirtschaft ... Hamburg ist nicht nur – durch die Spaltung Deutschlands und Europas – von großen Teilen seines traditionellen Hinterlandes getrennt worden. Auch andere Vorgänge – vor allem das Entstehen großer Wirtschaftsblöcke in Europa (EWG, EFTA, COMECON) und die wirtschaftliche Umorientierung der Entwicklungsländer – haben dazu geführt, daß wichtige Handels- und Verkehrsströme in eine für Hamburg nicht immer günstige Richtung umgelenkt wurden...

Maßnahmen der Hamburger Wirtschaftspolitik: Im Mittelpunkt der Hamburger Wirtschaftspolitik werden in den nächsten Jahren unmittelbar wirksame Bemühungen um die Erweiterung und Ergänzung des Hamburger Industriepotentials stehen... Eine produktivitäts- und wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik muß vor allem dort ansetzen, wo der Einsatz knapper Produktionsfaktoren zu *höchstmöglichem Ertrag* führt, und wo darüber hinaus die besten Möglichkeiten für ein *nachhaltiges Wachstum* erkennbar sind. Diese Voraussetzungen sind *am häufigsten* bei Betrieben des *industriellen Sektors* gegeben...
Die Industrieansiedlungspolitik erfordert, daß *beschleunigt* zusätzliche *Arbeitsstättenflächen bereitgestellt* werden. Das Angebot an Gewerbeflächen ist nach Lage, Größe, Verkehrserschließung (Straße, Schiene, Wasser), Energie- und Wasserversorgung und Kanalisation so zu differenzieren, daß es einem breiten Fächer von Spezialwünschen gerecht wird...

Die angespannte *Arbeitsmarktlage ist kein entscheidendes Hindernis* für die Industrialisierungspolitik ... Eine Erweiterung des Arbeitskräfteangebots wird von folgenden Maßnahmen erwartet:
- Ausbau des Nahverkehrsnetzes...
- Wohnungsbau für neue Arbeitskräfte...
- Verstärkter Einsatz weiblicher Arbeitskräfte...
- Günstigere Voraussetzung für den Einsatz von Gastarbeitern..."

(Leitlinien der Hamburger Wirtschaftspolitik 1965, Senat d. F.u.H. HH)

1975: „Stärkung des Industriepotentials: Der Senat mißt der Stärkung des hamburgischen Industriepotentials nach wie vor eine zentrale, entscheidende Bedeutung bei. Dafür sprechen vor allem folgende Gründe:
- Die entwicklungshemmende „Unterindustrialisierung" Hamburgs und der Region muß so weit wie möglich abgebaut werden.
- Die Förderung der Expansion und Ansiedlung von Industriegebieten mit guten Entwicklungsaussichten ist auch zum Ausgleich industrieller Strukturschwäche dringend erforderlich...

Unabdingbare Grundlage der angestrebten industriellen Entwicklung ist ein ausreichendes Angebot an Industrieflächen zu Bedingungen, die eine Expansion oder Ansiedlung in Hamburg wirtschaftlich interessant erscheinen lassen; dabei ist die Grundstückspreispolitik im Rahmen der in einem städtischen Verdichtungszentrum gegebenen Möglichkeiten flexibel einzusetzen..."
(Leitlinien '75 der Hamburger Wirtschaftspolitik, Senat der F.u.HH)

Investitionspolitik des Hamburger Senats (1)

Bedingungen für die Ausdehnung der Ausbeutung in der Industrie werden geschaffen

thw. In der KVZ Nr. 3/81 in dem Artikel „Der Senat schiebt die Kürzungen hin und her, aber er streicht" und in der KVZ Nr. 8/81 „Entwicklung der Beschäftigten und der staatlichen Investitionen in Hamburg" hatte ich Material gegenübergestellt zur realen Entwicklung der Beschäftigung in Hamburg insgesamt, wie innerhalb verschiedener Wirtschaftsbereiche und der Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Hamburg seit 1960. Die Anzahl der Arbeitsplätze in Hamburg ist seit 1960 um 137000 gesunken, und innerhalb der Wirtschaftsbereiche hat es eine drastische Verschiebung gegeben: Die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe ist von über 400000 auf unter 300000 gesunken, im Dienstleistungsbereich dagegen von rund 150000 auf über 180000 gestiegen. Die Schlußfolgerungen von mir waren: 1. Es ist ein Märchen, daß die Investitionspolitik des Senats Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert habe, sondern 2. im Gegenteil, sie hat durch gezielten Einsatz diese Umstrukturierung der Wirtschaft gefördert mit dem Ziel, Hamburg zu einer Metropole der Banken und Versicherungen, des schnellen Warenumschlags zu machen.

Der 2. Teil dieser Schlußfolgerungen ist so falsch. Die Interessen des Hamburger Senats stehen der Minderung der Bedeutung des produzierenden Gewerbes gerade entgegen. Dies wird deutlich aus der Untersuchung der wesentlichen wirtschaftspolitischen Leitlinien, die der Senat seit dem 2. Weltkrieg formuliert hat, und die nebenstehend auszugsweise dokumentiert sind. Die Gründe dafür: Der Senat fürchtet, daß die Profitmacherei der Hamburger Kapitalisten alleine aus dem Handel auf wackligen Füßen stehe, seit ihnen ihr „traditionelles" oder „natürliches" Hinterland als Handelszentrum verlorengegangen ist und sie mit der Gründung der EWG und der anderen Wirtschaftsgemeinschaften mehr an die Peripherie des Wirtschaftsverkehrs gedrängt wurden.

Von den Gesamtinvestitionen des Senats von 1950 bis 1964 in Höhe von 8,6 Mrd. DM sind 31% in den Wohnungsbau gegangen. Zweiter Schwerpunkt der öffentlichen Investitionsausgaben war der Verkehrsbereich, in den mit 2 Mrd. DM fast ¼ der Mittel gesteckt wurden. Innerhalb des Bereiches Verkehr war die drittgrößte Investitionssumme mit 523 Mio. DM der öffentliche Nahverkehr. An dritter Stelle kommt der Komplex „Beleuchtung und Reinigung" mit 889 Mio. DM, unter den vor allem die Kanalisationsarbeiten fallen. In den Hafen sind Investitionen in der Höhe von 587 Mio. DM geflossen. Zusammen sind das mehr als ⅔ der gesamten Investitionen in diesem Zeitraum.

Der Profit soll auf zwei Säulen gestellt werden: Ausdehnung des Industriepotentials und Drehscheibe für den Warenumschlag. Auf diese beiden Zielrichtungen ist die Investitionspolitik des Senats abgestellt. In seinen Leitsätzen zur Wirtschaftspolitik selbst tauchen als konkrete Gebiete der Investitionstätigkeit in diesem Zusammenhang immer wieder auf: die großzügige Bereitstellung von Gewerbeflächen, ihre Verkehrserschließung, ihr Anschluß an die Kanalisation, die Energieversorgung und Wasserversorgung sowie der Nahverkehrsausbau und der Wohnungsbau. Eine aufgeschlüsselte Untersuchung der Investitionstätigkeit nach Bereichen der Investitionen liegt hier bis 1964 vor, sie muß in einem nächsten Artikel auf den heutigen Stand gebracht werden.

Belegt ist damit die Richtung, die der Hamburger Senat in seiner Investitionspolitik geht. Inwieweit diese den Interessen der Kapitalisten an Ausdehnung der Ausbeutung der Arbeiter dient und sich im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiter befindet, das muß im nächsten Artikel im Konkreten belegt werden.





links: Maxim Gorki; *rechts:* Gorki zu Besuch in der nach ihm benannten Erziehungskolonie Makarenkos in der Sowjetunion 1929. Makarenko schlug in seiner Kolonie einen neuen pädagogischen Weg in der Erziehung asozialer Jugendlicher ein. Gorki schrieb an die Kolonie: „Ich möchte gern, daß die Kolonisten an Herbstabenden meine ‚Kindheit' lesen, daraus werden sie sehen, daß ich genauso ein Menschenkind bin wie sie, nur habe ich von Jugend auf verstanden, hartnäckig an meinem Wunsch, zu lernen, festzuhalten und keine Mühe gescheut. Ich habe daran geglaubt, daß wirklich ‚Lernen und Arbeiten' alles überwindet." (A.S. Makarenko, Werke, Bd. 1, S. 383)

Maxim Gorkis „Autobiographische Romane"

Ausgezeichnete Verfilmung von Donskoj im „Abaton"

Die Industrieansiedlungspolitik erfordert, daß *beschleunigt* zusätzliche *Arbeitsstättenflächen bereitgestellt* werden. Das Angebot an Gewerbeflächen ist nach Lage, Größe, Verkehrserschließung (Straße, Schiene, Wasser), Energie- und Wasserversorgung und Kanalisation so zu differenzieren, daß es einem breiten Fächer von Spezialwünschen gerecht wird...

Die angespannte *Arbeitsmarktlage ist kein entscheidendes Hindernis* für die Industrialisierungspolitik ... Eine Erweiterung des Arbeitskräfteangebots wird von folgenden Maßnahmen erwartet:
- Ausbau des Nahverkehrsnetzes...
- Wohnungsbau für neue Arbeitskräfte...
- Verstärkter Einsatz weiblicher Arbeitskräfte...
- Günstigere Voraussetzung für den Einsatz von Gastarbeitern..."

(Leitlinien der Hamburger Wirtschaftspolitik 1965, Senat d. F.u.H. HH)

1975: „Stärkung des Industriepotentials: Der Senat mißt der Stärkung des hamburgischen Industriepotentials nach wie vor eine zentrale, entscheidende Bedeutung bei. Dafür sprechen vor allem folgende Gründe:
- Die entwicklungshemmende „Unterindustrialisierung" Hamburgs und der Region muß so weit wie möglich abgebaut werden.
- Die Förderung der Expansion und Ansiedlung von Industriegebieten mit guten Entwicklungsaussichten ist auch zum Ausgleich industrieller Strukturschwäche dringend erforderlich...

Unabdingbare Grundlage der angestrebten industriellen Entwicklung ist ein ausreichendes Angebot an Industrieflächen zu Bedingungen, die eine Expansion oder Ansiedlung in Hamburg wirtschaftlich interessant erscheinen lassen; dabei ist die Grundstückspreispolitik im Rahmen der in einem städtischen Verdichtungszentrum gegebenen Möglichkeiten flexibel einzusetzen..."
(Leitlinien '75 der Hamburger Wirtschaftspolitik, Senat der F.u.HH)

Maxim Gorkis „Autobiographische Romane"

Ausgezeichnete Verfilmung von Donskoj im „Abaton"





links: Maxim Gorki; *rechts:* Gorki zu Besuch in der nach ihm benannten Erziehungskolonie Makarenkos in der Sowjetunion 1929. Makarenko schlug in seiner Kolonie einen neuen pädagogischen Weg in der Erziehung asozialer Jugendlicher ein. Gorki schrieb an die Kolonie: „Ich möchte gern, daß die Kolonisten an Herbstabenden meine ‚Kindheit' lesen, daraus werden sie sehen, daß ich genauso ein Menschenkind bin wie sie, nur habe ich von Jugend auf verstanden, hartnäckig an meinem Wunsch, zu lernen, festzuhalten und keine Mühe gescheut. Ich habe daran geglaubt, daß wirklich ‚Lernen und Arbeiten' alles überwindet." (A.S. Makarenko, Werke, Bd. 1, S. 383)

ulh. Im „Abaton" laufen zur Zeit Maxim Gorkis „Autobiographische Romane" in der Fassung des sowjetischen Regisseurs Donskoj, der zusammen mit Eisenstein die Montagetechnik im Film auf höchstes Niveau entwickelte. Drei höchst sehenswerte Filme, sowohl was die ‚story' wie ihre Darbietung anbelangt.

Um was geht es in den Autobiographischen Romanen?

Gorki erzählt sein eigenes Leben. Das Aufwachsen bei den Großeltern nach dem Tod des Vaters. Vom selbstgerechten, heuchlerisch frommen Großvater, dessen brutaler Egoismus ihn nach anfänglichem Wohlstand doch an den Bettelstab bringt, von seiner brutalen Wut, die er mit hemmungslosen Prügeln an Kindern und Frauen ausläßt. Von seiner Großmutter, die dem Alten in seiner Raserei mutig entgegentritt, die den Enkel beschützt und liebt, unzählige Sagen und volkstümliche Legenden zu erzählen weiß, ein starkes Gerechtigkeitsgefühl hat und in allen ihren Tätigkeiten Vertrauen und Liebe erweckt.

Gorki muß sich seit frühester Jugend alleine durchschlagen. Mit seinen Freunden, Straßenjungen wie er, sammelt er Lumpen und Knochen, um für die Großmutter und sich den Lebensunterhalt zu verdienen. Mit 13 Jahren schickt ihn der Großvater „Unter fremde Menschen"; er wechselt jedes halbe Jahr die Stelle, wird in einem Schuhladen hin- und hergestoßen, bei kleinbürgerlichen Verwandten ausgenutzt oder verdingt sich auf einem Wolgadampfer. Er wird Zeuge unsäglichen Elends, aber er lernt auch überall Menschen kennen, von denen er lernt und die er achtet. Er hat das Lesen gelernt und kämpft darum, sich weiterzubilden.

„Meine Universitäten" bildet den dritten Teil der Autobiographischen Romane. Geschildet werden Gorkis Erfahrungen mit der Intelligenz an der Universität in Kasan, seine Erlebnisse auf dem Dorf Krasnowidowo und eine Fahrt auf der Wolga zum Kaspischen Meer. Die Schilderung endet damit, daß der Verfasser in einem schmutzigen Betrieb einer Fischereigenossenschaft unterkommt.

Über die Absicht, die er mit seiner Autobiographie verfolgt, sagt Gorki selber: „Wenn ich mich all dieser bleiern lastenden Scheußlichkeiten des rohen russischen Lebens erinnere, frage ich mich bisweilen: Lohnt es sich denn, davon zu sprechen! Und mit voller Überzeugung sage ich zu mir selbst – es lohnt sich; denn diese zählebige, gemeine Wirklichkeit ist bis auf den heutigen Tag nicht verreckt. Es ist jene Wirklichkeit, die man bis in die Wurzeln hinein kennen muß, um sie mit ihrer Wurzel auszureißen – aus dem Gedächtnis, aus der menschlichen Seele, aus unserem ganzen so mühseligen und schändlichen Dasein." (1)

Die literarische Bedeutung der Autobiographischen Romane

Die Form der Autobiographie wird in der Literatur seit dem Mittelalter verwendet. Besonders im 19. Jahrhundert widmete sich diese Form ausschließlich der Entdeckung des Individuums. Von dieser Art Individualismus und Subjektivismus wendet Gorki sich bewußt ab: „Das Gemeinsame und Unbestreitbare, das fast alle Helden der europäischen und russischen Literatur des 19. Jahrhunderts miteinander verwandt macht, ist außer ihrer sozialen Blindheit und Taubheit der starke Hang zu fruchtloser Reflexion unter den Bedingungen völligen Nichtstuns." (2) Gorki will mit seinen Romanen die elenden sozialen Verhältnisse zur Zeit des Zarismus anklagen, die Menschen aufrütteln und dazu beitragen, daß sich Gesellschaftsverhältnisse, die den Interessen des Volkes entsprechen, durchsetzen.

Das Verbot von Gorkis Roman „Die Mutter" 1907 wurde z.B. so begründet: „Beim Lesen des Romans fällt das volle, klar zu Ausdruck gebrachte Mitgefühl des Autors mit den Ideen der sozialistischen Lehre und den im Roman geschilderten Propagandisten dieser Lehre auf. Bei einer solchen Einstellung des Autors zu dem von ihm bearbeiteten Thema haben die einzelnen, im folgenden aufgeführten Textstellen des Romans einen durchaus verbrecherischen Charakter." (3)

Die künstlerischen Mittel, die Gorki für die Gestaltung seiner Romane benutzt, sind als „sozialistischer Realismus" in die Literaturgeschichte eingegangen. Dazu gehört die „wahrheitsgetreue, historisch-konkrete Abbildung der Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung" (4). Die besonderen Fähigkeiten Gorkis liegen dabei darin, nicht allgemeine politische Erkenntnisse mit einer ausgesuchten Handlung zu illustrieren (was immer platt und aufgesetzt wirkt, und leider vielen politischen Schriftstellern anhängt), sondern in einer besonderen Handlung das Allgemeine deutlich zu machen, ohne darauf hinzuweisen oder es extra anzusprechen. Die spezielle Handlung ist aber so ergreifend geschildert, daß sie den Leser zum Nachdenken bringt und Schlüsse auf das Allgemeine zu ziehen zwingt.

Die Stärke der Verfilmung

Die drei Teile der Autobiographischen Romane wurden zwischen 1938 und 1940 in der Sowjetunion verfilmt. In den 30er Jahren hatten Regisseure wie Eisenstein, Pudowkin und Donskoj das künstlerische Mittel der Montage auf einem hohen Niveau weiterentwickelt. Als Beispiel eine Szene aus der Verfilmung „Die Mutter" von Pudowkin. „Der Sohn befindet sich im Gefängnis. Heimlich wird ihm ein Zettel zugesteckt mit der Nachricht, daß er am nächsten Tag befreit werde. Es ging darum, den Ausdruck seiner Freude filmisch zu gestalten. Eine bloße Aufnahme seines freudestrahlenden Gesichts wäre matt und wirkungslos geblieben. Stattdessen zeigte ich das erregte Zucken seiner Hände und eine Großaufnahme der unteren Hälfte seines Gesichts, den lächelnden Mund. Diese Aufnahmen montierte ich zusammen mit verschiedenem anderen Material, Aufnahmen eines rasch dahinplätschernden Frühlingsbächleins, das Spiel von Sonnenflecken auf dem Wasser, Vögel auf einem Dorfteich und schließlich ein lachendes Kind. Damit schien mir der Ausdruck ‚Freude des Gefangenen' gestaltet." (5) Die formalen Experimente der russischen Regisseure unterscheiden sich von denen bürgerlicher zur gleichen Zeit darin, daß sie immer im Dienste der Sache, des Inhalts stehen, der möglichst klar aber eindringlich gestaltet werden soll.

Im ersten Teil der Trilogie wurde z.B. das Mittel der Großaufnahme häufig eingesetzt, um die Gefühle der positiven Figuren, der Großmutter, Gorkis (im Film Alexej) und seiner gleichaltrigen Freunde, des blinden Webers Grigorij – alle von ganz hervorragenden Schauspielern verkörpert – auszudrücken, und um bei dem Zuschauer Betroffenheit zu erzeugen. Eindrucksvolle Landschaftsbilder, die unendliche Weite eines blühenden Feldes, das ruhige Dahinziehen eines breiten Stroms wurden als Kontrast zu der schmutzigen Enge der häuslichen Umgebung, der kleinlichen Gehässigkeit und Unterdrückung in Szene gesetzt.

Die Kürzungen in der Filmfassung gegenüber der Textvorlage taten der eindringlichen Schilderung der Jugend Gorkis keinen Abbruch, da in den ausgewählten Erlebnissen das Wesentliche zum Ausdruck gebracht werden konnte. In dieser Woche ist im Abaton noch der dritte Teil der Autobiographischen Romane zu sehen (siehe Veranstaltungskalender). Ansonsten sind die Romane als dtv-Dünndruck-Ausgabe für 11,80 DM zu haben.

(1) M. Gorki, Autobiographische Romane, Anhang S. 748 (2) ebd. S. 744 (3) M. Gorki, Die Mutter, Anhang S. 680, dtv-Dünndruck (4) ebd. S. 681 (5) Hrsg. H. Korte, Film und Realität in der Weimarer Republik, Fischer-Taschenbuch 1980, S. 37

Woody Allens „Stardust Memories" Mach's nie wieder, Sam!

chb./mik.Heidelberg. Woody Allen sieht *sich*. Das ist nicht neu. In seinem jüngsten Produkt „Stardust Memories" ist Woody in die Rolle des berühmten Regisseurs Sandy Bates geschlüpft, von Massengunst verfolgt, Massengunst erleidend (vgl. Bild 1).

Doch nach wie vor: der ewig mißverstandene Individualist mit dem besonders feinen Gespür für Entwicklungen ... wohlverpackt und versteckt in Witzchen, Sarkasmus und Ironie. So wohlverpackt, daß es sogar dem Filmkritiker der „Zeit" auf die Nerven ging: „Jeder ironischen Brechung folgt gleich eine nächste, bis keiner mehr weiß, was denn nun Kino und was denn nun Wirklichkeit ist. Kunstvoll verwischen Sandy Bates und Woody Allen alle Spuren" (Die Zeit, 30.1.81).

Sandy Bates/Woody Allen schlägt sich in diesem Film mit allerlei herum



– die Niederungen des Alltags belästigen den Herrn.

Wie bereits in „Manhattan" etc. gehabt, wieder mal diverse Formen von Partnerschwierigkeiten. Hin und her zerrt es den Armen, sexuelle Angebote en masse, aber mackerhaft behält Woody immer die Übersicht. Da ist die attraktive, dafür aber neurotische Frau (Charlotte Rampling, bekannt aus „Nachtportier"), eine leicht angestaubte Kindfrau (Jessica Harper), die Tabletten einwirft und Identitätskrisen lebt und dann noch der eher „normal" anmutende Typ einer intellektuell wachen Frau (Marie-Christine Barrault), die sogar Sandy Bates mitunter distanziert begegnen darf.

Die Rahmenhandlung ist simpel: Sandy Bates fährt in ein nostalgisches Seebad zum Rückblick auf sein bejubeltes Gesamtwerk. Während im Kinosaal des Hotels „Stardust" seine verschiedenen Filme dem Festivalpublikum vorgeführt werden, taucht Sandy/Woody in eine wüste Mischung von Erinnerung/Traum und seinen Erlebnissen am Rande dieses Festivals. Wenn zwischen den einzelnen Filmen



– die Niederungen des Alltags belästigen den Herrn.

Wie bereits in „Manhattan" etc. gehabt, wieder mal diverse Formen von Partnerschwierigkeiten. Hin und her zerrt es den Armen, sexuelle Angebote en masse, aber mackerhaft behält Woody immer die Übersicht. Da ist die attraktive, dafür aber neurotische Frau (Charlotte Rampling, bekannt aus „Nachtportier"), eine leicht angestaubte Kindfrau (Jessica Harper), die Tabletten einwirft und Identitätskrisen lebt und dann noch der eher „normal" anmutende Typ einer intellektuell wachen Frau (Marie-Christine Barrault), die sogar Sandy Bates mitunter distanziert begegnen darf.

Die Rahmenhandlung ist simpel: Sandy Bates fährt in ein nostalgisches Seebad zum Rückblick auf sein bejubeltes Gesamtwerk. Während im Kinosaal des Hotels „Stardust" seine verschiedenen Filme dem Festivalpublikum vorgeführt werden, taucht Sandy/Woody in eine wüste Mischung von Erinnerung/Traum und seinen Erlebnissen am Rande dieses Festivals. Wenn zwischen den einzelnen Filmen
im Kinosaal das Licht angeht, steht Sandy/Woody wacker seinen Mann – launig die dummen Fragen des Publikums erwidernd. Mit Annekdoten bei der Mitteilung verweilend: Philosophie hat er studiert ... Der Zuschauer erfährt, falls ihm dies nicht schon längst klar sein sollte: hier verbreitet sich nicht irgendwer.

Eine dieser Zuschauerfragen, stets in devoter Fröhlichkeit vorgebracht, kündigt an, worauf „Stardust Memories" zielt: „Ihre Filme sind immer psychologisch und nie politisch – wo stehen sie eigentlich politisch?" Sandy/Woody: „Was soll ich dazu sagen? – Ich bin für die totale, ehrliche Demokratie. Verstehen Sie. Und ich glaube auch, daß das amerikanische System funktionieren kann."

Das „System" funktioniert privat nicht (das fiel Woody Allen schon lange auf) und es funktioniert (um versuchsweise sich Woody Allens kalkulierten Begriffsunschärfen zu nähern) im Großen und Ganzen nicht. Für Woody Allen sind seit einigen Jahren schwere Zeiten angebrochen, dieser Erkenntnis widmet er seinen neuen Film. Weil die Erkenntnis traurig ist, ist Woody traurig und will daher auch „keinen komischen Film" drehen. Um diese trübe Stimmung zu vermitteln („ich will Antworten, das ist alles" Woody Allen), sinniert Sandy/Woody am Fenster seines Luxus-Appartements, 40. Stock, Manhattan:

„Sandy: ... He, hat keiner auf der Titelseite der ‚Times' gelesen, wonach die Materie zerfällt – bin ich denn der einzige, dem aufgefallen wär, daß das Universum zerbröselt?", und: „Ich denke, daß die Menschen da tief unglücklich und unzufrieden sind – wieviel schreckliche Dinge sie sich gegenseitig antun – unablässig ..."

War es Ironie, „daß das amerikanische System funktionieren kann" als „totale, ehrliche Demokratie", wenn „diese unglücklichen Menschen da unten" (und die bröselige Materie) für ihr Nichtfunktionieren verantwortlich sind? Wie kann Demokratie funktionieren, wenn „die meisten Menschen" „sich unablässig" „schreckliche Dinge ... antun"? Keine komische Zeiten für Woody – vielmehr manche Gründe zur Resignation.

Es sei an dieser Stelle eine Zwischenbemerkung erlaubt:

Film ist für die Kapitalisten nicht nur Ware – besonders dann nicht, wenn United Artists Corporation sich einen Mann wie Woody Allen kauft mit dem Auftrag, sich der demokratischen Bewegung anzudienen. Seine Qualifikation dafür ist ein Image: der unbürgerliche Typ. Das Interesse, ideologisch auch mit Filmen auf die Massenbewegungen einzuwirken, soweit diese sich im Film wiedererkennen

denke, daß die Menschen da tief unglücklich und unzufrieden sind – wieviel schreckliche Dinge sie sich gegenseitig antun – unablässig ..."

War es Ironie, „daß das amerikanische System funktionieren kann" als „totale, ehrliche Demokratie", wenn „diese unglücklichen Menschen da unten" (und die bröselige Materie) für ihr Nichtfunktionieren verantwortlich sind? Wie kann Demokratie funktionieren, wenn „die meisten Menschen" „sich unablässig" „schreckliche Dinge ... antun"? Keine komische Zeiten für Woody – vielmehr manche Gründe zur Resignation.

Es sei an dieser Stelle eine Zwischenbemerkung erlaubt:

Film ist für die Kapitalisten nicht nur Ware – besonders dann nicht, wenn United Artists Corporation sich einen Mann wie Woody Allen kauft mit dem Auftrag, sich der demokratischen Bewegung anzudienen. Seine Qualifikation dafür ist ein Image: der unbürgerliche Typ. Das Interesse, ideologisch auch mit Filmen auf die Massenbewegungen einzuwirken, soweit diese sich im Film wiedererkennen
kann, ist für die Kapitalisten zwingend. Insofern können bei diesem Beispiel auch vielfältige Parallelen zu den Filmergüssen des „Jungen Deutschen Films" und dessen ideologischer Aufgabe bezogen werden. Woody's Aufgabe in diesem Film ist es offenbar: allgemeine Hoffnungslosigkeit – als Ausweg vielleicht noch „Liebe im privaten Kämmerchen" (wenn man Glück hat), zu vermitteln. Dazu ein Beispiel:

Schon die ersten Bilder des Films stimmen den Zuschauer auf moll: Sandy Bates sitzt in einem Zug – andere Passagiere im Hintergrund des Waggons:

– düster dreinblickende alte Frau, grau, ärmlich

– düster dreinblickender Mann mit Frau, grau, ärmlich etc. Ein Mann schluchzt in der Wagenecke verhalten vor sich hin – von seinem Leid sichtlich erdrückt (vgl. Bild 2).

Ein Schaffner – eine hagere Totentanzfigur – steht mit der Miene eines frustierten Scharfrichters im Mittelgang. Sandy/Woody schaut aus dem Zugfenster. Durch die Fenster eines Zuges, der auf dem Nachbargleis wartet, sieht er Reisende, die eine feuchtfröhliche Party feiern. Hell gekleidete schöne Frauen und lässigschnieke Dandies.

Sandy schaut fasziniert und zunehmend neidvoll hinüber – sieht angewiedert die depressiv-häßlichen Menschen im eigenen Zug an – steht auf, will hinüber. Der Schaffner jedoch stellt sich taubstumm – Sandy will raus, rüttelt an Türen und Fenstern – sie sind verschlossen. Langsam rollen die Züge an. Sandy zieht in zunehmender Panik die Notbremse – natürlich funktioniert auch sie nicht. Schon fahren die Züge schneller – ein letzter Kuß von einer der Schönen aus dem entgleitenden Traumzug Woody zugeworfen – „der Zug ist abgefahren" – hilflos an den Scheiben hämmernd bleibt Sandy zurück – Tonüberblendung: der schaurig-einsame Pfiff der Lokomotive löst sich in schaurig-einsam stimmendes Möwengekreisch auf und Bildwechsel:

Aus entgegengesetzten Richtungen kommen die Reisenden der beiden Züge an einer Müllhalde in verlassener Küstennähe zusammen. Die eine Gruppe, immer noch ausgelassen lachend, gutgelaunt – die andere immer noch düster, ärmlich, verbiestert.

Bis zu dieser Einstellung wird in dem Film kein Wort gesprochen, keine Musik gespielt. Nichts soll die assoziative Wirkung der Bilderbotschaft stören. Gerinnt in ihr doch Woody Allens Aussage: Geld macht nicht glücklich, weil letztendlich alle auf dem gleichen Müll landen – anyway.

Am Ende des Films entschlüsselt Sandy/Woody – zur Sicherheit – sein zu Beginn ausschließlich durch Bildfolgen formuliertes Hauptanliegen. Seiner Freundin Isobel (Jean-Marie Barrault), der Hollywood-Vertreterin der demokratischen und 68er Bewegung (worauf gleich noch näher eingegangen wird), erklärt er: „Wir, wir sind in einem Zug, und in dem, in dem Zug sind viele traurige Leute, verstehst Du? Und, und ich hab keine Ahnung, wohin er fährt ... es könnte überallhin sein ... es könnte die gleiche Müllhalde sein. Und äh ... Aber es ist nicht so schrecklich, wie ich ursprünglich angenommen hatte, weil, weil, weißt du, weil wir uns mögen, und äh, weißt Du, weil wir uns mögen, und, äh, weißt Du, weil wir Spaß zusammen haben, und es besteht ein große Vertrautheit, und alles läßt sich viel leichter ertragen."

kommen die Reisenden der beiden Züge an einer Müllhalde in verlassener Küstennähe zusammen. Die eine Gruppe, immer noch ausgelassen lachend, gutgelaunt – die andere immer noch düster, ärmlich, verbiestert.

Bis zu dieser Einstellung wird in dem Film kein Wort gesprochen, keine Musik gespielt. Nichts soll die assoziative Wirkung der Bilderbotschaft stören. Gerinnt in ihr doch Woody Allens Aussage: Geld macht nicht glücklich, weil letztendlich alle auf dem gleichen Müll landen – anyway.

Am Ende des Films entschlüsselt Sandy/Woody – zur Sicherheit – sein zu Beginn ausschließlich durch Bildfolgen formuliertes Hauptanliegen. Seiner Freundin Isobel (Jean-Marie Barrault), der Hollywood-Vertreterin der demokratischen und 68er Bewegung (worauf gleich noch näher eingegangen wird), erklärt er: „Wir, wir sind in einem Zug, und in dem, in dem Zug sind viele traurige Leute, verstehst Du? Und, und ich hab keine Ahnung, wohin er fährt ... es könnte überallhin sein ... es könnte die gleiche Müllhalde sein. Und äh ... Aber es ist nicht so schrecklich, wie ich ursprünglich angenommen hatte, weil, weil, weißt du, weil wir uns mögen, und äh, weißt Du, weil wir uns mögen, und, äh, weißt Du, weil wir Spaß zusammen haben, und es besteht ein große Vertrautheit, und alles läßt sich viel leichter ertragen."

Das sich alles viel leichter ertragen läßt, wenn man die großen vermutlich kosmischen Zusammenhänge nur immer schön im Auge behält – und den Rest (z.B. das betrübliche Schicksal, zur arbeitenden Klasse zu zählen) locker nimmt – auf diese Feststellung legt Sandy/Woody großen Wert. So läßt er in einer Szene seinen Jugendfreund Jerry erscheinen, wie dieser Woody im Stardust-Hotel an einem dieser Festivalabende aufsucht.

„*Sandy:* Wie geht's dir denn? – *Jerry:* Weißt du was? Ich bin Taxifahrer. – *Sandy:* Du ... also, du siehst gut aus. Du ... das ist doch nichts schlechtes. – *Jerry:* Ja. Aber jetzt schau mich an und vergleich mich mal mit dir. Ich meine, all diese tollen Weiber, verstehst du? – *Sandy:* O Gott!



Hör zu, ich hab Kopfschmerzen. – *Jerry:* He weißt du, das ist doch toll. – *Sandy:* ... Ich war der Junge in unserem Viertel, der immer Witze erzählt hat. – *Jerry:* Ja. – *Sandy:* Und, und, und wir, weißt du, wir leben in einer, in einer Gesellschaft, die auf Witz großen Wert legt, verstehst du? Jetzt versuchs doch mal so zu sehen, wenn ich ein Apache gewesen wäre, diese Typen haben doch nie einen Komiker gebraucht, stimmts? Da wäre ich doch arbeitslos gewesen. – *Jerry:* So? Ach hör doch auf. Das tröstet mich kein bißchen, verstehst du? – *Sandy (lacht):* Weißt du, es ist einfach Glück. Alles ist einfach Glück. Ich bin der erste, der zugibt, daß ich bloß Glück gehabt habe. Wenn ich, wenn ich nicht in Brooklyn geboren wäre, wenn ich in Polen oder, oder in Berlin geboren wäre, wäre ich jetzt ein Lampenschirm, stimmts? – *Jerry:* Stimmt".

In und zwischen diese Zeile packt Woody Allen einiges: Jedem das Seine. Ganz in diesem Sinn bekommt auch Isobel („die Linke") ihr Fett. Wenn man sich mit Leuten wie Jerry in zugigen Hotelhallen unterhält, so ist bei den komplizierteren Bemühungen mit der eigentlichen Kundschaft Gemütlichkeit eher am Platz: Schauplatz ist in so einem Fall die Lederfauteuils von Sandy's Rolls-Royce (vgl. Bild 3).

„*Sandy:* als du ... erzählt hast, daß du mal eine äh, Linke, weißt du, und, und daß, äh, und daß du mal im Gefängnis warst und sowas, ... mir fällt es schwer, das zu verdauen, sogar heute noch, verstehst du? Weil d... – *Isobel:* Ich habs dir doch erklärt. Es war ... alles war damals so anders zu der Zeit, im Jahr '68. – *Sandy:* Ich weiß, daß es anders war, aber, aber ich kann mir dich einfach nicht vorstellen, wie du auf der Straße stehst und Steine und Flaschen wirfst. – *Isobel:* Auf der Barrikade. – *Sandy:* Ich ka- ich, ich seh dich einfach ganz anders. Du bist einfach zu süß, als daß man sich vorstellen könnte ... du ... du ... – *Isobel:* Ich konnte nicht anders ... Weil wir nicht anders konnten ... Es, es war die einzige Möglichkeit, den Geist, äh, das Zusammenleben zwischen den Menschen zu ändern, verstehst du?... – *Sandy (seufzt):* Ich – ich weiß, aber, weißt du, es ist einfach verrückt, ich, ich, ich, ich kann mir dich einfach nicht vorstellen, wie du da zwischen den Arbeitern herumhängst, weißt du, und stürmst die ... – *Isobel:* Weißt du, die Arbeiter waren nicht bei uns. Die haben für ihre eigenen Löhne gekämpft und die eigenen ... ihre eigenen Lebensbedingungen. – *Sandy:* Ja, und was habt ihr gemacht? – *Isobel:* Und wir haben gekämpft um ... um ... um ... ein neues Bewußtsein und um ... vielleicht waren wir romantisch, weißt du. Aber in ihren Augen waren wir romantisch und ... – *Sandy:* Ja? – *Isobel:* Ich weiß noch, als ich im Gefängnis war, hab ich alles so romantisch und so aufregend gefunden. – *Sandy:* Oh, irre, stimmts? Und-und-und- da hast du ne Menge ... aufregender Männer im Gefängnis getroffen? Das ist ... äh (lacht) – *Isobel:* Weißt du, Männer und Frauen sind im Gefängnis getrennt (lacht). – *Sandy (lacht):* Ich finde, ich, ich finde es sehr, sehr schwierig, so ei- ein ein Engagement zu haben. Ich finde..."

Nicht unattraktiv – Woody's Angebot, wenn man bereut. Beim Plausch über Jugendtorheiten im edlen Gefährt – auf dieser Grundlage kann Woody nachempfunden werden, wie solche Typen wie *er* es finden, „*so* ein Engagement zu haben". Dafür hat er ein anderes, glaubhafter ihm ins sorgenvolle Dackelantlitz gerunzelt: Dies Anliegen ist mit vielen äh-äh's, mit magenleidendem Gestammel neunzig Minuten vorgebracht. So wie der sich gehemmt Gebende und von zweiflerischer Selbstkasteiung durchtränkte Intelligenzler es nahelegen will: beileibe nicht fordernd, eher bescheiden – was ward ihr blöd, Leute, z.B. gegen Vietnam zu kämpfen – Steine zu werfen – seht mich an, ich leide heute noch, wo ihr es längst vergessen habt. Für Woody's Eßecke in seinem Luxusappartement in Manhattan sieht das Drehbuch vor: „An der Wand in überlebensgroßem Format die berühmte Fotografie des vietnamesischen Polizeioffiziers, der einem Vietcong die Pistole an die Schläfe setzt." So muß man kämfen – innen – mit all diesen Zweifeln – und so spricht ein Astrologe in Sandy's Traum Woody's größten Wunsch gelassen aus: „Ich kann beweisen, daß, falls es irgendwo im Weltall Leben geben sollte, die ein marxistisches Wirtschaftssystem haben müssen."

In und zwischen diese Zeile packt Woody Allen einiges: Jedem das Seine. Ganz in diesem Sinn bekommt auch Isobel („die Linke") ihr Fett. Wenn man sich mit Leuten wie Jerry in zugigen Hotelhallen unterhält, so ist bei den komplizierteren Bemühungen mit der eigentlichen Kundschaft Gemütlichkeit eher am Platz: Schauplatz ist in so einem Fall die Lederfauteuils von Sandy's Rolls-Royce (vgl. Bild 3).

„*Sandy:* als du ... erzählt hast, daß du mal eine äh, Linke, weißt du, und, und daß, äh, und daß du mal im Gefängnis warst und sowas, ... mir fällt es schwer, das zu verdauen, sogar heute noch, verstehst du? Weil d... – *Isobel:* Ich habs dir doch erklärt. Es war ... alles war damals so anders zu der Zeit, im Jahr '68. – *Sandy:* Ich weiß, daß es anders war, aber, aber ich kann mir dich einfach nicht vorstellen, wie du auf der Straße stehst und Steine und Flaschen wirfst. – *Isobel:* Auf der Barrikade. – *Sandy:* Ich ka- ich, ich seh dich einfach ganz anders. Du bist einfach zu süß, als daß man sich vorstellen könnte ... du ... du ... – *Isobel:* Ich konnte nicht anders ... Weil wir nicht anders konnten ... Es, es war die einzige Möglichkeit, den Geist, äh, das Zusammenleben zwischen den Menschen zu ändern, verstehst du?... – *Sandy (seufzt):* Ich – ich weiß, aber, weißt du, es ist einfach verrückt, ich, ich, ich, ich kann mir dich einfach nicht vorstellen, wie

ei- ein ein Engagement zu haben. Ich finde..."

Nicht unattraktiv – Woody's Angebot, wenn man bereut. Beim Plausch über Jugendtorheiten im edlen Gefährt – auf dieser Grundlage kann Woody nachempfunden werden, wie solche Typen wie *er* es finden, „*so* ein Engagement zu haben". Dafür hat er ein anderes, glaubhafter ihm ins sorgenvolle Dackelantlitz gerunzelt: Dies Anliegen ist mit vielen äh-äh's, mit magenleidendem Gestammel neunzig Minuten vorgebracht. So wie der sich gehemmt Gebende und von zweiflerischer Selbstkasteiung durchtränkte Intelligenzler es nahelegen will: beileibe nicht fordernd, eher bescheiden – was ward ihr blöd, Leute, z.B. gegen Vietnam zu kämpfen – Steine zu werfen – seht mich an, ich leide heute noch, wo ihr es längst vergessen habt. Für Woody's Eßecke in seinem Luxusappartement in Manhattan sieht das Drehbuch vor: „An der Wand in überlebensgroßem Format die berühmte Fotografie des vietnamesischen Polizeioffiziers, der einem Vietcong die Pistole an die Schläfe setzt." So muß man kämfen – innen – mit all diesen Zweifeln – und so spricht ein Astrologe in Sandy's Traum Woody's größten Wunsch gelassen aus: „Ich kann beweisen, daß, falls es irgendwo im Weltall Leben geben sollte, die ein marxistisches Wirtschaftssystem haben müssen."

